

autonomes
Blättchen



Faschismus bekämpfen!

#36 März - Mai 2019

Seid begrüßt,

ihr Lesenden, Kämpfenden, Hadernden, Faulen, Mutigen und Klugscheißenden.

Dieses Jahr wird das Autonome Blättchen 10 Jahre alt. Wer hätte das gedacht... Die meisten von euch dürften es noch nicht so lange kennen, denn nach der Auswertung unserer Daten und einer nichtrepräsentativen Umfrage lesen heute viel mehr Leute das Blättchen als früher und sie sind auch noch jünger. Auch wir werden von Ausgabe zu Ausgabe jünger und frischer. Ein Wunder! Nur, und da meckern so Einige, das altbackene Erscheinungsbild unserer Publikation ändert sich nicht. Immer noch keine bunten Bilder, keine Artikel in Twittext-Länge, keine dynamische Grafik. Nö.

Wie immer müsst ihr euch die Mühe machen, schlicht und einfach zu lesen. Aber lasst euch überraschen. Zum 10-jährigen haben wir uns was Schönes ausgedacht. Mehr dazu gibt es im Laufe des Jahres.

Aufmerksame Leser_innen der letzten Ausgabe haben bemerkt, dass wir unkommentiert zwei Artikel aus bürgerlichen Zeitungen abgedruckt hatten. In Zukunft werden wir in solchen Fällen immer schreiben, warum wir das machen. In diesem Fall holen wir es kurz nach:

Der Artikel „Hannibals Schattenarmee“ aus der taz beschäftigte sich mit Nazi-Preppern in der Bundeswehr und den Verbindungen zu Geheimdiensten, Polizeien, etc. Wir fanden die Infos darin so wichtig, dass wir ihn reingenommen haben. Lieber wäre uns eine linksradikale Auswertung gewesen. Aber die haben weder wir noch Andere geschrieben. Es ist erschreckend, wie weit Faschisten in die Exekutive, das Militär und die Geheimdienste vorgedrungen sind - sie besetzen dort mittlerweile Schlüsselpositionen. Und so ist es nicht verwunderlich, dass sie sich eine Nazitruppe aus Elitesoldaten leisten, die nur von der Kette gelassen werden muss, wenn es beliebt. Wir halten die Infos des Artikels für so wichtig, dass wir ihn nicht ignorieren konnten, wie es die bürgerlichen Medientaten. Wir haben lange darüber diskutiert, was das Alles für unsere Analyse der Verhältnisse und unsere politischen Kämpfe bedeutet. Hoffentlich gibt es dazu mehr Schriftliches in den nächsten Ausgaben. Wir werden uns bemühen und hoffen, dass auch Einige von euch noch was dazu schreiben.

Der andere Artikel war aus der Süddeutschen Zeitung. Er ist von einer brasilianischen Anarchistin geschrieben und beschäftigt sich mit dem bevorstehenden Sieg des Faschisten Bolsonaro bei den Präsidentschaftswahlen. Wir hatten lange versucht, Texte von Anarchist_innen aus Brasilien zu bekommen. Aber das ist uns nicht gelungen. Also fanden wir es besser den Text aus der SZ zu nehmen, als darüber zu schweigen, dass ein Faschist die Macht in Brasilien übernimmt. Wenn jemand gute Texte zum Thema

findet, schickt sie uns bitte. Wir können auch selbst einige Sprachen übersetzen - aber leider kein Portugiesisch.

Wir begrüßen eine weitere analoge, anarchistische Zeitschrift. Am 15.02. ist in München zum ersten Mal das anarchistische Wochenblatt Zündlumpen erschienen. Wir finden es super, dass es in letzter Zeit wieder einige neue linksradikale, anarchistische Publikationen gibt! Aus dem Selbstverständnis der Zündlumpen:

„Wir wollen mit diesem Wochenblatt Geschichten des Widerstandes gegen jede Form der Herrschaft in München erzählen. Einmal in der Woche, immer freitags, wollen wir von Vergangenen und Kommendem berichten. Dabei verstehen wir uns als ein strömungsübergreifendes, anarchistisches Organ. Wir laden alle Anarchist*innen dazu ein, bei der Gestaltung dieses Blattes mitzuwirken.“
Alles Gute, wünschen wir!

Ab dieser Ausgabe des Autonomen Blättchens werdet ihr immer mal wieder Interviews mit Leuten finden, die in Rojava waren. Zumindest bemühen wir uns darum. Wir sind es etwas leid, immer nur Propaganda von Parteiorganen oder Kadern zu lesen. Uns interessiert, wie das Leben, der Alltag und die Politik in der Nordsyrischen Konföderation aussehen; Egal ob in den Kampfeinheiten oder bei Unterstützungs- und Aufbauarbeit. Wir wollen natürlich nicht nur Berichte von Leuten, die kurz da waren - gerne auch von Leuten die dauerhaft dort leben. Wir sind neugierig auf unterschiedliche Perspektiven. In dieser Ausgabe macht ein Gespräch mit einem deutschen Aufbauhelfer den Aufschlag, der 3 Monate da war.

In dieser Ausgabe findet ihr ansonsten viel zu Repression in Italien und zu direkten Aktionen.

Kämpft und passt passt auf euch auf!

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

- 4 Glasbruch für das Hamburger Wochenblatt
- 4 Die AfD, der Kampf gegen links, Kommunalwahlen und ARTE
- 7 Auswertung Hess-Marsch 2018
- 11 Feministische Intervention
- 11 Alle auf die Straße gegen Bolsonaro!
- 12 Brasilianische Botschaft angegriffen
- 13 Bundesgericht und Burschis angegriffen
- 15 Polizeigesetz in der Krise des Kapitals
- 17 Der NRW-Trojaner kommt
- 18 Sicherungshaft in Österreich geplant
- 18 Feuer und Flamme den Abschiebebehörden?
- 20 Raum der Solidarität in St. Pauli-Süd
- 20 Basel: Wir sind alle Mittäter*innen
- 21 Feuerattacken auf IMPLERIA und KENT
- 22 Zensur in deutscher Tradition
- 23 Der Bunker - Das Beste zum Schluss!
- 24 Bunker - Bullen - Brennen!
- 25 Nero ist in Freiheit!
- 25 Knastprofiteur angegriffen
- 26 Generalstaatsanwaltschaft angegriffen
- 26 Besancon: Hast Du nicht gehört?
- 27 Kampf der Überwachungsbranche!
- 28 BVG-Kameras haben auch Mikrofone
- 28 Gefährte der Anarchistischen Bibliothek Fermento verhaftet
- 29 Prozess gegen Anarchist*innen in Belgien
- 30 Athen: Erklärung zum zerstörerischen Angriff
- 31 Anarchistische Gefährtin nach Spanien verlegt
- 31 Repression gegen Anarchist*innen in Italien
- 35 Trentino, Italien: Erneute repressive Operation gegen Anarchist*innen
- 36 Freiheit für Cesare Battisti
- 37 Es ist eine komplexe Gesellschaft mit vielen Widersprüchen...
- 41 Eine neue Phase des Widerstands – Fight for Rojava
- 44 Die Rif-Bewegung im Norden Marokkos
- 47 Zwei Tage Generalstreik in Indien
- 48 Landgericht weist Klage gegen KiK ab
- 49 Baggerblockade
- 49 Make Hambi a threat again
- 51 Feuer und Flamme für Klimakiller
- 51 FREE EULE!
Kurzer Prozess mit radikalem Klima-Aktivismus
- 52 Feuer gegen ThyssenKrupp, DB Schenker, Dr. House und Wisag – Kämpfe verbinden
- 54 Solidarität mit dem geräumten Projekt ADM in Amsterdam
- 54 Die Klinika in Prag wird geräumt
- 55 Rheinmetall Entwaffnen!
- 56 LKWs der Bundeswehr abgefackelt
- 56 Offline Bytes Against Amazon
- 59 Brandstiftung an Polizeirevier

Impressum:

Nr. 36 März - Mai 2019

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

962E E3CF F873 19AA 5647

5D93 E37A 4489 E058 5969

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org

Alle Ausgaben gibt's auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert, wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:

1. Juni, 1. September, 1. Dezember, 1. März

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Farbe und Glasbruch für das Hamburger Wochenblatt

Dokumentation: „Am frühen Morgen des 20.02.19 haben wir die Zweigstelle des Hamburger Wochenblatts, einem Werbeträger der AFD, in Hamburg-Eilbek (Pappelallee 28) mit Farbflaschen besucht.

Das Hamburger Wochenblatt hat der AFD-Bezirksfraktion Hamburg-Mitte in den letzten Monaten wiederholt Raum für Werbung in ihren wöchentlichen Ausgaben geboten. Dadurch konnte sich die faschistische Partei als bürgernahe Interessenvertretung in der Lokapolitik präsentieren. So will sie als Wächterin der Steuergelder bei der Bezirksverwaltung Hamburg-Mitte „nachhaken“, welche politischen Vereine und Institutionen aus öffentlichen Mitteln bezuschusst werden. (Ausgaben für Horn und Billstedt, KW49 | 05.12.2018)

Ihre rassistische und nationalistische Grundausrichtung versucht die Partei in diesen Anzeigen einmal mehr zu verschleiern. Dabei ist gerade die Bezirksfraktion Mitte unter ihrer Vorsitzenden Nicole Jordan ein Beispiel für die menschenverachtende und reaktionäre Politik der AFD. Auf ihrem Facebook Profil hetzt der Bezirksverband regelmäßig gegen Migrant_innen, Geflüchtete und Linke. Am 18.10.2018 veranstaltete Jordan in ihrem Garten (Ernst-August-Stieg 1, HH-Wilhelmsburg) einen „Stamm-

tisch“ mit dem Faschisten und ehemaligen AFD-Landes-Vorsitzenden in Sachsen-Anhalt André Poggenburg. Dieser ist mittlerweile aus der AFD ausgetreten, weil sie ihm offensichtlich nicht rechts genug ist.

Das Hamburger Wochenblatt unterstützt durch den Druck von AFD-Werbung die weitere Normalisierung von rassistischen und nationalistischen Äußerungen im öffentlichen Diskurs. Dafür hat das Blatt die Konsequenzen zu tragen, rein materiell durch ein paar schöne Farben, sowie zu Bruch gegangenes Glas.

Brennende Unterkünfte, Hetzjagden auf nicht-deutsch wahrgenommene Menschen, sowie Gewalt gegen Migrant_innen und Geflüchtete sind weiterhin die Konsequenzen für Menschen, welche zum Feindbild der AFD gehören.

Keine Kooperation mit der AFD!

Den Europa-Wahlkampf der AFD sabotieren!

Für mehr Kanthölzer!“

anonym

Die AfD, der Kampf gegen links, Kommunalwahlen und ARTE

Vor circa vier Jahren lasen wir hier Texte, die nach einem Wiedererstarken faschistischer Kräfte in Deutschland, Europa und darüber hinaus fragten, die die Gefahr eines neuen Faschismus thematisierten. Seitdem ist vieles auf der politischen Bühne in Deutschland passiert. Die AfD ist als faschistische Partei in sämtliche Landesparlamente eingezogen, sie ist im Bundestag die größte Oppositionspartei mit allen dazugehörigen Rechten, sie gründet eine neue Stiftung, durch die in den kommenden Jahren hunderte völkische Student_innen gefördert werden und künftig auch auf wissenschaftlicher Ebene völkische Perspektiven Einzug erhalten werden, sie hat Strukturen aufbauen können, durch die hunderte Faschist_innen, Burschenschaftler und Neonazis als Berater_innen und Mitarbeiter_innen Einzug ins parlamentarische und parteipolitische Geschäft erhielten. Die AfD hat heute einen festen Platz in der Parteienlandschaft und in der deutschen Öffentlichkeit und das, obwohl sie alle Hüllen hat fallenlassen. Das Tempo war rasant, rasanter als wohl auch die es annahm, die vor vier Jahren vor solchen Entwicklungen „warnten“. Heute gespenstert der Begriff des „neuen Faschismus“ nicht lediglich durch radikale und antifaschistische, sondern auch durch bürgerliche Medien, wenn nicht gerade dieselben Medien die AfD in die politische „Mitte“ hineinnormalisieren.

Wir denken, das ganze Ausmaß der Misere ist auch uns noch zu wenig klar. Wir versuchen zu beobachten und uns selbst zu verdeutlichen, was das alles für unsere Gegenwart und Zukunft heißt. Wir versuchen, diese Entwicklungen „an uns ran zu holen“, zu verstehen, wie die Entwicklungen weitergehen und welche Auswirkungen das haben könnte. Wir versuchen, die kleinen Schritte der Faschisierung nachzuvollziehen.

2019 sind etliche Wahlen. Über die Landtagswahlen wird viel berichtet, die AfD droht in drei Ländern stärkste Kraft zu werden, mindestens aber zweitstärkste. Koalitionen jenseits der AfD werden schwieriger, oder aber Minderheitsregierungen werden entstehen und je vorgezogene Neuwahlen die AfD weiter stärken. In Sachsen ist durchaus aber auch die erste Landesregierungsbeteiligung der AfD möglich, die selbst aber nach dem Bruch mit Petry angekündigt hat, nur als stärkster Partner in eine Regierung zu gehen um nicht das gleiche Schicksal zu erleiden wie einst die Grünen: die Totalintegration. Auch für die Europawahl ist klar, dass die extreme Rechte europaweit massiv zugewinnen wird. Die stärkste Veränderung allerdings werden wir auf kommunaler Ebene mitbekommen. In der Mehrheit der Bundesländer werden im Mai - zusammen mit der Europaparlamentswahl - flächendeckende Kommunalwahlen stattfinden, in Hamburg die Bezirksversammlung und die Kommunalvertretung in

Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen und Bremerhaven, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die letzten Kommunalwahlen gab es an all diesen Orten 2014, also vor dem sprunghaften Zugewinn der AfD nach 2015. Ein Vorgeschmack auf diese Kommunalwahlen konnten uns die in Hessen im Jahr 2016 geben, wo die AfD in manchen Kommunen bis zu 25% der Stimmen erzielen konnte. Rechnen wir für Sachsen also nochmal ordentlich drauf... Was eine so starke faschistische Partei auch auf kommunaler Ebene bedeutet, wird sich so flächendeckend erst nach dem Mai zeigen. Und wir denken, in diesem Bereich wird sich vieles ändern bis hin zu Städten und Landkreisen, in denen die AfD stärkste Partei wird. Wir haben uns gefragt was das heißt, welche Themenbereiche in kommunaler Verantwortung liegen und das neue Lieblingsthema der AfD - der Kampf gegen links - ist wohl vor allem dort anzusiedeln.

Während vor allem im Nachklang nach 2015 Migration das zentrale Wahlkampfthema der Partei war, so nimmt heute der Kampf gegen die politischen Gegner_innen einen mehr und mehr zentralen Platz ein. Alles, was für die AfD „links“ ist, rückt ins Zentrum der Feinderklärung. „Links“ sind für Faschist_innen und Völkische all die, die gesellschaftliche Interessensgegensätze nicht nationalistisch befrieden wollen, per se gelte dies etwa für Feminist_innen und Gewerkschaften. Und natürlich fällt auch die politische Linke in diese Feinderklärung, sowie all die, die sich mindestens kritisch zur AfD verhalten.

In den letzten Jahren gab es mehrere Anfragen der AfD bezüglich „Linksextremismus“. Gefragt wurde nach Personen, Bündnissen, Verbindungen, nach institutionalisierten Stellen gegen Rechtsextremismus, nach deren Finanzierung, nach Strafverfolgung und geheimdienstlicher Beobachtung. Die ersten direkten Erfolge erzielte die AfD bereits. 2018 fragte Stephan Brandner in einer kleinen Anfrage an, welche Gründe es dafür gibt, „dass der Bundesregierung Kenntnisse zu Veranstaltungen der rechtsextremen Szene vorliegen, sie aber keine Kenntnisse über Veranstaltungen der linksextremen Szene hat“. Gemeint waren auch etwa Konzerte. Der Staatssekretärs Hans-Georg Engelke antwortete, dass statistische Erfassungen zwar schwierig seien, da aufgrund „der Vermischung von Extremisten und Nichtextremisten eine Veranstaltung häufig nicht eindeutig als linksextremistisch oder linksextremistisch beeinflusst einzuordnen“ sei und deswegen bisher lediglich „herausgehobene Veranstaltungen von Linksextremisten von den zuständigen Sicherheitsbehörden der Länder statistisch erfasst“ wurden. Mit Blick auf die „jüngere Entwicklung der linksextremistischen Szene und insbesondere das politisch links motivierte Straftatenaufkommen im Kontext von Demonstrationen und Veranstaltungen wird das Bundesamt für Verfassungsschutz künftig“, so wurde es angekündigt, „auch Veranstaltungen der linksextremistischen Szene statistisch erfassen“.

Neben parlamentarischen Anfragen, fährt die AfD Kampagnen gegen die, die sie als politische Gegner_innen

ausmachen. Ein Online-Portal wurde in sechs Ländern eingerichtet, auf dem Lehrer_innen gemeldet werden können, die sich kritisch zur AfD äußern. Das soll einerseits Druck auf Lehrer_innen ausüben, sich eher zweimal zu überlegen, ob sie sich zur AfD vor Schüler_innen äußern möchten, andererseits sammelt die AfD so Namen (vermeintlicher) politischer Gegner_innen. Eine ähnliche Denunziations-Kampagne läuft momentan gegen Journalist_innen an, die kritisch über die AfD berichten. Der Görlitzer AfDler Tino Chrupalla will „schwarze Listen“ mit Namen und „Hintergrundinformationen“ unliebsamer Journalist_innen anlegen lassen, die er als „getarnte Zersetzungsgagenten“ sieht. Der NS-Jargon ist hier wohl nicht ganz zufällig.

Der Hauptfeind der AfD bleibt wohl „die Antifa“. Diese solle, so die Ankündigung von fünf AfD-Bundesabgeordneten, als „terroristische Organisation“ verboten und verfolgt werden. Dies ist sowohl als Absichtserklärung im Falle einer Regierungsbeteiligung zu verstehen als auch als Appell an die derzeitige Regierung. In der AfD-Zeitung schrieb Weidel: „Ich fordere die Bundesregierung auf, die gewaltbereite sogenannte ‚Antifa‘ als terroristische Vereinigung einzustufen und zu verbieten“. Was hier gefordert und angekündigt wird, sind Massenverhaftungen und -inhaftierungen von Antifaschist_innen in Deutschland. Das ist sicherlich ersteinmal Zukunftsmusik, allerdings: auch diese Kampagne läuft. Sowohl kündigte die sächsische AfD einen Antrag auf Landesebene zum Verbot antifaschistischer Gruppen an, in dem auch gefordert wurde, die Staatsregierung solle sich auch auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass „die Antifaschistische Aktion“ einschließlich „aller Untergruppen und deren Kennzeichen bundesweit verboten“ werde, als auch gab es im Januar 2019 eine Bundesplenardebatte zu einem AfD-Antrag „Verstärktes Vorgehen gegen Linksextremismus zum Schutz der Demokratie“. In diesem Antrag wurden Vereinsverbote gefordert und, wie bei linksunten bereits geschehen, Vereine zu konstruieren um sie auf dieser Grundlage verbieten zu können. Konkret benannt wurden indymedia und „Organisationen wie die sogenannte Interventionistische Linke“. Es müsse zudem „ein Paradigmenwechsel stattfinden“ bezüglich des Umgangs mit „der Antifa“. Die diesbezügliche Bundestagsrede von Martin Hess vom 18.01.2019 fand auch in den Reihen der FDP und der CDU Applaus. Auch gegen indymedia.de richten sich also die Verbotsgelüste der AfD und Alice Weidel legte bereits 2017 nahe, dass „linksextreme Terrorzellen“ wie das autonome Zentrum Rote Flora in Hamburg oder die Rigaer Straße in Berlin geräumt werden müssten. Im Zusammenhang mit den Verbotsforderungen versucht die AfD zugleich, den Begriff des „Linksterrorismus“ zu verankern.

Ohne Resonanzraum allerdings bleiben all die Forderungen und Positionen der Faschist_innen in der eigenen Blase hängen. Dieser Resonanzrahmen allerdings existiert. So beklagt man in der FAZ die Dethematisierung „linksextremistischer Gewalt“, in der WELT spricht von einem „erschreckenden Ausmaß der Gewalt gegen die AfD“ durch „die aggressive Antifa“ und „gezielter

Diskriminierung“ gegen AfDler_innen. Gleichzeitig nimmt man dort die AfD-Rede der staatlichen Finanzierung „der Antifa“ auf und macht antifaschistische Jugendzentren v.a. in Sachsen aus, die sich gegen die AfD stellen und staatlich bzw. städtisch finanziert werden. Die Rede vom „Linksterrorismus“ wurde nicht zuletzt bei ARTE kolportiert, wo eine Dokumentation über „Gewalt von links – Eine Bewegung zwischen Protest und Terror“ von Rainer Fromm ausgestrahlt wurde, die in genau diese Kerbe schlägt. Entsprechend hoch gelobt wurde die Doku dann auch von etlichen extrem rechten Seiten - von Reichsbürgern bis zum Kopp-Verlag. Auf PI-NEWS heißt es: „Eine solche Dokumentation war im GEZ-TV längst überfällig: Autor Rainer Fromm, der bereits im April des vergangenen Jahres beim ZDF mit seinem Film „Autonom, radikal militant – inside linke Szene“ das Problem Linksextremismus in den Fokus der Öffentlichkeit rückte, hat jetzt zusammen mit Galina Dick nachgelegt und die Gewaltbereitschaft von Antifa & Co dargestellt.“ Die Doku sei ein guter Anfang für die Anstrengung, „dass die überwiegend grünrotgestrickten öffentlich-rechtlichen Journalisten ihre Beschönigung und Verharmlosung linksextremer Gewalt beenden und die Bevölkerung endlich vor diesen totalitären Feinden des demokratischen Rechtsstaates warnen“. Es ist die gleiche Kerbe, in die Rainer Fromm hier schlägt wie die eines Wolfgang Sobotka (ÖVP), erster Präsident des österreichischen Nationalrates. Dieser forderte in einer Rede zur Eröffnung des 22. Europäischen Polizeikongresses im Februar 2019 Islamismus und Antifaschismus zu bekämpfen. Letzterer sei dazu geeignet „unsere Gesellschaft zu zerfressen“. Zum Resonanzrahmen gehört das Aufgreifen der Inhalte der Faschist_innen zum einen, hier die geteilte Feindklärung, zum anderen gehört zum Resonanzrahmen das Vorhandensein von Strukturen, die bereit und imstande sind, politische Gegner_innen auch konkret zu bekämpfen. Die Agitation der AfD, das Anlegen von Listen, das Sammeln von Namen trifft sich mit dem Bekanntwerden einer bewaffneten bundesweiten Struktur, die von Reichs-

bürgern, über Prepper und Neonazis bis weit in den Staat hinein reicht, über die KSK und Geheimdienste bis hin zu Bullen, die bereit sind für einen Tag X, um politische Gegner_innen zu erschießen. Das gesellschaftliche und administrative Schweigen über das Bekanntwerden dieser Gruppe, in der taz als „Hanibals Armee“ bezeichnet, sprach Bände. Und zum Resonanzrahmen gehören die Teile der extremen Rechten, die seit gut 20 Jahren „Arbeit im vopolitischen Raum“ machen, die sich dem Kampf um die kulturelle Hegemonie verpflichtet haben und inzwischen politische Debatten bis weit ins bürgerliche Lager hinein beeinflussen können.

Der „Kampf gegen links“ jedenfalls ist längst ein zentrales Thema der AfD. Es ist heute in Deutschland möglich, Antifaschismus als Terrorismus darzustellen und solche Ansichten finden Applaus im bürgerlich-liberalen Spektrum. Auswirkungen wird dies zunächst auf kommunaler Ebene haben. Nach dem Mai diesen Jahres, wenn in den Gemeinden und Städten Gemeinde- bzw. Stadträte und in den Landkreisen Kreistage an die AfD fallen, wird sich das vor allem auch in diesem Themenfeld zeigen. Auswirkungen wird das v.a. auf antifaschistische Jugendzentren haben, auf Projekte, die städtisch gefördert werden, auf städtisch bezuschusste Bündnisse gegen rechts, auf nichtlegalisierte Hausprojekte oder Zentren, auf linke Mietobjekte in städtischer Hand, auf alle linken und antifaschistischen Strukturen, die an den Orten, an denen die AfD massiv an Einfluss gewinnt, in diesem Sinne angreifbar sind. Wo genau anzugreifen ist, versucht die AfD durch ihre zahlreichen Anfragen in sämtlichen Ländern schon länger zu erfahren. So fragte sie beispielsweise in NRW im Dezember 2017 bei der Landesregierung an: „Welche linksextremen bzw. ‚soziokulturellen‘ bzw. autonomen Zentren in NRW werden von Kommunen finanziell unterstützt bzw. durch Gewährung bevorzugter Konditionen toleriert?“ „Welche linksextremen bzw. ‚soziokulturellen‘ Zentren und Grundstücke in NRW befinden sich im Besitz der Kommunen?“



**LE STRADE SONO DI CHI AMA
ANTIFASCISTI SEMPRE**

Auswertung der Gegenaktivitäten zum Hess-Marsch 2018

Am 18. August, vor nunmehr vier Monaten, liefen circa 800 Faschist*innen durch Friedrichshain und Lichtenberg. Trotz monatelanger Vorbereitung und Mobilisierung gelang es nicht den Aufmarsch zu stoppen. Eine Auswertung der antifaschistischen Kampagne "NS-Verherrlichung stoppen!", der Geschehnisse am 18. August und der Frage von Strategien und Perspektiven.

Rückblick 2017

Im letzten Jahr wurde die Naziroute stark verkürzt, da es zu mehreren Menschenblockaden kam. Die Einsatzkräfte der Bullen ließen viele Möglichkeiten auf die Route zu kommen, Menschenblockaden konnten lange sitzen bleiben bis sie (für Berliner Verhältnisse) auch vergleichsweise wenig brutal geräumt wurden, während sich Bundespolitiker*innen in ihren Social-Media-Kanälen damit rühmten, die Gegendemo besucht zu haben. Als Vorbereitungsbandnis kam man zu dem Schluss, dass das Nicht-Laufen der Nazis vor allem politisch gewollt war. So konnte sich der Berliner rot-rot-grüne Senat damit rühmen, dass die vermeintliche Zivilgesellschaft für ein "buntes, tolerantes" Berlin auf die Straße gegangen sei.

Außerdem erkannte man, dass die Gegend rund um die Route eigentlich viel Raum für vielfältige Aktionsformen lies, während ja die meisten Aufmärsche im Regierungsviertel quasi unangreifbar sind. Auch die sabotierten Bahngleise im letzten Jahr machten deutlich, wie viele Möglichkeiten sich boten. Die Blockaden im Jahr 2017 haben gezeigt das es nicht zwingend ist die Blockadetaktil bis ins Detail zu organisieren und dafür viel Ressourcen zu verbrauchen. So hat eine schnelle Kommunikationsstruktur über öffentliche Accounts wie Twitter dazu geführt, dass Antifaschist_innen von sich aus über verschiedene Wege die Naziroute erreichten und dort blockierten. Die Schattenseite an der Aktionsform der "Menschenblockade" ist die Alternativlosigkeit des Widerstands. Es scheint als würde die Kenntnis und praktische Erfahrung fehlen sich auf andere Aktionsformen einzulassen. Wir mussten feststellen, dass die geduldete Blockade in der Wilhelmstr. mit einem tiefen Vertrauen in die Bullen einherging so dass diese womöglich noch zum Schutz vor den Nazis agieren würden. Das Konzept des antifaschistischen Selbstschutz wird hier weiter zugunsten einer aktiven "demokratischen Stadtgesellschaft" aufgegeben.

Auch wenn das verhindern des Naziaufmarsches politisch gewollt war, ohne die Vielzahl der Menschen die sich auf und neben der Aufmarschrouten bewegten wäre der Aufmarsch 2017 nicht blockiert und zumindest verkürzt worden. Wir können 2017 jedoch nur als Teilerfolg bezeichnen. Das Resultat von 2017 war ein Abfeiern der Naziszene das es seit dem Wunsiedel-Urteil wieder gelungen sei sich über alle Grabenkämpfe hinweg für dieses Event zu werben und zu versammeln. Parallel freuten

sich die Demokrat_innen der Zivilgesellschaft über die vielen Menschen. Trotz verbaler Attacken von SPD, Kirche und anderen unseriösen Vereinen gegen die "Antifa" im Vorfeld konnten diese es sich nicht nehmen lassen die Blockaden auf ihre Fahnen zu schreiben.

Beide Entwicklungen sowohl bei den Faschos als auch in der sogenannten Zivilgesellschaft haben die lokalen antifaschistischen Strukturen zu einem Umdenken genötigt, damit autonome Antifa-Mobilisierung wieder an Profil gewinnt.

Die Wiederbelebung der Antifa-Kampagne "NS-Verherrlichung Stoppen!" war eine Konsequenz daraus. Diese Entscheidung wurde auch im Nachhinein als positiv gewertet: Man hat es geschafft einen Wiedererkennungswert zu schaffen und auch eigene Inhalte zu transportieren.

Mobilisierung und Vorüberlegungen 2018

Die Mobilisierung lief schleppend an, trotz Beginn vor dem sogenannten Sommerloch. Das Interesse weiterer Teile der organisierten Strukturen und der unorganisierten Aktivist*innen blieb relativ gering. Diese Stimmung hielt bis zum Ende an:

Vorfeldangebote wie ein gemeinsames Erkunden der Gegebenheiten mit Fahrrädern in Spandau wurden nur von wenig Leuten besucht, trotz einer guten Bewerbung, ebenso wie ein öffentlich beworbener Plakatiertermin vor Ort. Das Aktionstraining in der Hasenheide war mit circa 25 Personen einigermaßen gut besucht. Die Mobilisierungsveranstaltungen in Berlin sind zunächst auf wenig Resonanz gestoßen, erst kurz vor dem Heß-Aufmarsch selbst kamen größere Besucher*innenzahlen zusammen.

Auch die Veranstaltungen in anderen Städten schafften es nicht größer zu mobilisieren, allerdings war die Resonanz dort trotzdem weitgehend positiv. Die Veranstaltung war nicht nur auf die Nazidemo und Gegenaktionen konzentriert, sondern hatte auch einen Fokus auf Heß als Person, die Bewegungsgeschichte bezüglich Mobilisierungen gegen frühere Heß-Aufmärsche und Überlegungen zu Entwicklungen innerhalb der Naziszene, sodass es zu produktiven Diskussionen kam. Trotzdem müssen wir uns die Frage stellen, warum ein bundesweites Ereignis für FaschistInnen nicht auch ein bundesweites Ereignis für Antifaschist*innen ist.

Die Nazis mobilisierten allerdings kaum öffentlichkeitswirksam: Während im letzten Jahr zumindest plakatiert wurde und es einige kleinere Vorfeldaktionen gab, wurden in diesem Jahr kaum Plakate geklebt. Die Rechte fing wenige Tage vor dem Aufmarsch an im Raum Ruhrpott und Rheinland mit kleineren Aktionen zu mobilisieren.

Das führte dazu, dass der Aufmarsch schwer einzuschätzen war. Durch die gestiegenen Zahlen an rechtsradikalen Konzerten in diesem Frühjahr und Sommer, konnte es schließlich auch sein, dass die Mobilisierung unter dem "Antifa-Radar" lief. Die Mobilisierungskraft der Nazis war dadurch eine Black-Box.

In der Woche vor dem Aufmarsch sorgte vor allem die Veröffentlichung der Nazioute für Verunsicherung, weil sie einfach zu scheiße war, als dass irgendwer sie ernsthaft in Betracht gezogen hätte. Vor allem im Hinblick auf die zusätzlich angemeldeten, deutlich attraktiveren Routen in Mitte und Friedrichshain/Lichtenberg wurde die Spandau-Route eigentlich immer unwahrscheinlicher. Vor allem die Friedrichshain/Lichtenberg-Route hatte Schmidtke ähnlich schon zwei Mal angemeldet.

Als Vorbereitungskreis schaffte man es aber nicht rechtzeitig zu reagieren und neue Pläne zu schmieden, da die Nazis auch weiterhin nach Spandau mobilisierten. Auch die bürgerlichen und staatlich geförderten Anti-Nazi-Koordinierungen Mobile Beratung gegen rechts und Berlin gegen Nazis mobilisierten weiterhin nach Spandau.

Währenddessen gab es aber auch einige erfreuliche Aktionen im Vorfeld:

In der Woche vor dem Aufmarsch kam es zu Angriffen auf die NPD-Parteizentrale in Köpenick, auf den Tattoo-Laden Utgard und auf die Lichtenberger Nazikneipe Sturgis, die vor wenigen Wochen in Gedenken an Silvio Meier erneut erfolgreich Ziel antifaschistischer Aktionen wurde.

18. August

Die gemeinsamen Anreisen waren leider schlecht besucht. Vor allem am Hermannplatz und am Alex waren sehr wenig Leute (jeweils 20-30), an der TU circa 50. Die Angebote wurden trotz Bewerbung nicht genutzt. In Spandau war die Lage zunächst sehr unübersichtlich. Die Bullen brachten alle ihre Kapazitäten nach Spandau, auch das Zelt für die Vorkontrollen der Nazis.

Am offiziellen Startpunkt des Naziaufmarsch versammelten sich circa 50, eher unorganisierte Nazis. Auch Worch wurde im Nazi-Lauf in Spandau gesehen, einige Nazis auch am S-Bahnhof Nauen, was im letzten Jahr ein zentraler Vortreffpunkt der Nazis war.

Die Busse der Nazis aus Hamburg und dem Rheinland parkten dagegen am Olympiastadion und fuhren direkt Richtung Alexanderplatz. Die Nazis hatten nie vor die Route in Spandau zu laufen, was im Nachhinein betrachtet offensichtlich war. Die Konzentration des Vorbereitungskreises auf Spandau war schlichtweg ein Fehler. Die meisten Antifaschist*innen kamen nach Friedrichshain mit, das Personenpotenzial hat sich aber gegen die Erwartungen trotz der Nähe zum Szenekiez nicht vergrößert.

In Friedrichshain bildeten sich aber trotzdem schnell viele spontane, kleinere Menschenblockaden, von denen die

meisten aber schnell geräumt wurden, bevor sie eine relevante Größe erreichen konnten. Sie waren alle zwischen Landsberger Allee/Danziger Straße und Storkower Straße/Möllendorfstraße. Eine schaffte es etwa circa 50-70 Menschen groß zu werden, die anderen hatten jeweils eine Größe von 20 bis 40 Personen. Bei den vielen verschiedenen kleineren Sitzblockaden war auch schnell klar, dass die Bullen nicht mehr auf die sogenannte "Deeskalation" setzen. Viele Aktivist*innen, die an Sitzblockaden teilnahmen, berichteten, dass die meisten der Blockaden ohne die üblichen offiziellen Ankündigungen brutal geräumt wurden.

Am Weißenseer Weg wurde währenddessen ein Buchbinder-LKW angezündet. Storkower Straße/Möllendorfstraße gab es eine brennende Barrikade, die ein Feuerwehreinsatz auslöste. Weiter hinten auf der Möllendorfstraße wurde ein Zivi-Auto angegriffen und eine Baustelle Möllendorfstraße/Scheffelstraße wurde auf die Straße verfrachtet. Es gab verschiedenen Berichten zu Folge auch Flaschen- und Steinewurf auf die Nazidemo an 5-10 Stellen der Route.

Das war der einzige kurze Zeitraum, in dem die Bullen die Kontrolle in Ansätzen verloren haben und in dem sich eine Dynamik für militant agierende Antifaschist*innen entwickelt hat. Die Aktionen im Zusammenspiel mit den Menschenblockaden haben zu einer Routenänderung durch die Vulkan- bzw. Ruschestraße geführt, von wo die Nazis dann weiter Richtung Lichtenberg über die Frankfurter Allee liefen. Dort gab es nochmal eine kleinere Sitzblockade mit etwa 50 Personen, die aber auch schnell wieder von den Bullen geräumt wurden. Ab Frankfurter Allee gab es dann nur noch wenig Proteste.

Jenseits des Demo-Geschehens brannte in Lichtenberg im Weitlingkiez zudem ein Auto von Faschos. Nach der Demonstration haben sich die Nazis in Lichtenberg in verschiedenen Kneipen, Restaurant und Imbissen gesammelt. Man schaffte es noch einzelne Wirt*innen über ihre Gäste zu informieren, schlussendlich saßen die meisten Nazis aber weitgehend unbehelligt dort. Während die Nazis noch liefen, wurde der Kampagnentwitteraccount @ns_stopp gesperrt. Einige Anwesende beobachteten, dass auch die Dynamik der Sitzblockaden ab da abnahm. Der Demoticker als alternatives, eigentlich deutlich besseres Informationsportal, wurde kaum angenommen, zumal das nur ein weiterer Beweis dafür ist, dass man sich in seiner Informationsstrategie nie auf kapitalistische Konzerne verlassen darf.

Im nächsten Jahr könnte man eventuell davon absehen Twitter zu bespielen und sich stattdessen nur noch auf den Demoticker konzentrieren.

Bewertung der Nazis

Für die Nazis war der Aufmarsch ein Erfolg: Sie haben es durch die Zweit- und Drittanmeldung geschafft sowohl zivilgesellschaftliche als auch linksradikale Antifa-

schist*innen hinter Licht zu führen und vor allem durch den sogenannten "Szenekiez" Friedrichshain zu laufen.

Auch im letzten Jahr schrieben die Nazis in ihrem öffentlichen Auswertungstext, dass es ihnen vor allem um den einigenden Moment ging. Trotz der sehr verkürzten und unattraktiven Route bewerteten sie den Aufmarsch als positives Erlebnis, auch weil es schon lange keinen so großen Aufmarsch mit klarem NS-Bezug in der BRD gegeben hatte. Schon bei der Vorbereitung für den diesjährigen Heiß-Aufmarsch nahm man das in die Analyse auf: "Der Aufmarsch in Spandau ... steht in einer Linie mit Nazigroßveranstaltungen in Thamar und Ostritz. Diesem Spektrum bleibt nur der Zusammenschluss auf der Straße und das Ausleben der NS-Ideologie in Straßengewalt und Terrorismus, wenn sie nicht an Bedeutung verlieren wollen."

"Der Trugschluss des Gegners, dass Spandau für uns der neuralgische Punkt wäre, hat uns ohne Frage massiv dabei geholfen. Spandau spielte im Leben von Rudolf Heiß zwar eine zentrale Rolle, wer Spandau aber als zentralen Punkt unseres Protests begreift, liegt und lag einfach falsch. Spandau war der Tatort, allerdings ist das Gefängnis bereits lang abgerissen und der Tatort spielt bei unserem Anliegen auch nur eine untergeordnete Rolle. Wir beten keine Orte an. Wir klagen an und fordern Aufklärung!" Dass es geschafft wurde mit 800 Leuten durch einen "linken" Kiez zu ziehen wird zum Anlass genommen 2019 wieder einen Hess-Marsch in Berlin zu organisieren. Der Ort Spandau spielt für die Nazis keine Rolle. Es geht darum in Berlin ein zentrales NS-Event zu etablieren. Dabei sollte auch bedacht werden das die diesjährige Route an dem Friedhof vorbeiging, auf dem Horst Wessel begraben wurde, sowie an dem Krankenhaus, in dem er starb. In der internen Auswertung wird dieser Route eine Bedeutung zugemessen, da Wessel als "Blutzeuge" verehrt wird, nachdem der militante Antifaschist Ali Höhler ihm seine Grenzen aufzeigte.

Die Analyse aus dem diesjährigen NS-Verherrlichung stoppen!-Aufruf bleibt also bestehen: Die Nazis treiben einen weiteren Zusammenschluss voran, in diesem Fall besonders zwischen der NPD und der Rechten. Der einigende Moment wirkt nicht nur nach innen: Zusätzlich können sie mit dem klaren NS-Bezug von Pegida, Identitären und der AfD abgrenzen.

Die Strategie der Doppel- bzw. Dreifachanmeldung wird uns auch weiter plagen, denn sie wurde nun auch schon am 3. Oktober genutzt. Dass es um den einigenden Moment und nicht um den Ort Spandau geht, wird dabei wohl deutlich.

Strategie und Debatte

Spätestens seit den Vorbereitungen für den AfD Großaufmarsch am 27. Mai gibt es in Berlin wieder eine breiter geführte Strategiedebatte darüber, welche Konzepte zum Verhindern von Naziaufmärschen die richtigen sind und welche ausgedient haben. In den vergangenen Jahren wurde oft bzw. meistens versucht durch breit mo-

bilisierte und vorbereitete Massenblockaden zu blockieren. Im Vorbereitungskreis zu den Protesten gegen den Heiß-Aufmarsch gibt es unterschiedliche Positionen dazu, wie wirksam diese Massenblockaden sind und was sie mit der Bewegung gemacht haben, man ist sich jedoch dazu einig, dass dieses Konzept nicht mehr funktionieren kann, besonders mit Blick auf Berlin.

Dies hat verschiedene Gründe, die innerhalb des Vorbereitungskreises genauso divers formuliert wurden, wie die Positionen zu Massenblockaden allgemein. Vor allem die Strategie des Staates ist für viele ein Grund sich von dem Konzept der Massenblockade zu verabschieden: Wenn ein Naziaufmarsch durch Menschenblockaden blockiert wird, dann geschieht das immer durch politischen Willen. So wurden beispielsweise schon Blockaden mit 150 Leuten innerhalb weniger Minuten beseitigt (siehe Merkel muss weg 2016 am Oranienburger Tor), während kleinere Blockaden als Grund benutzt wurden Naziaufmärsche nicht laufen zu lassen oder auf kürzere und weniger attraktive Routen umzuleiten (siehe IB-Aufmarsch 2017 oder in Teilen der erste Frauenmarsch 2018).

Trotzdem gibt es auch Gründe daran festzuhalten: Sie sind anschlussfähig und vor allem wesentlich inklusiver als direkte Aktionen – ein wichtiger Aspekt, der oft nicht mitgedacht wird.

Die Erkenntnis, dass es sowohl militante, als auch friedliche Aktionsformen braucht, ist nicht neu, wird aber in Berlin praktisch kaum umgesetzt: Bei fast allen Naziaufmärschen wird das Programm einer Menschenblockade versucht routinemäßig abzuspielen, während militanter Protest oft nicht mehr mitgedacht wird. Das ist auf vielen Ebenen fatal:

Nicht nur im Hinblick darauf, dass die meisten Aufmärsche im Regierungsviertel stattfinden, wo man kaum eine Chance der Intervention hat, sondern auch langfristig gedacht, wenn "Antifa" noch mehr als sowieso schon zum demokratischen Korrektiv wird, militante Aktionsformen mit fortschreitenden Generationswechseln aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden und Wissen an jüngere Aktivist*innen nicht mehr weitergegeben wird. All diese Prozesse sind schon zu beobachten.

Von manchen Gruppen wird auch das Konzept der Sitzblockaden auch generell sehr kritisch gesehen. Schließlich begibt man sich sehr vertrauensvoll in die Hand des Staates, egal welche Bedrohung vor allem körperlich, aber auch durch eventuell nachfolgende juristische Prozesse von ihm ausgeht, während man bei anderen Aktionsformen mobiler und flexibler ist.

Dies bestätigte sich ja auch am 18. August in Friedrichshain: Wie oben schon ausgeführt wurden die meisten der Blockaden schnell und brutal geräumt. Ein Vertrauen darauf, dass die Bullen das Wegprügeln ankündigen, war wohl schon immer fehl am Platz. Trotzdem waren viele von dem Ausmaß der Gewalt, die die Bullen anwendeten, überrascht.

Gleichzeitig braucht man eine kritische Masse, aus der vielfältige Aktionen hervorgehen können. Am 18. August haben wir es nicht geschafft genug Leute zu mobilisieren, die diese kritische Masse bilden oder eben selbst militante Aktionen durchführen. Im Vorbereitungskreis kam man zu keinem finalen Ergebnis, wie die zukünftigen Naziaufmärsche zu blockieren sind – im Regierungsviertel und auch sonst überall.

Diese Diskussion ist wichtig, weil sie auch grundlegendere Fragen aufmacht, von denen man viele unter "Antifa in der Krise" sammeln kann, wie beispielsweise was die Perspektive der großen Eventmobilisierungen ist oder welche Rolle "Antifa" innerhalb des Staates als demokratisches Korrektiv zukommt.

Trotzdem haben Tage wie der 27. Mai, aber auch der Heiß-Aufmarsch dezentrale und militante Aktionen als Handlungsoptionen in Berlin wieder zurück ins Bewusstsein der Szene gerufen und werden wieder "mitgedacht", nachdem sich lange komplett auf Menschenblockaden beschränkt wurde. In den letzten Wochen ist aber auch klar geworden, dass es in Berlin einfach zu viele (Groß-)Aufmärsche gibt, um sich die Zeit für Diskussionsprozesse zu nehmen. So wurden am 3. Oktober, am 9. und 11. November, sowie am 1. Dezember wieder auf die altbekannten Konzepte zurück gegriffen – im Wissen, dass sie nicht oder nur begrenzt wirken – oder gleich gar nicht mobilisiert.

Bei dieser immer ansteigenden Anzahl von Nazi-Aufmärschen muss man sich auch die Frage stellen, ob man tatsächlich die Kapazitäten hat um an all diesen Terminen selbst zu mobilisieren und ob man immer auch den Aufwand einer Infrastruktur, die militante Aktionen ermöglichen würde, stellen kann.

Neue Strategien und Perspektiven zur Verhinderung von Naziaufmärschen müssen diskutiert werden können.

Fazit & Ausblick

Ein bitteres Eingeständnis vom 18. August ist, dass es – ob in Spandau, Friedrichshain oder Lichtenberg, unabhängig von jeder Strategiediskussion – nicht gelang genug Leute zu mobilisieren. Es waren nicht genug Leute für Menschenblockaden da, es waren nicht genug Militante da, es waren nicht genug Leute da, die eine "kritische Masse" gebildet hätten, aus der Aktionen hätten hervorgehen können – obwohl schon vor dem Sommer begonnen wurde zu mobilisieren. Um ein für die Bullen unkontrollierbares Szenario zu schaffen, hätte man schlicht mehr Leute gebraucht.

Die Angebote, die es gab, wurden kaum genutzt und man schaffte es nicht die "Alarmstimmung", die es im letzten Jahr in der Szene gab, wieder zu erschaffen. Die Route in Friedrichshain hat nicht nur den Vorbereitungskreis trotz Ankündigung überrascht, sondern offensichtlich auch die Leute, die dort wohnen, sowie die Leute aus

dem "szenigen" Nord- und Südkiez. Anders lässt sich die geringe Anzahl an Teilnehmenden an den militanten und friedlichen Protestformen nicht erklären.

Trotzdem wurde von Einzelpersonen aus postautonomen Zusammenhängen kritisiert, dass es keine "Angebote" gab und der Ausdruck der Protestformen nicht klar nach außen artikuliert wurde. Dabei wurde dies (unserer Meinung nach) im Aufruf sehr deutlich gemacht:

"Wir wollen keinen auf Konsum ausgerichteten Protest. Jed*er sollte sich mit seinen*ihren Leuten Gedanken machen, wie er*sie an diesem Tag aktiv werden kann. Wir werden uns in unserem Handeln am 18. August nicht von Entscheidungen des Senats oder Bullen abhängig machen. Wir möchten an Aktionsformen anschließen, welche ein würdevolles Agieren jenseits der von Bullen gegönnten Rahmenbedingungen ermöglichen. Die erfolgreiche Gegenmobilisierung im letzten Jahr lässt hoffen, dass wir in diesem Jahr viele sind, sich vielfältige Protestformen ergänzen können und wir den 18. August zum Gedenktag ganz anderer Art für die Nazis machen." Dies führt uns zu einem anderen Problem: Während dem Schreiben dieses Auswertungstextes hatten wir immer wieder den Aufruf in der Hand. Dauernd hatte man das Gefühl das Gleiche zu schreiben, wie schon im Aufruf. Immer wieder fragten wir uns wer (außer Sebastian Lotzer) den Aufruf tatsächlich gelesen hatte.

Viele äußerten sich im Nachhinein in persönlichen Gesprächen, bei Veranstaltungen wie der öffentlichen Auswertung und vor allem im Internet überrascht über das aggressive Auftreten der Bullen. Oft hörte man: Man müsse "ja wirklich wieder radikaler, militanter werden", den "die Zeit der Sitzblockaden sind scheinbar wirklich vorbei". Auch das wurde im Aufruf bereits so analysiert und gerade deshalb zu vielfältigen Aktionen aufgerufen, der Widerhall war jedoch entsprechend gering.

Es wurde auch deshalb zu direkten Aktionen aufgerufen, weil allen klar sein muss, dass es nun einen regelmäßigen Naziaufmarsch in Berlin geben wird. So wurde schon im Aufruf geschrieben: "Wenn es den Nazis am 18. August gelingen sollte sich in Berlin-Spandau zu versammeln, dürfte ein jährlicher Großaufmarsch in Berlin Realität werden." Dieses Szenario steht uns jetzt unmittelbar bevor.

Die doppelte Anmeldung brachte viele aus dem Konzept, aber wie oben schon bemerkt: Auch davon müssen wir ab jetzt bei vielen Naziaufmärschen ausgehen, vor allem nachdem auch die Nazis von Wir für Deutschland die gleiche Strategie benutzten. Auch das ist bei einer Strategiediskussion zu beachten und in eine neue Strategie zu integrieren.

Schlussendlich muss man sagen, dass nicht nichts lief, aber leider viel zu wenig, als dass es eine gewisse Dynamik gegeben hätte oder es gelungen wäre, dass die Nazis tatsächlich gestoppt werden würden. Im nächsten Jahr müssen mehr Kiezantifagruppen einbezogen werden,

für den Fall, dass es nicht in Spandau stattfindet. Alle Bezirke müssen vorher geflyert und informiert werden, für den Fall, dass die Nazis eine alternative Route durch einen anderen Bezirk planen. Gleichzeitig darf in den Vorbereitungen Spandau nicht vergessen werden, das wahrscheinlich trotzdem noch das vordergründige Ziel der Faschist*innen sein wird, vorausgesetzt sie kriegen eine bessere Route als in diesem Jahr.

Die Strategiedebatte muss weiter geführt werden, damit wir zu einem produktiven Ergebnis kommen. Verschiedene dezentrale Konzepte müssen herangezogen und einzeln diskutiert werden, damit wir wieder handlungsfähig werden.

Kein Hess-Marsch am 17. August 2019 in Berlin!
NS-Verherrlichung stoppen!

Feministische Intervention:

Glasbruch und Farbe für einen rechten Buchladen in Frankfurt/Main!

Dokumentation: „Heute Nacht (24/25.2.2019) haben wir die „Nibelungenbuchhandlung“ ansässig in der Spohrstraße 41 im Frankfurter Nordend, betrieben von dem Rechten Arno Juhre, angegriffen. Er hegt seit vielen Jahren Kontakte zur evangelikalen und extrem rechten Szene. Bereits 2000 wird in Antifa Infoblättern auf seine Vernetzung innerhalb dieser Strukturen hingewiesen. Trotz Glasbruch und Farbinterventionen 2013 gegen den Laden des Faschisten, stehen hier rechte, antisemitische, antifeministische und evangelikale Bücher weiterhin im Angebot; online wie auch vor Ort. Beispielfhaft ist hier

die Biographie: „General Felix Steiner: Befehlshaber der europäischen Freiwilligen in der Waffen-SS im Kampf gegen den Kommunismus“ von W. Schutz. In diesem wird ein General der Waffen-SS, eine Organisation, die maßgeblich an der Planung und Durchführung der Shoah beteiligt war, heroisiert. Faschismus ist nicht nur die radikalste Form der Ausbeutung sondern auch die des Patriarchats. Bald ist 8. März, aber jeder Tag ist Frauentag! Haltet die Aufgaben offen und schreitet gegen den sich vollziehenden Rechtsruck aktiv ein!“

Alle auf die Straße gegen Bolsonaro!

Ein Aufruf aus Brasilien

Am 1. Januar 2019 übernimmt Jair Bolsonaro die Präsidentschaft Brasiliens. Seine Kandidatur, seine Regierung und seine Verbündeten repräsentieren das Schlimmste aus jeder Gesellschaft: Autoritarismus, Sexismus, Rassismus, Homophobie und Xenophobie. Kapitalismus kombiniert mit starken faschistischen Tendenzen! Wir rufen alle auf, sich zu wehren.

Der neue Präsident hat bereits gezeigt, dass seine Regierung politische Minderheiten als ihre vorrangigen Angriffsziele sieht. Er wird die Rechte der Arbeiter*innen, der Frauen, der Armen, der vorstädtischen Bevölkerung, people of colour, der gesamten LGBTTIQ-Gemeinschaft, der Indigenen und der Einwanderer*innen angreifen und ihr Leben bedrohen.

Mit Fake News, Gerüchten und Verzerrungen der Fakten haben Bolsonaro und seine Anhänger Millionen von Menschen beeinflusst und sich der Debatte über ihre Absichten entzogen.

Sie bedrohen die Umwelt mit ihrer Agenda zur Aufhebung des Umweltschutzes, ihrer Weigerung, die globale Erwärmung anzuerkennen, und ihrem Plan, ökologische Reservate und indigene Ländereien an die Agrarwirtschaft und den internationalen Markt zu liefern. Die Skandale um seine HelferInnen zeigen, dass die Regie-

rung von Bolsonaro genauso korrupt sein wird wie die früheren Regierungen.

Bolsonaros Politik wurde von weißen Rassisten gelobt, darunter David Duke vom Ku Klux Klan; seine Kampagne erhielt Unterstützung von Steve Bannon, dem Strategen von Donald Trump - dem amerikanischen Präsidenten, dem Bolsonaro totale Unterwürfigkeit verspricht.

Wir können nicht mehr warten: 2019 muss ein Jahr des noch intensiveren Kampfes für alle sein, die eine Welt der Gerechtigkeit und Gleichheit wollen.

Wir laden alle Gemeinschaften, Bewegungen, Kollektive, Verbände, Student*innen, Arbeiter*innen und Arbeitslose ein, einen breiten Kampf außerhalb und über jede Partei hinaus zu organisieren. Die falsche Opposition von rechten und linken Parteien fungiert als Ablenkung und verdeckt alles, was diese symmetrischen Machtinstitutionen gemeinsam haben, während sie die Wurzel des Problems intakt lässt: die Herrschaft des Staates und die kapitalistische Struktur der Gesellschaft.

Erinnern wir uns, dass die Antiterrorgesetze, die Proteste und soziale Bewegungen kriminalisieren, unter den angeblich linken Regierungen von Lula und Dilma Rousseff eingeführt wurden. Nun hofft die Regierung Bolsonaro,

mit ihnen jede populäre Opposition auf der Straße zu unterdrücken.

Bolsonaro selbst hat versprochen, alle Formen von Opposition und Aktivismus zu beseitigen. Die Gewalt der Polizei wird sich noch weiter verschärfen und die von dem Hass getriebenen Mobs, die in den letzten fünf Jahren entstanden sind, werden noch wütender werden. Auch sie werden auf den Straßen sein.

Wir dürfen nicht nachgeben.

Wir waren auf der Straße gegen die Verteuerung von Busfahrkarten und gegen den Confederations Cup 2013, gegen die Auswirkungen der Weltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016.

Wir waren 2015 bei den Besetzungen der Schulen gegen den Bildungskahlschlag. Im Jahr 2016 besetzten wir Schulen und kulturelle Einrichtungen gegen Michel Temer. Wir waren in all den Streiks, Besetzungen und Demonstrationen der Jahre 2017 und 2018. Jetzt werden wir wieder auf die Straße gehen, um uns gegen die Absurditäten, die Bolsonaro vertritt zu wehren, sie zu delegitimieren und als Bedrohung für alle Menschen, die Umwelt und zukünftige Generationen zu entlarven.

Wir werden mit Protesten, öffentlicher Organisation und direkten Aktionen reagieren. Wir rufen alle auf sich zu beteiligen; all jene, die ihr ganzes Leben lang systematisch von Regierungen und Kapitalismus geschädigt wurden und jetzt noch stärker davon betroffen sein werden; wir fordern alle auf, die anerkennen, dass wir die autoritären, konservativen, neoliberalen und faschistischen Gruppen bekämpfen müssen, die in den letzten Jahren versucht haben, die Straßen und politischen Institutionen zu erobern.

Ab dem Tag seiner Amtseinführung, dem 1. Januar, werden wir gegen jede Maßnahme seiner Regierung aktiv werden. Die Kämpfe um Land, um Wohnen, um Gerechtigkeit und Gleichheit, um unsere Existenz werden intensiver denn je sein. Wir müssen uns auch auf die traditionellen Tage vorbereiten, an denen populäre Kämpfe stattfinden:

8. März, Internationaler Frauenkampftag; 19. April, Tag des indigenen Widerstands; 1. Mai, Tag der Arbeit; 28. Juni, LGBTTIQ-Pride-Day; 7. September, der Schrei der Ausgeschlossenen gegen den sogenannten Unabhängigkeitstag; 20. November, Black Consciousness Day

Wir müssen jede Gelegenheit nutzen, um zu zeigen, dass es keinen Konsens gibt. Die Mehrheit der Bevölkerung hat nicht für diese autoritäre Regierung gestimmt, die die Tür für die weitere Militarisierung der Gesellschaft öffnet - für den Faschismus und die patriarchale weiße Vorherrschaft.

Für diejenigen außerhalb Brasiliens, die Solidarität zeigen wollen: demonstriert vor den brasilianischen Botschaften! Unterstützt die Kämpfe in Brasilien mit Demonstrationen, Transparenten und direkter Aktion. Die fremdenfeindliche und nationalistische Politik des neuen Präsidenten wird auch Menschen außerhalb Brasiliens betreffen. Der Aufstieg rechtsgerichteter und faschistischer Regierungen ist ein internationales Phänomen, das eine globale Antwort erfordert.

Wir werden nicht aufhören zu kämpfen, bis der Staat und der Kapitalismus auf der ganzen Welt fallen!

Keine Ruhe für Bolsonaro und seine Lakaien im Jahr 2019!

Brasilianische Botschaft angegriffen

Dokumentation: "Der Faschist Jair Bolsonaro ist seit genau einem Monat neuer brasilianischer Präsident. In Solidarität mit dem feministischen, queeren und antifaschistischen Widerstand in Brasilien haben wir gestern Nacht die brasilianische Botschaft in Berlin angegriffen.

Seit einem Monat regiert in Brasilien der Faschist Jair Bolsonaro. Nachdem der Rassist und homophobe Frauenfeind den zweiten Wahlgang gewann, stellte er ein Kabinett des Grauens zusammen mit dem Reaktionärstem das Brasilien zu bieten hat: Faschist*innen, religiöse evangelikale Fanatiker*innen, Ultraneoliberale, Folterknechte und Großgrundbesitzer*innen.

Schon der Wahlkampf wurde von einem unglaublichen Ausmaß politischer Gewalt begleitet. Der Hass von Bolsonaros Anhängern richtete sich vor allem gegen Afrobrasi-

lianer*innen, LGBTQI-Aktivist*innen und Personen, Frauen, Antifaschist*innen und Linke im Allgemeinen.

Selbst in die Ermordung der Schwarzen LGBT-Aktivistin und PSOL-Abgeordneten Marielle Franco im März letzten Jahres scheint Bolsonaro durch seinen Sohn Flávio verwickelt zu sein.

Der neue Präsident droht seinen politischen Gegnern offen mit Mord. Das einzige Problem an der Militärdiktatur sei gewesen, dass sie ihre Opfer nur gefoltert und nicht umgebracht hätte. Er hätte mindestens 30.000 umgebracht, so der bekennende Folter-Befürworter.

Zu seinen ersten Amtshandlungen gehörte die Liberalisierung des Waffengesetzes und die faktische Legalisierung tödlicher Polizeigewalt. Gegen die Landlosenbewegung MST – die größte soziale Bewegung des Landes – plant

Bolsonaro eine Kampagne, die auf ihre Auslöschung zielt. Er will nicht nur ihre Schulen schließen, sondern auch den Einsatz von Schusswaffen bei Landbesetzungen legalisieren. Die Demarkation der Indigenen Gebiete wird künftig dem Landwirtschaftsministerium unterstellt. Dieses ist ein Sprachrohr des Agro-Business und der Großgrundbesitzer*innen. Die zuständige Ministerin Castro-Dias (eine von zwei Frauen der neuen Regierung) gehört selbst zum Großgrundbesitz. Den Klimawandel hält Bolsonaro übrigens für eine Erfindung von Marxist*innen.

Ökonomisch orientieren sich die neuen faschistischen Herrscher am neoliberalen Modell der Pinochet-Diktatur. 1000 staatseigene Unternehmen und das Rentensystem sollen privatisiert und Arbeiter*innenrechte massiv beschnitten werden. Kein Wunder, dass sich das Kapital die Hände reibt. Auch die deutsche Wirtschaft freut sich sehr über Bolsonaro.

Bundesgericht und Burschis in Leipzig angegriffen

Dokumentation: „Wir starten in das Jahr 2019 mit kaputten Scheiben und einem Feuer am 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Leipzig.

Wir starten mit von Steinen zerstörten Scheiben und einer von Farbgläsern verschönerten Fassade direkt nebenan, am Haus der Burschenschaft Corps Lusatia. Wir starten mit brennenden Barrikaden an einer nahegelegenen Kreuzung und einer von Rauch eingehüllten Straße.

Die herrschende Ordnung zerstört die menschlichen Beziehungen, wir werden niemals aufhören diese Ordnung zu bekämpfen.

Als unseren ersten Akt des Jahres 2019 haben wir uns mit vielen Freund*innen auf der Straße getroffen und uns trotz zunehmendem Repressionsdruck erneut gegen den Staat verschworen.

Gegen Mitternacht betraten wir die Karl-Heine-Straße im Leipziger Westen und türmten Herumliegendes und Herbeigeschafftes zu einer Barrikade, die wir anschließend in Brand setzten. Wir verteilten Krähenfüße und zündeten Rauch, der die Straße und uns schnell umhüllte. Einige herumstehende Autos wurden gleich mit angezündet. Nachdem wir uns die Straße auf diese Weise angeeignet hatten zogen wir weiter.

Wir warfen Farbgläser an die Fassade der Corps Lusatia und Steine in ihre Fenster, die Burschis flohen in Angst. Als nächstes griffen wir das verhasste Gebäude des Strafsenats an. Wir entfachten ein größeres Feuer auf der Straße, kletterten anschließend über den Zaun und versuchten an verschiedenen Stellen die Fensterscheiben einzuschlagen.

Es scheint jedoch, als herrsche Angst an Gerichten wie diesem, die massiven Sicherheitsscheiben verhinderten

Das Leben in Brasilien wird gerade sehr gefährlich für Alle, die nicht ins faschistisch-fanatistische Weltbild der neuen Herrscher passen. Vor ein paar Tagen erst flüchtete sich der einzig offen homosexuell lebende Abgeordnete des Nationalkongresses Jean Whyllys außer Landes. Für Bolsonaro und seine Anhänger stand er weit oben auf der Feindesliste, nachdem er dem heutigen Präsidenten 2016 ins Gesicht gespuckt hatte. Dieser hatte sein „Ja“ zur Amtsenthebung Dilma Roussefs einem der größten Folterer der Militärdiktatur gewidmet.

In Solidarität mit der MST, dem feministischen, queeren und antifaschistischen Widerstand in Brasilien haben wir gestern Nacht die brasilianische Botschaft angegriffen. Farbe und Glasbruch sorgten für ordentlich Sachschaden.“

unser Eindringen. So blieb uns nichts Anderes übrig als die Brandsätze außen am Gebäude zu platzieren.

Unerkannt zogen wir uns in die Nacht zurück. Bei der Umsetzung haben wir sichergestellt, dass keine Unbeteiligten verletzt wurden.

Der 5. Strafsenat ist für die Revisionsverfahren unter anderem Berlins und Brandenburgs zuständig. Er ist als einer von fünf Strafsenaten des Bundesgerichtshofs eine der höchsten Rechtsprechenden Instanzen in Deutschland. Gerichte sind dafür zuständig die herrschende Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese staatliche Ordnung, in der die Regeln des Zusammenlebens im Sinne der staatlichen Herrschaftssicherung, kapitalistischer Ausbeutung und patriarchaler Unterdrückung festgelegt sind, entfremdet uns Menschen voneinander. Wir sollen uns den staatlichen Regeln unterwerfen und dabei die Fähigkeit verlieren unser Leben selbstbestimmt, auf Augenhöhe und solidarisch zu gestalten.

Wer jedoch versucht uns diese Gestaltung aus den Händen zu reißen macht sich zum Feind der Freiheit und der Menschlichkeit.

Aktuell erleben wir eine Zeit, in denen der Staat immer autoritärer wird, also versucht seinen Zugriff auf unser Leben noch mehr auszuweiten. In dieser Situation der Zuspitzung der Überwachung unseres Lebens, Steuerung unserer Entscheidungen und Spaltung der Menschheit müssen wir den Kampf gegen den Staat umso unversöhnlicher führen.

Der Beitrag der Justiz an dieser Zerstörung des menschlichen Miteinanders zeigt sich zum Beispiel im Vorgehen gegen unsere kurdischen Genoss*innen, die nach Paragraph 129a und b verfolgt werden. Deutschland ist seit Jahrzehnten einer der engsten Verbündeten des türkischen Staates und trägt alle seine Schweinereien

mit. Mit der Kriminalisierung der PKK in Deutschland und der juristischen Verfolgung vermeintlicher Mitglieder und Sympathisant*innen bekämpft er auch die Bemühungen in Kurdistan das menschliche Miteinander jenseits staatlicher, kapitalistischer und patriarchaler Strukturen zu leben.

Wir grüßen die vier Genossen, die derzeit vor den Staatsschutzsenat des Oberlandesgericht Celle gezwungen werden. Sie sollen während des Krieges des türkischen Staates gegen das nordsyrische Afrin ein Auto vermeintlicher türkischer Nationalist*innen angezündet sowie Steine gegen Glastüren und Fenster eines Geschäfts geworfen und versucht haben, die Geschäftsräume mit drei sogenannten Molotowcocktails in Brand zu setzen. Laut Anklageschrift handelten sie dabei im Auftrag eines Mitglieds der PKK, so dass die versuchte schwere Brandstiftung als ein Terrorismus-Delikt behandelt wird - ein Beispiel wie sich die deutsche Justiz zum Handlanger des türkischen Staates macht.

Als Beispiel der Zuspitzung des Kampfes des Staates gegen seine Feind*innen nennen wir auch die Verurteilung eines Linken in Leipzig im Jahr 2018. Bei einer großen militanten Spontandemonstration im Januar 2015 gingen unter anderem am Amtsgericht einige Dutzend Scheiben zu Bruch. An verschiedenen Tatorten wurden Steine mit seiner DNA gefunden. Anders als bisher üblich, wurde diese DNA in dem Prozess nicht ausschließlich als Indiz gesehen, sondern als Beweismittel gewertet. Allein der Fund seiner DNA reichte den Gerichten, um ihn zu einer Knaststrafe zu verurteilen.

Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass dies immer häufiger passieren wird.

Auch der Angriff auf die Burschenschaft Lusatia war uns eine innere Freude.

Burschis können sich an dem gegenwärtigen Rechtsruck der Gesellschaft laben. Sie streben an, ein elitärer Teil dieser verachtenswerten Gesellschaft zu sein. Die ausschließliche Organisation als Männer mit akademischem Werdegang und konservativen Werten steht jeder Bewegung hin zu einem selbstbestimmten Leben aller Menschen und einem solidarischer Umgang miteinander entgegen.

In den letzten Jahren wurden in Leipzig in der Silvesternacht immer wieder staatliche Behörden zu Zielen anarchistischer Angriffe. 2016 war es der Zoll, es folgte 2017 das Arbeitsamt und 2018 eine Abteilung des Jugendgerichts.

Wir haben jeden dieser Angriffe mit Freude vernommen und uns entschlossen, in diesem Jahr selbst auf die Straße zu gehen und anzugreifen.

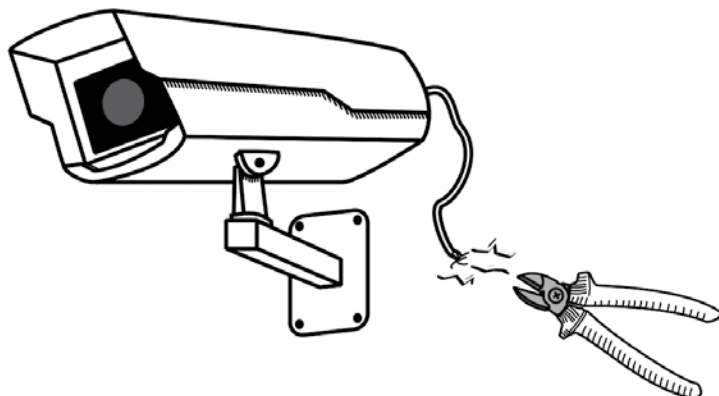
Wir richten unsere Blicke auf die befreiten kurdischen Gebiete, die vom türkischen Staat bedroht werden. Halt stand, freies Rojava!

Wir grüßen Loic und alle anderen kämpferischen Angeklagten der Elbchaussee!

Solidarität mit den Angeklagten, Verfolgten und Verurteilten der G20 Prozesse!

Freiheit für alle Gefangenen!“

anonym



#PolizeigesetzStoppen

Dystopie als Gesetz - Polizeigesetz in der Krise des Kapitals

Der Polizeistaat kommt. Die Bundesrepublik zieht die Schraube des Eingriffs in unser Leben wieder einmal tiefer ins Fleisch. Bundesweit werden Gesetze in den Ländern verabschiedet die an einen dystopischen Roman erinnern. Der Polizei werden weitreichendste Befugnisse verliehen. Es setzt sich eine Auffassung von Polizeiarbeit durch, die sich von der Verfolgung von vermeintlichen Straftaten hin zu einer vollkommen präventiv arbeitenden Repressions- und Überwachungsgruppe wandelt. Durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen hat der Polizeiapparat nun die Möglichkeit zu überwachen, zu unterbinden und zu bestrafen ohne dass Straftaten passiert sind. Nicht zu vergessen, dass eine Archivierung und Aufzeichnung über diese Maßnahmen ebenfalls abgeschafft wurde.

Unter dem Stichwort der drohenden Gefahr sollen Straftaten verhindert werden, bevor sie geschehen. Nun auch gesetzlich festgeschriebenes Hilfsmittel ist hier der, diskursiv seit Jahren vorbereitete, sogenannte Gefährder. Der Gefährder ist eine nicht definierte Figur, irgendwo in der Schnittmenge zwischen ISIS-Terrorist, Flüchtling, Hooligan und zündelndem Linksradikalen auf der Elbchausee. Wer Gefährder wird, entscheidet künftig allein die Polizei.

Parallel dazu wird eine massive Militarisierung von Polizeieinheiten vorgenommen. Vom Panzerfahrzeug über Gummigeschosse, Taser, Handgranaten, Maschinengewehre und SEK Einsatz als neuem Standardprozedere bereitet sich der Polizeiapparat offenbar auf schwere innere Unruhen vor.

Dieses dystopische Szenario wird demnächst flächendeckend Realität sein. Nun drängt sich die Frage auf: Warum jetzt?

Weltenfresser Kapitalismus

Die Frage schürft tiefer als man zunächst denkt. Denn die drohende Gefahr ist eine Phrase, die ihren Ursprung im weltenfressenden aller dagewesenen Systeme hat, dem Kapitalismus.

Der moderne Kapitalismus bringt Armut, Hunger, Dürre, Überschwemmungen, Leid über die Einen und ein absurd wohlhabendes Leben in Saus und Braus über die Anderen. Dass wir 40 Stunden in der Woche unseres Lebens opfern müssen, um unserem Chef die Tasche zu füllen, ist mittlerweile so in die Normalität übergegangen, dass es fast niemanden mehr wütend macht. Genauso normal sind unsere Smartphones in der Tasche, die mit dem elenden Leben und Sterben der Koltan-Minenarbeiter*innen erkaufte wurden, in Ländern, die seit Jahrhunderten unter den Überresten unseres europäischen Kolonialismus ächzen. So passiert es im kleinen Rahmen

mit Löhner*innen und Chefs in einem Land, und global im Großen in der Trennung in die verlorene Südhalbkugel und die gewinnende Nordhalbkugel.

Doch der Kapitalismus hat ein Problem: Er steckt in der Krise. Er hat solche riesige Produktionsmöglichkeiten geschaffen, dass ihm die Käufer*innen für all die Produkte fehlen. Zwar gibt es Hunger und Armut, doch können sich diese Menschen weder ein iPhone, einen SUV noch ein komplettes Mittagessen leisten. Es stellt sich also eine schleichende Krise ein, die allgemein mit der Schaffung neuer Absatzmärkte gestopft werden soll. Ob dies technologische Neuerungen oder unfassbar teure Kriege sind, bleibt erstmal gleichgültig. Unter dem Strich bleibt festzuhalten: Der Kapitalismus kämpft permanent um sein eigenes Überleben, und das mit allen Mitteln. Dabei hinterlässt er Chaos.

Doch hier zeichnet sich nun seit eher kurzer Zeit unheilvoll eine niemals stopfbare, ultimative Krise am Horizont ab: Die Klimakatastrophe. Die potentielle Leblosigkeit der gesamten Erdoberfläche, ausgelöst durch die brachiale Gewalt, mit welcher der Mensch und sein Wirtschaftssystem den Planeten gefügig gemacht haben, scheint ein verspätetes Korrektiv einer Wirtschaftsform zu sein, die von vorn herein auf Untergang getrimmt war.

So zynisch diese Feststellung sein mag, so betroffen macht sie, wenn man sich vor Augen führt, was diese Krise des Weltenbrands den betroffenen Menschen auf dem Globus antun wird. Der globale Süden wird unbewohnbar und unfruchtbar zurückbleiben, ob überschwemmt oder ausgetrocknet. Die Folgen sind absehbar: Kriege um schwindende Ressourcen, Flucht- und Migrationsbewegungen, Abschottung. So vertraut diese Vokabeln klingen: Diese Krise hat ihren Anfang schon genommen. Nicht nur im Mittleren Osten entstehen heute soziale Aufstände um Wasserknappheit und Stromversorgung, die ihren Ursprung in der Klimaerwärmung haben.

Spätestens an dieser Stelle wird nun klar, was in einem globalen Rahmen die aufziehende drohende Gefahr für dieses System ist. Die vermeintlich drohende Gefahr sind jene Menschen, die auf absehbare Zeit vor dem Weltenfresser Kapitalismus flüchten müssen, um nicht auf der Strecke zu bleiben. Nicht umsonst gleichen sich die Schreckbilder von Gefährdern, rassistisch aufgeladen, auf der Nordhalbkugel dieser Welt: Sie sind keine Weißen, sie sind keine Europäer. Und sie werden, so ist man sich einig, mit den höchsten, sichersten und gefährlichsten Zäunen und Grenzen fern gehalten.

Solange der Kapitalismus weiter existiert, wird der grundsätzliche, mörderische Widerspruch zwischen den Subalternen auf der anderen Seite der Welt und den Gewinnern im Business der kapitalistischen Nationen wei-

ter fortleben. Und die drohende Gefahr ist die Angst des Systems vor seinem eigenen Ende.

Der Schuss ins eigene Bein

Die drohende Gefahr, die sie in ihren neuen Gesetzen meinen, ist nach einem kurzem Blick in die Welt nicht die Gefahr vor dem Messer im Dunkeln oder der Junkies von der Ecke. Die drohende, aufziehende und bisher unkonkrete Gefahr gilt ihrem System der Ungerechtigkeit, auch wenn es den Funktionär*innen dieses Systems selbst wahrscheinlich kaum bewusst ist. Doch egal wie bewusst ihnen dieser Umstand ist, so verteidigen sie dennoch willfährig ihre Profite, die sich aus dieser himmelschreienden Ungerechtigkeit ergeben.

Und hier kommt die Idee der Nationalstaaten wieder zum vollen Tragen – plötzlich ist angesichts der drohenden Gefahr in der globalisierten Weltwirtschaft wieder das Eifern nach dem besten Platz in der Liste der Nationen an der Tagesordnung. Der Nationalismus erreicht eine neue Höhe, und das ganz ohne eine nationalistische Bewegung, und geht wie eh und je über Leichen. Die mörderischen Außengrenzen der Europäischen Union im Mittelmeer zeigen uns eine offenliegende Facette dieses Eifers.

Doch die andere Facette der drohenden Gefahr, die sie meinen, liegt innerhalb den Nationalstaaten selbst. Es ist ihre innere Sicherheit, ihre nationale Integrität. Entsprechend der äußeren Bedrohung sehen die Gewinner dieser Welt diese ganz handfeste weitere Bedrohung: Es sind die inneren Feinde, die Aufständischen, die Kriminellen, die Jugendbanden, die Organisierten – also alle, die den Staat in seinen Grundfesten nicht anerkennen.

Die Bekämpfung dieser inneren Bedrohung im Dienste der Nation hat lange Tradition in Deutschland, der Antikommunismus gehört gewiss dazu. Polizei, Verfassungsschutz und Justiz arbeiten Hand in Hand mit dem politischen Personal der BRD kontinuierlich daran, alle Elemente zu unterdrücken und zu kriminalisieren die am Ende des ungerechten Systems von wachsender Armut und Unterdrückung arbeiten. Abgesehen davon bekommen alle anderen inneren Feinde auch ihr Fett weg. Doch in einem der politisch stabilsten Länder der Welt, ohne eine organisierte revolutionäre gesellschaftliche Kraft, scheint es lächerlich von der Verschärfung der Polizeigesetze als Verschärfung der Repression einzig gegen Linke zu sprechen.

Doch in der abzeichnenden Zeit des Chaos, der aufziehenden Krise alles Systemischen, werden wahnhaft genau die unsicheren Elemente an der Heimatfront unter Beobachtung und Fußfessel gestellt, die eine Restgefahr der inneren Sicherheit bedeuten: Die Jugendbanden, die organisierten Linken und diejenigen mit dem falschen Pass. So gut es der Nation doch defacto geht, so wenig reale Feinde sich unter uns befinden, desto hyperventilierender und wahnhafter werden die law and order Maßnahmen

beschlossen. Denn sie treibt die gewisse Angst um, dass es nicht so bleibt wie es ist.

Rechtsruck überall

Analog hierzu verhält sich der gesellschaftliche Rechtsruck. Denn was den AfD Wähler, den patriarchalen Evangelikalen und den Neonazimob in Chemnitz eint, ist ihre falsche Angst. Die Angst der Männergesellschaft vor dem fremden Mann als Sexbestie, homosexuellen Kindern, emanzipierten Frauen und der Lüge des Glücksversprechens des Kapitals. Alle Umfragen zu rechten Einstellungen bemerken fast beiläufig, dass es einem Großteil der durch ihre Antworten nachgewiesenen Faschisten in diesem Land finanziell gut geht, sie doch allesamt die Angst davor umtreibt, ihren Groschen in unabsehbarer Zukunft zu verlieren. Ein Schelm, der dabei vermutet dass sich hier Kapitalismus und rechter Wahn die Klinke in die Hand geben.

Die Angst vor der drohenden Gefahr treibt also in den rassistischen Projektionen der autoritären Charaktere dieses Landes ihr Unwesen. Nicht umsonst ist die Figur der „bombenlegenden“ Muslime und „lawinenartigen“ Afrikaner eine Urangst im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts.

Die Angst, die die kapitalistische Moderne um ihr eigenes Fortbestehen hat, ist den Menschen solchermaßen ins Gehirn gebrannt worden, dass sie nach jahrhundertelanger Zurichtung sogar ihre Ängste imitieren – natürlich ohne es zu merken.

Durch die Stimmung im Land geht dementsprechend ein scharfer kalter Wind. Der zählbare und spürbare Rechtsruck auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene hat jeweils wechselseitig politische Projekte ermöglicht, die vor einigen Jahren nicht denkbar gewesen wären. Der Rechtsruck im Staat schafft neue Standards von Polizeiwillkür, Überwachung und struktureller Gewalt. Der rechte Mob auf der Straße und in den Parlamenten reißt handfest und hetzerisch die Grenzen der Restmenschlichkeit und Geschichtsbewusstseins Tag für Tag weiter nieder und fordert deren Wiederaufbau mit Stacheldraht und Maschinengewehr an den Linien zum globalen Süden. Beide sind sich einig in dem wahnhaften Ruf nach mehr Sicherheit, und erkennen selbst kaum wieso ihnen diese Forderung auf der Seele brennt.

Das Polizeigesetz – du wirst nicht glauben was es wirklich ist

Die Polizeigesetze sind nun im Jahr 2018 die hart gehandelte Währung der inneren Sicherheit, die allein die Wahrung des Status Quo im Sinn hat. Die innere Sicherheit ist ihre Ideologie. Denn alle Rufe nach dieser Sicherheit die sie meinen, gespeist aus der Angst vor der gefühlten, drohenden Gefahr, sind die verdrecktesten Rufe dafür, in diesem System der globalen Ungerechtigkeit nicht als Verlierer sondern als Herrscher dazustehen.

So fühlt es der Staat, der gegen die Delinquenten im Staat vorgeht, und so fühlen es die AfD-Faschisten, die sich auf Ausländer-Hatz befinden und umgekehrt.

Die Polizeigesetze mit ihrer Militarisierung und Überwachung sind ein Werkzeugkoffer dieses unfassbar ungerechten Systems, sich selbst zu erhalten, komme was da wolle. Ihre Ideologie ist die Macht - die Herrschaft weniger über die Vielen. Selbst wenn diese Reihe an Gesetzesverschärfungen noch Luft zum Atmen lassen sollten – die nächste Batterie kommt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit.

Von der Dystopie zur konkreten Utopie

Doch was wären wir für Menschen, wenn wir all das nur konstatieren würden? Es sähe schlecht aus in der Zukunft. Doch was hier festgehalten werden muss, ist eine Idee.

Denn die aufziehende Krise des kapitalistischen Moderne birgt genau eine Chance: Sie zu nutzen, um dieses System endgültig los zu werden, und das, bevor es den Planeten für immer verbrennt.

Es geht um nichts geringeres, als eine Gesellschaft ohne Ungerechtigkeit. Eine Gesellschaft, die Allen eine Stimme gibt, die es sich allein durch ihre Geburt verdient haben. Eine Gesellschaft in der alle Menschen genug zu essen haben. Ein Gesellschaft, die die Macht des Profits und des Patriarchats und des Rassismus bricht, damit niemand mehr den Stiefel im Gesicht haben muss. Wo die Menschen ihre Heimat haben wollen, da sollen sie sein. Die konkrete Utopie ist eine Weltgesellschaft, organisiert in Räten.

Das alles wird nur je möglich sein, wenn wir das werden was man uns vorwirft zu sein: Die drohende Gefahr für dieses System der Ungerechtigkeit und sein Polizeigesetz.

Der NRW-Trojaner kommt

Neues Polizeigesetz beschlossen

Der nordrhein-westfälische Landtag hat eine Reform des Polizeigesetzes beschlossen, das Ermittlern die Quellen-TKÜ und mehr Videoüberwachung erlaubt.

Mit breiter Mehrheit hat sich der nordrhein-westfälische Landtag dafür ausgesprochen, die Befugnisse von Strafverfolgern vor allem im Kampf gegen den Terrorismus deutlich zu erweitern. Für die lange umstrittene Reform des Polizeigesetzes stimmte neben der aus CDU und FDP bestehenden Koalition auch die SPD, nachdem Schwarz-Gelb noch einige Korrekturen zugesagt hatte. Nur die Grünen lehnten die Initiative ab, mit der Ermittler künftig etwa mit richterlicher Erlaubnis per Staatstrojaner Internet-Telefonate überwachen und Nachrichten von Messenger-Diensten wie WhatsApp auslesen dürfen. Die AfD enthielt sich.

Online-Durchsuchungen

Während die Regierung der Polizei auch eine Lizenz für heimliche Online-Durchsuchungen geben wollte, hat die Koalition im Landtag diese mit ihrem Änderungsantrag auf das Abgreifen „laufender“ Telekommunikation beschränkt. Die Maßnahme ist zulässig zur Abwehr einer „gegenwärtigen Gefahr“ für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes sowie für Leib oder Leben einer Person. Auch wenn Ermittlern konkrete Anzeichen vorliegen, dass jemand „innerhalb eines über-

sehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierte Weise eine terroristische Straftat“ begehen wird, kann sie den Staatstrojaner in Position bringen.

Mit dieser Quellen-Telekommunikationsüberwachung soll es den Ordnungshütern möglich werden, auch auf kryptografisch geschützte Kommunikation vor einer Ver- oder nach einer Entschlüsselung direkt auf Endgeräten der Zielperson zuzugreifen. Eingeschlossen sind Übermittler von Mitteilungen für einen Verdächtigen oder Personen, die diesem ihre Anschlüsse, Smartphones oder Rechner zur Verfügung stellen. Berufsheimlichkeitsbesitzer wie Geistliche, Abgeordnete, Ärzte oder Rechtsanwälte bleiben außen vor.

Mehr Videoüberwachung

Die Polizei darf terroristische Gefährder zudem künftig mit elektronischen Fußfesseln überwachen. In Extremfällen kann das Tragen eines solchen Ortungsinstruments auch bei Sexualstraftätern, Stalkern oder in schweren Fällen häuslicher Gewalt angeordnet werden. Die Videoüberwachung wird ausgeweitet: Bisher durften Kameras nur an öffentlichen Plätzen angebracht werden, an denen bereits Verbrechen stattgefunden habe. Künftig reichen Anhaltspunkte aus, „dass dort Straftaten von erheblicher Bedeutung verabredet, vorbereitet oder begangen werden“.

Sicherungshaft in Österreich geplant

Haargenau so soll Unterbindungsgewahrsam, so soll Sicherungshaft wirken. Es soll Unsicherheit schaffen, es soll Angst verbreiten. Denn es kann alle treffen. Natürlich vor allen die, die den Mund aufmachen, die die Ungerechtigkeiten nicht ertragen und sich dagegen wehren. Also ist es besser, die Füße still zu halten, nicht aufzufallen. Sicherungshaft dient dazu, Gehorsam herzustellen. Bei der momentanen Diskussion um die Sicherungshaft kommen bei mir Erinnerungen hoch. Ich gehöre nämlich zur kleinen, exklusiven Minderheit, die diese tolle Idee schon vorab testen durfte.

Winter 2002: Die linke Szene mobilisiert zu Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz. Motto: Von Genua nach München. Die Stadtoberen geraten deswegen aus dem Häuschen. Sie befürchten eine Horde Globalisierungsgegner*innen, die schwarz verumumt die Stadt in Schutt und Asche liegen – mensch kennt diese Gefahrenprognosen ja zu Genüge. Folgerichtig wird praktisch jede Demo, fast jede Kundgebung verboten. Am ersten Protesttag – Freitag, 1. Februar, für die, die es genau wissen wollen – räumt die Polizei eine Kundgebung von 2000 Leuten. Die ersten Leute kommen in Unterbindungsgewahrsam, dem bayrischen Pendant zur Sicherungshaft.

Am nächsten Tag: Praktisch alle Kundgebungen sind verboten. Aber ATTAC kann einen Infotisch weit abseits des Zentrums machen. Wir, eine kleine Gruppe Punks, gehen dorthin, um eventuell Infos zu bekommen. Doch nein, dort herrscht helle Aufregung. Einer aus unserer Gruppe hat ein Bier mit. Und das ist laut polizeilichen Auflagen ja verboten. Die panischen Attacis verweisen uns von der Kundgebung. Draußen wartet schon die Polizei, die uns frisch, fromm, fröhlich, frei in Unterbindungsgewahrsam nimmt. Wir könnten ja an einer nicht genehmigten Demo teilnehmen. Funfact: Das Alles passierte auf der Münchner Freiheit. Symbolisch für die Freiheit, die sie meinen.

Nicht nur wir, auch 850 andere Menschen sind an diesem Wochenende eingefahren. Wegen einem Demonstrationsverbot, dass – Welch große Überraschung – wenige Monate später gekippt wurde. Die brandschatzenden Horden blieben – mensch möchte fast sagen leider – aus. Das Demoverbot konnte die Polizei übrigens nicht durchsetzen. Es gab eine ganze Reihe, meist kurzer, Spontis. Manche endeten in einem Kessel. Als Krönung der Polizeifestspiele umstellten sie am Abend das Gewerkschaftshaus – das erste Mal seit 1933.

Uns ist relativ wenig passiert. Wir durften eine Nacht in dem Hotel mit den vergitterten Fenstern schlafen. Doch das wars auch schon. Es gab keine Verhandlung, keine Strafe, keine Verwarnung, gar nix. Und die simple Freiheit, auf der Straße zu gehen, fühlte sich selbst nach dieser Nacht wirklich intensiv an. Doch die Geschichte zeigt schon, wie absurd das Ganze ist: Wegen einem Bier auf einer angemeldeten Kundgebung kommt eine ganze Gruppe in Gewahrsam. Dank einer Gefahrenprognose, die an den Haaren herbeigezogen ist. Dank einer bewussten Panikmache, die eine ganze Stadt trifft. Dank Demoverbote, die später aufgehoben werden.

Und nein, das ist kein Ausrutscher, das ist kein Missbrauch irgendeines Gesetzes. Haargenau so soll Unterbindungsgewahrsam, so soll Sicherungshaft wirken. Es soll Unsicherheit schaffen, es soll Angst verbreiten. Denn es kann alle treffen. Natürlich vor allen die, die den Mund aufmachen, die die Ungerechtigkeiten nicht ertragen und sich dagegen wehren. Also ist es besser, die Füße still zu halten, nicht aufzufallen. Sicherungshaft dient dazu, Gehorsam herzustellen.

Das, was momentan in Österreich geplant wird, hört sich schlimmer an. Es ist zwar noch nichts Konkretes bekannt, doch die bisherigen Wortmeldungen verheißen nichts Gutes. Es geht jedenfalls nicht um ein stunden- oder tageweises Einsperren, sondern die Betroffenen sollen Monate oder gar Jahre weggesperrt werden. Treffen soll es „gefährliche Menschen“. Die Gefährlichkeit soll von Psycholog*innen (!), aufgrund von Internet-Recherchen (!!) oder gar aufgrund des Herkunftslandes (!!!) festgestellt werden. Momentan gibt es eine ziemlich absurde Diskussion darüber, ob diese „nur“ für Asylwerber*innen oder auch für Österreicher*innen gelten soll. Für die Law & Order-Fraktion von ÖVP und FPÖ ist die verdachtsunabhängige Haft ein feuchter Traum. Da aber auch die Oppositionspartei (oder sollte besser von Blockpartei die Rede sein?) SPÖ mitmischt, kann es für uns ein böses Erwachen geben.

Es ist egal, in welcher Form die Sicherungshaft kommt: In jedem Fall ist es ein Angriff auf unser aller Freiheit. Es ist höchste Zeit, dass wir uns zusammenrotten, und diesen Wahnsinn stoppen!

Feuer und Flamme den Abschiebebehörden?

Der Kampf gegen Abschiebungen und Abschiebehaft muss weitergehen!

Der Angriff auf Kabelschächte an Bahnstrecken in der Region Düsseldorf aus Protest gegen den dortigen Abschiebeflughafen legte im vergangenen Spätsommer

tagelang über weite Strecken den Bahnverkehr lahm und war damit eine gesellschaftlich breit wahrgenommene antirassistische Aktion - anders als viele andere direkte

100 JAHRE ABSCHIEBE HAFT

Aktionen, die medial die linksradikale Szene nicht verlassen. Entschiedene handfeste Proteste gegen Abschiebungen und Abschiebehäft finden auch - bzw. vor allem - hinter Gittern statt: von den Betroffenen selbst. Die Medien machen daraus sinnlose gewalttätige Randalere, der Protest wird entpolitisiert und kriminalisiert.

„100.000 Euro Schaden bei Randalere in Abschiebehäft

Zwei Häftlinge einer Abschiebehäftanstalt im bayerischen Eichstätt haben an Heiligabend randaliert und nach Angaben der Polizei für rund 100.000 Euro Schaden gesorgt. Der 35 Jahre alte russische und der 24 Jahre alte aserbaidische Abschiebehäftling zerstörten zuerst eine Toilette, wie die Beamten am Dienstag mitteilten. Danach zündeten sie Kleidung an und schließlich beschädigte einer von ihnen mit einem abgebrochenen Tischbein verschiedene Einrichtungsgegenstände der Haftanstalt. Die Männer lösten einen Einsatz aus, an dem am Ende rund 90 Kräfte von Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst beteiligt waren.“ (die Welt)

„Am 14. September 2018 hat es im Abschiebeknast Hernalser Gürtel in Wien gebrannt. Eine Zelle war in Brand gesetzt worden aus Protest gegen die Haft und die bevorstehende Abschiebung. Statt abgeschoben zu werden, landeten sechs Menschen in der Justizanstalt Wien Josefstadt. Gegen die Hernal 6 läuft derzeit ein Prozess in Wien.“ (www.freepazhernalso.noblogs.org).

Andere Arten des Widerstands in den Knästen sind Hunger- und Durststreiks, in den neu eröffneten Abschiebeknästen in Dresden und Darmstadt kam es bereits kurz nach ihrer Eröffnung zu den ersten Hungerstreiks. Weiterhin sind Selbstverletzungen - und als letzter Ausweg Selbstmord - gegen Haftbedingungen und drohende Abschiebungen in den Knästen verbreitet. Es bleibt daher wichtig, dass regionale Solistrukturen die Hintergründe von Protesten und die Zustände in den Knästen bekannt machen und auch die Proteste vor den Mauern wieder lauter und wahrnehmbarer werden. Anlässe und Ziele gibt es genug.

Massiver Ausbau von Abschiebeknästen

Mit der Brutalisierung und Ausweitung von Abschiebungen geht aktuell bundesweit auch ein drastischer Neu- und Ausbau von Abschiebeknästen einher, zugleich werden die Haftgründe rechtlich erleichtert, der Bedarf des Abschieberegimes nach Haftplätzen steigt damit rapide an. Jedes Bundesland hat bereits einen eigenen Abschiebeknast oder soll in den nächsten Jahren mindestens einen bekommen, bereits existente Knäste in Büren oder Pforzheim werden erweitert, die Zielmarke sind rund 1200 Haftplätze in den kommenden Jahren.

2018 wurden bereits mehrere Knäste eröffnet, darunter u.a. in Darmstadt-Eberstadt, Berlin-Lichtenrade und Dresden sowie in München. Doch der Ausbau von Knästen geht weiter und sollte nicht unkommentiert bleiben:

In Bayern sind etwa neben Eichstätt und Erding noch zwei weitere Knäste geplant: Im bayerischen Hof soll bis Herbst 2019 ein Knast mit 150 Plätzen neu gebaut werden, direkt neben der bestehenden JVA auf dem gut 11.000 m² großen Gelände der ehemaligen Straßenmeisterei entsteht aktuell ein Knast aus Beton-Fertigbauteilen in Modulbauweise. Zusätzlich wird dort eine Außenstelle der Ansiedlungsagentur „Invest in Bavaria“ platziert.

In Passau wird zudem an der Königshaldinger Straße ein kombinierter Knast aus JVA und Abschiebungshaft neu erbaut. Er soll 450 Haftplätze haben, 100 davon werden – räumlich getrennt, aber auf dem Gelände der künftigen Anstalt – für Abschiebehäft genutzt. Auch Sachsen-Anhalt soll bis Ende 2020 einen Abschiebeknast mit 30 Plätzen erhalten, dazu wird in Dessau die ehemalige JVA in der Willy-Lohmann-Straße umgebaut. Als Vorteil gilt seine Nähe zum Flughafen Leipzig/Halle, von dem 2018 knapp 700 Abschiebungen erfolgten. Auch in Glückstadt/Schleswig-Holstein soll 2020 ein Abschiebeknast eröffnet werden, in der ehemaligen Marinekaserne, die zeitweise bereits als Geflüchtetenunterkunft genutzt wurde. Dort sollen auch Menschen aus den Bundesländern Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern inhaftiert werden.

Recht unbekannt ist die lange Tradition der Abschiebehäft, die in Deutschland dieses Jahr 100 Jahre alt wird. Gegen Abschiebeknäste und Abschiebehäft finden daher vom 10. bis 12. Mai bundesweite Aktionstage statt, ein willkommener Anlass, sich speziell der Institution der Abschiebeknäste zu widmen - Aktionen sind überall herzlich willkommen! Am 31. August wird außerdem zu einer bundesweiten Demo an Deutschlands größtem Abschiebeknast Büren in NRW aufgerufen. Mehr Infos, zur Geschichte der Abschiebehäft und zu allen Abschiebeknästen auf

www.100-jahre-abschiebehäft.de

Raum der Solidarität in St. Pauli-Süd

Seit einigen Monaten treffen sich verschiedene Menschen in St. Pauli im sogenannten ‚gefährlichen Ort‘ rund um die Balduintreppe, um sich gemeinsam gegen rassistische Polizeikontrollen zu wehren. Was uns eint ist der Wunsch, in einer egalitären Gesellschaft zu leben. Die Initiative, die wir gegründet haben, heißt Kan Kilin, das bedeutet auf Mandinka „eine Stimme“. Wir sind ein Schwarz-weißes Bündnis bestehend aus vielen unterschiedlichen Menschen.

Manche von uns leben ohne Papiere und sind immer wieder von rassistischer Polizeigewalt und alltäglichem Rassismus betroffen. Sie werden als Kriminelle kategorisiert, ohne gefragt zu werden, warum sie in diese Situation gekommen sind. Die Regierung erlaubt ihnen nicht zu arbeiten ohne ihnen zu sagen, warum.

Dazu erklärt Ousman Dampha: „Wovon sollen wir leben? Wir haben versucht Arbeit zu finden, aber ohne Arbeitserlaubnis ist das schwer. Wir haben keine Alternative, deshalb machen einige von uns prekarierte Jobs. Zuhause waren wir Fischer; andere haben als Tischler, Zimmerer, Klempner und auf dem Bau gearbeitet; wir waren Auto- und Fahrradmechaniker, Schneider, im Handel... aber wir mussten unser Zuhause verlassen, weil wir damit nicht länger unseren und den Lebensunterhalt unserer Familien verdienen konnten.“

Gleichzeitig wenden sich einige von uns als solidarische Anwohner*innen gegen die zunehmende Kriminalisierung und Verdrängung Schwarzer Nachbar*innen und Freund*innen im Stadtteil. Dazu meint Kurt Brügge: „Diese Menschen sind Teil unseres Lebens und wir werden den gegen sie praktizierten Rassismus nicht hinnehmen.“

Zusammen haben wir einen ‚Raum der Solidarität‘ geschaffen. Manu Rausch erläutert die Idee: „Einige von uns haben aufgrund ihres prekären Aufenthaltsstatus, Armut, rassistischer Kontrollen, Obdachlosigkeit und Lagerunterbringung einen erschwerten Zugang zu Räumen. Deshalb haben wir gemeinsam ein Konzept ausgearbeitet, um einen selbstorganisierten Raum, einen Raum der Solidarität zu schaffen.“

In diesem Raum wollen wir voneinander Dinge lernen, die wir bisher nicht können. Wir wollen uns gegenseitig Sprachen beibringen wie Englisch, Mandinka, Französisch oder Deutsch.

Ibrahim Kante betont: „Unser ‚Raum der Solidarität‘ soll ein Ort sein, an dem wir uns über juristische, soziale und medizinische Beratungsmöglichkeiten informieren. Wir wollen miteinander ins Gespräch kommen, gemeinsam Tee trinken und die Freude, zusammen zu sein, teilen.“

Kan Kilin, 24.2.2019

Das Kan Kilin-Projekt ‚Raum der Solidarität‘ wird bislang unterstützt von: African Terminal, Anwohner_innen Initiative Balduintreppe, Asmaras World, Butt Club, Café Exil, Copwatch Hamburg, Filmclub Moderne Zeiten, Flüchtlingsrat Hamburg, Genossenschaft Alternativen am Elbufer, Hafenvokü, Hamburger Gruppe der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark, Initiative in Gedenken an Yaya Jabbi, Lampedusa in Hamburg, Plan B, Plenum Hafenstraße, St. Pauli Selber Machen, Stadtteilversammlung St. Pauli vom 10.2.2019, Wilhelmsburg solidarisch

Basel: Wir sind alle Mittäter*innen

Heute, Freitag 25. Januar 2019, wurden 15 der 18 Angeschuldigten im „Basel18“-Verfahren in Mittäterschaft wegen qualifizierter Sachbeschädigung, einfacher Körperverletzung, Landfriedensbruches, mehrfacher Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte und Verletzung der Verkehrsregeln schuldig gesprochen. Die absurden Strafmasse reichten von 20 Monaten bedingt auf 2 Jahre, bis zu 27 Monaten unbedingt. Damit folgten die drei Richter*innen des Strafgerichts Basel-Stadt in weiten Strecken den Strafforderungen der Staatsanwaltschaft. Dazu kamen bei einigen Personen noch 200.- Franken Busse wegen Verstosses gegen das Vermummungsverbot und einzelne Geldstrafen – zwischen 5 und 10 Tagessätzen – wegen Beschimpfung, Verstosses gegen das Waffengesetz, Hausfriedensbruches oder Hinderung einer Amtshandlung.

Die Höhe der Strafen erscheint umso absurder vor dem Hintergrund, dass das Gericht diverse Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft (wie mehrfache versuchte schwere Körperverletzung, Angriff oder Störung des öffent-

lichen Verkehrs) als nicht erfüllt ansah. Hauptursächlich dafür war, dass das Gericht an der umstrittenen Konstruktion der Mittäterschaft – alle sollen an allen Straftaten gleichermassen schuld sein – festhielt und diese verschärfte Auslegung in ihrem Urteil stützte. Dies obwohl keiner beschuldigten Person konkrete Taten zugeordnet werden konnten. Und darüber hinaus die Aussagen eines Hauptbelastungszeugen vom Gericht als nicht verwertbar erklärt wurden. Damit gab es für den angeblichen gemeinsamen Tatentschluss nun keinerlei Beweise mehr. Trotzdem war das Gericht der Meinung, dass aus den festgestellten Sachschäden und vorhandenen Videoaufnahmen klar ersichtlich sei, dass es sich um eine homogene Gruppe gehandelt habe, die von Anfang an das Ziel verfolgte, Sachbeschädigungen zu begehen und – im Falle einer Intervention der Polizei – diese anzugreifen. Auch, so das Gericht weiter, müssten in diesem Fall den beschuldigten Personen keine konkreten Tatbeiträge nachgewiesen werden können. Denn alle, die am Umzug teilgenommen haben sollen, hätten sich bereits durch das

Mitlaufen und das angebliche ideologische Mittragen der Taten schuldig gemacht.

Wie schon die Staatsanwaltschaft schien auch das Gericht unbeeindruckt von der Tatsache, dass die Beweise für eine Beteiligung der einzelnen Personen an der Kundgebung vom 24. Juni dünn war. Für das Gericht schien die Schuld der 13 Personen, die an besagtem Abend in Basel verhaftet worden sind, ohnehin schon festzustehen. Wahlweise wurde dafür entweder mit DNA-Spuren auf beweglichen Gegenständen argumentiert, und wo es solche nicht gab, mit der vermeintlichen Zugehörigkeit zur linken Szene, mit Vermutungen aus den Polizeirapporten oder einer Liste mit verhafteten Personen und deren Verteidigung, die nach der Demo bei einer Hausdurchsuchung gefunden wurde.

Es gibt Millionen Wege, wie ein Gegenstand mit einer DNA-Spur an einen Ort gelangen kann. Selbst das Bundesgericht hat entschieden, dass ein DNA-Hit nicht als Beweis, sondern lediglich als Indiz dienen darf. Doch das schien das Gericht nicht weiter zu stören: Es verurteilte nebst den an diesem Abend verhafteten Personen auch noch gleich zwei weitere Menschen, von denen nichts anderes als DNA-Spuren an Alltagsgegenständen in der Nähe der Demonstrationsroute gefunden wurden. Einzig bei den drei Personen, die aufgrund der Tatsache angeklagt waren, dass sie einer anderen beschuldigten Person am betreffenden Tag eine SMS geschickt hatten, erfolgte ein Freispruch.

Nebst den horrenden Strafen kommen für die betroffenen Personen hohe Verhandlungskosten (in der Höhe

von insgesamt rund 176'000.- Franken), sowie Schadensersatzforderungen von über 141'000.- Franken dazu. Das Gericht hat diese Forderungen gutgeheissen und die Beschuldigten zur solidarischen und unbeschränkten Begleichung verdonnert. Dies bedeutet, dass alle für die gesamten Schadensersatzforderungen aufkommen müssen. Sprich die Privatkläger*innen können sich einzelne Personen heraussuchen und diese mit der gesamten Schadenssumme belasten.

Die ausgesprochenen Strafen verdeutlichen, dass es dem Gericht – wie schon der Staatsanwaltschaft – darum geht, ein politisches Netzwerk zu konstruieren, politischen Protest zu entpolitisieren und zu kriminalisieren. Einzelpersonen mit den härtesten möglichen Mitteln zu bestrafen, ist dabei eine klare Androhung an alle, die heute nicht vor Gericht standen: Wer sich dem autoritären System des Staates und seinen Gesetzen widersetzt, wird bestraft und weggesperrt!

Mit dieser düsteren Note endete heute der erste Akt in dem Trauerspiel zum provinzstädtlichen Rechtsverständnis. Mehrere Anwält*innen kündigten jedoch bereits während der Verhandlung an, dass sie gegen das Urteil in Berufung gehen würden. Wir wünschen allen, die heute vor Gericht standen und denen, die das Verfahren weiter ziehen, viel Durchhaltevermögen...

Lassen wir uns davon nicht einschüchtern!
Solidarität mit allen Betroffenen!

Quelle: ABC Dresden

Feuerattacken auf IMPLERIA und KENT

Dokumentation: „In der Nacht auf den 28. Januar legten wir Feuer an einer Baumaschine, die sich auf der Baustelle der Firma Implenia befand. Implenia ist eine der hauptverantwortlichen Firmen, die am Erweiterungsbau des Ausschaffungsgefängnis „Bässlergut“ in Basel arbeiten. Somit sind sie maßgeblich daran beteiligt die Abschiebeindustrie weiter auszubauen.

In der selbigen Nacht steckten wir ein Fahrzeug der Restaurantkette Kent in Brand. Seit Jahren tragen, sie eine Unterstützung der faschistischen Regierung in der Türkei und ihrem Diktator Erdogan, offen zur Schau. Diese Regierung verübt einen Genozid an der kurdischen Bevölkerung und an revolutionären Menschen die sich dem Kampf um Rojava angeschlossen haben.

Es waren Flammen der Rache. Rache für die Verfolgung und die kürzliche Verurteilung der Basel 18. Verbündete*, welche im Juni 2016 sich entschieden ihre Wut zu entladen und eine wilde Demonstration im Zentrum von Basel machten um gegen Rassismus, Repression und Vertreibung zu kämpfen. Auf dieser Demo wurden Institutionen und Firmen angegriffen die diese Scheiße vorantreiben.

Es waren Flammen der Wut. Wut auf das europäische Abschiebesystem und der Grundproblematik von nationalen Territorien. Dieses System foltert, mordet und schiebt Menschen gegen ihren Willen ab. Es hindert Menschen daran ihr Leben selbstbestimmt und würdevoll zu leben. Es macht Menschen zu Kriminellen aufgrund von Herkunft und Hautfarbe.

Es waren Flammen der Solidarität. Solidarität mit den revolutionären Kräften in Rojava. Sie bieten Tag täglich den Faschisten der türkischen Armee die Stirn und arbeiten gleichzeitig an einem kollektiven Gesellschaftsmodell.

Wir senden unsere Solidarität und unser herzlichstes Lächeln auch an die Menschen die im Knast sitzen und dabei widerständig bleiben. Wir haben euch nicht vergessen.

Hier und überall ist nichts vorüber, alles geht weiter!
Lang lebe die anarchistische Solidarität!
Feuer den Faschisten und ihren Allianzen!
Solidarität mit den Basel 18!
Solidarität mit den revolutionären Kräften in Rojava!“

anonym

Zensur in deutscher Tradition:

Vereinsverbote als neues Repressionswerkzeug gegen die radikale Linke

Um den G20 begann der Feldzug der Herrschenden gegen die radikale Linke. So wurden im Vorfeld des Gipfels relevante Strafgesetze verschärft und im Nachhinein mit Inhaftierungen und öffentlichen Fahndungen, einem Ausbau polizeistaatlicher Befugnisse und Hetzkampagnen gegen die emanzipatorischen Bewegungen Stimmung gemacht.

In diesem Zusammenhang sind auch das Verbot von linksunten.indymedia.org und das angedrohte Verbot der Roten Hilfe e.V. zu verstehen. Das Innenministerium sprach bis jetzt 39 Vereinsverbote aus, das Verbot gegen linksunten.indymedia.org ist das erste aus dem Bereich „Linksextremismus“ (Das 1993 ergangene Verbot der PKK fällt in den Bereich „Ausländerextremismus“).

Im August 2017, rund ein Monat nachdem der G20 in Hamburg stattgefunden hatte, wurde linksunten.indymedia.org verboten.

Linksunten.indymedia.org war eine Plattform, auf der unzensuriert und für jede*n zugänglich Artikel und Berichte veröffentlicht werden konnten und hat damit eine unabhängige und offene Berichterstattung gewährleistet. Linksunten.indymedia.org ist Teil des IMC-Netzwerkes, welches aus den Protesten gegen die Welthandelsorganisation 1999 in Seattle entstand, eine unabhängige Berichterstattung zum G8 in Genua gewährleistete und jahrelang wichtiges Informationsmedium der außerparlamentarischen Linken war. So wurden auf dem deutschsprachigen linksunten.indymedia.org zum Beispiel Infos veröffentlicht, welche zur Aufklärung des NSU beigetragen haben, während der Verfassungsschutz selbst seine Akten geschreddert und vertuscht hat.

Das Innenministerium verbot das Medium mittels eines Vereinsverbotes, welches bis dato nicht gerichtlich überprüft wurde, aber trotzdem nun schon seit eineinhalb Jahren faktisch vollstreckt wird. Dafür konstruierte das Innenministerium aus dem Nachrichtenportal einen Verein, welchen es dann mit der Begründung verbot, dass linksunten.indymedia.org „nach Zweck und Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwider“ laufe und sich gegen die „verfassungsgemäße Ordnung“ richte. Aus den Ermittlungsakten ist ersichtlich, dass mindestens eine Person des Verfassungsschutzes im Umfeld von linksunten.indymedia.org aktiv war und an offenen Treffen teilgenommen hat. Als Beleg für die vermeintliche Feindlichkeit zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Nachrichten-Plattform dienten dabei 60 auf linksunten.indymedia.org veröffentlichte Beiträge. Ob und welche dieser 60 Artikel nun aus der Feder des Verfassungsschutzes selbst stammen, ist unklar. Daneben wurden Observationen, stille SMS, Kameraüberwachung, die geheime Beschlagnehmung von E-Mails und Briefpost sowie Autowanzern von den Repressionsbehörden verwendet, um unsere

Genoss*innen auszuspähen. Das Verbot wurde bereits vor dem G20 vorbereitet, aber erst danach, als „die Zeit reif“ war, vollstreckt.

Weil das nicht schon ausreicht, fordert AfD-Chef Jörg Meuthen nun auch am 11.01.2019 ein Verbot von de.indymedia.org, einer weiteren deutschsprachigen IMC-Plattform.

Daneben wurden 2018 auch aus der CDU die Idee eines Vereinsverbotes der Roten Hilfe e.V. geäußert.

Als strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation hat die Rote Hilfe e.V. auch den Aktivist*innen aus der radikalen Linken immer wieder den Rücken freigehalten: durch Übernahme von Prozess- und Knast-Kosten, zahlreichen Beratungsangeboten zur Aktionsvor- und -nachbereitung, Informationen zum aktuellen Repressionsgeschehen sowie einer solidarischen und offensiven politischen Unterstützung in konkreter Repressionsfällen.

Ende November 2018 tat Horst Seehofer, CDU, kund, die Rote Hilfe verbieten zu wollen. So davor auch schon Armin Schuster, ebenfalls CDU und führender Innenexperte der Union im Bundestag sowie Vorsitzender des dortigen Kontrollmediums der Geheimdienste. Ob das Bundesinnenministerium solch ein Verbot tatsächlich anstrebt oder nicht, lässt sich nicht beantworten, da sich zu solchen Belangen generell nicht geäußert wird. Die taz hingegen schreibt am 06.12.2018 von tatsächlichen konkreten Überlegungen zu einem Verbot der Roten Hilfe.

Mit Antrag vom 12.12.2018 fordert auch die AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt ein sofortiges Verbot der Organisation.

Antikommunismus und Zensur haben in Deutschland Tradition: Schon 1933 wurde die Vorgängerin des Roten Hilfe e.V., die Rote Hilfe Deutschlands, welche den antifaschistischen Kampf massiv stärkte, von den Nazis verboten, woraufhin diese bis zu ihrer Zerschlagung 1936 im Untergrund weiterarbeitete.

Eine Drohung gegen die Rote Hilfe als Ganzes in dieser Größenordnung gab es in ihren 43 Jahren seit Neugründung noch nicht. In der Vergangenheit wurden jedenfalls wiederholt gegen Einzelpersonen, die mit ihrer Solidarität und Mitgliedschaft in dem Verein offen umgegangen sind, gehetzt.

Dass sich die BRD nun auch dem Vereinsverbot als als Werkzeug der Repression gegen linke Strukturen bedient, ist Ausdruck eines vollzogenen Rechtsrucks und der bürgerlich-konservativen und rechtspopulistischen Forderungen der Parteien dieser Demokratie.

Die Stilisierung solcher Verbote als Erfolgsmoment ist Propaganda eines autoritären Systems, welches kritische Gegenpositionen um jeden Preis verbieten und Aktivist*innen einschüchtern will.

Linksunten.indymedia.org und die Rote Hilfe e.V. sind und bleiben wichtige Institutionen für die radikale Linke. Deswegen rufen wir alle Genoss*innen auf, ungeachtet etwaiger Verbote, Solidarität zu zeigen: Hier und überall, mit vielfältigen Aktionen und allen Mitteln.

Werdet Mitglied in der Roten Hilfe e.V.! So öffentlich, wie es euch möglich ist.

Macht Artikel, die auf linksunten.indymedia.org veröffentlicht worden, wieder sichtbar!

*Macht eure Genoss*innen auf die Repressionen aufmerksam, diskutiert und agitiert!*

Beteiligt euch an der Kampagne zum Tag (((i))), dem Samstag vor den Prozessen um linksunten.indymedia.org am Bundesverwaltungsgericht Leipzig!

Für eine freie und solidarische Gesellschaft!

Der Bunker - Das Beste zum Schluss!

Ich habe wahrscheinlich die fünf härtesten Tage meiner Haft hinter mir und sitze, gekleidet in Anstaltsklamotten, in meinem neuen Haftraum auf meiner neuen Station. Ich lausche dem Radio, um die Stille der letzten Tage zu vertreiben.

Anfangen hat alles am letzten Freitag mit einer lauten Explosion während des Mittagsaufschlusses und dem anschließenden Anstaltsalarm.

Ich will es mir gerade mit meiner neuen Star Wars-DVD gemütlich machen, als drei aggressive Blaumänner meine Zelle stürmen, mich mitnehmen und in einen separaten Raum verbringen. Dort soll ich mich entkleiden. Mein Hinweis auf die fehlende Anordnung wird ignoriert (Gefahr im Vollzug oder Verzug, was weiß ich), stattdessen stellt sich dieser Fisch dicht vor mich und schreit: „Ausziehen!“.

Ich lache ihn aus und lasse ihn abblitzen. Wütend stampfend verlässt er den Raum, um mit vier noch böser guckenden Visagen zurückzukommen.

Hektisch werden die Stühle und der dazugehörige Tisch in die Ecke geschoben, um den Ernst ihrer Absicht zu unterstreichen. Aus Sorge um meine Klamotten füge ich mich nun vor doppeltem Publikum. Nackt soll ich eine Kniebeuge machen. Diese Prozedur wird so noch zweimal mit neuen Schließern und in neuen Zellen wiederholt.

Während sie versuchen meine Würde zu nehmen, nehmen andere meine Zelle auseinander.

Wie ich nun weiß, haben sie sich auf der Suche nach Pyrotechnik richtig ausgetobt. Bilder und Postkarten wurden von den Wänden gerissen, Schrankinhalt landete auf dem Boden, Geschirr und Gläser wurden zerbrochen.

Mittlerweile ist auch sicher, dass mich ein überzeugter Almani angeschissen hat. Nazi wäre zu schmeichelhaft für dieses Stück Scheiße! Ich soll einen Böller in die Zentrale geworfen haben.

Nach anderthalb Stunden in einer Arrestzelle empfangen mich der Teilanstaltsleiter und seine Entourage. In meinem Haftraum wurden ein Handy und ein Fernseher gefunden und das, obwohl er mir doch erst gestern persönlich eine Disziplinarmaßnahme wegen Handybesitzes eröffnet hat. Diese beinhaltete neben Freizeiteinschluss auch den Entzug meines Fernsehers. Dass ich nun einen Tag später im Besitz eines Handys und Fernsehers bin, beweise, dass ich das Ganze nicht ernst nehmen würde.

- Was für eine Auffassungsgabe -

Das ist sehr dreist und ihm noch nicht untergekommen. Deswegen steckt er mich jetzt für fünf Tage in Arrest. Ob das verhältnismäßig und möglich ist, habe er extra nachgeschaut, beantwortet er meine Frage stolz. Es tue ihm ja leid, er könne da auch nichts machen und ich solle das doch „sportlich“ sehen.

„Es tut ihnen leid? Sie haben die Strafe doch verhängt!“ Er verteidigt sich lächelnd, achselzuckend.

Kein Wunder, dass er vor Kurzem in der selben Station von einem Bruder einen Aschenbecher ins Gesicht bekommen hat.

Heute weiß ich, dass ein Handy und ein Fernseher ganz sicher kein Grund für eine Arrestmaßnahme sind. In der Regel wird diese härteste Form der Bestrafung nach gewalttätigen Auseinandersetzungen oder Suizidversuchen gewählt. Es ist bezeichnend, dass diese Art der Folter so leichtfertig angewandt wird.

Da sie mir den Böllerwurf nicht nachweisen konnten, ist es logisch, dass sie das Handy und den Fernseher als Vorwand benutzen.

Kurz darauf finde ich mich in einer 12m² großen, nackten Zelle mit einer Pritsche und einem Loch für's Geschäft wieder. Einzige Sonderausstattung: Die Fußbodenheizung und die Kameras in den Ecken. Erstere machen den Bun-

ker zur Sauna und Letztere beginne ich sofort mit nassem Klopapier zu verdecken.

Nicht das Einzige, was zu Konflikten führen sollte. Den ersten Tag versuche ich mein Recht auf Kontakt zu meinem Anwalt und ein Buch durchzusetzen. Telefonieren darf ich nur beim Teilanstaatsleiter und der ist bedauerlicherweise schon weg und als Buch gilt: Nur Bibel oder Koran. Ich entscheide mich für den Koran und bekomme irgendein „Arabisch für Anfänger“.

Die Schikane erstreckt sich über die fünf Tage.

Ich verlange nach meinen verschriebenen Medikamenten und bekomme sie nicht, weil ich mich weigere „Bitte“ zu sagen. In einer Nacht wird das Licht angelassen. Jackpot, wenn ich Zähne putzen darf. Als der Teilanstaatsleiter nach dem Wochenende wieder da ist, darf ich meinen Anwalt nicht anrufen, da er sonst den Raum verlassen müsste. Rechtsgeheimnis und so.. nachdem schon tausendmal meine Anwaltspost geöffnet wurde. Auch mit meiner Versicherung, dass ich niemanden rausschicken werde, bleibt mir mein Rechtsbeistand verwehrt. Letztendlich sorgt meine „Sozialarbeiterin“ dafür, dass ich keine Post erhalte und tut so, als ob sie sich um meinen Anwaltsbesuch bemüht, welcher natürlich nicht stattfindet.

Das Schlimmste ist aber, dass du nicht weißt, wie spät es ist. Und es kommt auf den Schließer an, ob er so gütig ist und auf seine Uhr schaut. Wo immer es geht, lassen sie mich ihre Macht spüren. Irgendwie habe ich die fünf Tage rumgekrigelt. Ich wurde mit strengen Auflagen auf einen neuen Flügel verlegt und darf keine privaten Klamotten tragen und nur „das Nötigste“ auf Zelle haben. Heisst: 10 x Unterwäsche, 10 x Fotos oder Postkarten und Essen.

Dazu kommt der unterbrochene Freizeiteinschluss und die Fernsehsperrung.

Es ist immer wieder unfassbar, dass die machen können, was sie wollen. Abartig, dass Mensch dem so ausgeliefert ist und das, obwohl ich einen Anwalt habe, was bei Wenigen hier der Fall ist.

Gegen eine Disziplinarmaßnahme hat Mensch keine Handhabe. Falls das Gericht nach Monaten feststellen sollte, dass diese zu Unrecht verhängt wurde, hast du auch nichts mehr davon.

Viele Maßnahmen müssen auch gar nicht begründet werden. Beispielsweise das Verlegen auf eine andere Station oder die Nichtaufnahme in Gruppen- und Freizeitangeboten. Da ist dann gerade kein Platz oder aus logistischen Gründen ist die Zelle zu räumen. Beides wird aktiv als Strafe genutzt.

Ich bin froh, dass es bald vorbei ist. Aber ein Teil von mir will diese ganze Scheiße nicht so stehen lassen, sich dem nicht entziehen, meine Freunde und Brüder nicht dort zurücklassen.

Ich wünsche euch allen weiterhin viel Kraft und Momente der Selbstbestimmung und -ermächtigung!

I stand by you! Wallah habbi!

Besondere Grüße an meine Brüder auf der Isostation, welche diese zu Silvester zerstörten und zum Schwimmbad umfunktioniert haben.

Nero

Bunker - Bullen - Brennen!

Privatvehikel eines Bullen angefackelt

Dokumentation: „Sie morden, sie foltern, sie schieben ab. Die widerlichste und menschenverachtendste Gang der Welt: die Polizei.“

Ob nun NSU 2.0, 3.0 oder 4.0, ob Riotcops, Zivischweine, Kripos oder Objektschutzbullen, sie alle folgen einer Logik, die Freiheit, Leben und Liebe hinter den Profit der Herrschenden anstellt.

Tötungen, Folterungen und Drohungen sind keine Einzelfälle sondern grausame Realität in jedem Revier. „Auch Mensch“ heißt ihre Imagekampagne, wobei das Mensch sein dem sogenannten „polizeilichen Gegenüber“ nicht mehr zugestanden wird.

Wir haben von den Briefen in Frankfurt gelesen.

Wir haben die Bilder der Obdachlosen Frau, der ein Sack über den Kopf gestülpt wurde, gesehen.

Wir haben eure Diskussionen über die neuen Polizeigesetze gehört.

Wir haben es satt!

Aus diesem Grund fackelten wir am 20.01.19 das Privatfahrzeug eines Bullen, der in Berlin-Lichtenberg wohnt, ab.

Beruf und Privates kann nicht getrennt werden. Vor allem nicht, wenn der Beruf ein Statement gegen die Menschlichkeit ist.

Wir sind wütend lesen zu müssen, dass GefährtlInnen in Bunker gesteckt werden. Der Versuch sie zu isolieren

scheitert an dem Widerstand, der von innen nach außen dringt. Unsere Antwort sind Grüße und Kraft an alle Eingekerkerten.

Es ist ein besonderes Zeichen, die Verantwortlichen für dieses System der Repression aus der Anonymität zu holen, ihnen zu zeigen, dass wir wissen wo sie wohnen und sie sich zukünftig häufiger umdrehen müssen.

Gefreut hat uns, dass in der selben Nacht GefährtlInnen den Behörden und der Industrie Besuche abstatteten.

Gerade weil in diesem Jahr wieder gegen europäischen Polizeikongress mobilisiert wird, sollten wir diese Vereinigung von Politik, Wirtschaft und Behörden zum Anlass nehmen, eben jene zur Verantwortung zu ziehen, die überall auf der Welt ihre Spuren aus Blut hinterlassen.

Burn all Prisons!
Burn all Copcars!
Fight the State!“

anonym

Nero ist in Freiheit!

Eineinhalb Jahre wurde Nero in den JVs Moabit und Tegel gefangengehalten, nachdem er einen Bullenhelikopter, während Krawallen in der Rigaer Straße, geblendet hatte.

18 Monate Zersetzungsversuche des Knastes und seiner Schließer*innen, eifriger Bemühungen des LKAs ihn noch länger hinter Gittern zu behalten und steter Forderungen der Knastleitung, sich von seinem staatsfeindlichen Umfeld zu distanzieren. Von seiner Zeit hinter Gittern hat er in mehreren Texten (<https://freenero.blackblogs.org/texte/>) berichtet. Von Südeuropa bis nach Berlin wurden Grußbotschaften auf Mauern, Barrikaden und Zügen entdeckt.

Nero ließ sich nicht einmachen, lehnte ihre „Resozialisierung“ genannten Kollaborationsangebote ab und konnte so, Anfang dieser Woche, den Knast erhobenen Hauptes verlassen.

In diesem Sinne wurde erst mal ein Bullenhelikopter auf dem Dorfplatz angezündet, wir bereuen nichts!

In steter Feindschaft mit diesem Staat!

Wir grüßen alle Gefangenen in Berlin und weltweit!

Unsere Leidenschaft für die Freiheit lässt sich niemals hinter Gitter sperren!

Criminals United 1312!

Knastprofiteur angegriffen

- Solidarität mit den Angeklagten im Elbchaussee-Verfahren.

Dokumentation: „Rauchsäulen über den Dächern des Reichtumsviertels der Elbchaussee, kreisende Helikopter am Himmel. Von weitem ließ sich für einige Bewohner*innen, die früh auf den Beinen waren erahnen, dass gerade etwas vor sich ging, das möglicherweise außerhalb der Einschätzungen von Bereitschaftspolizei und Geheimdiensten lag. Ein Mob vermummter Menschen verfolgte das Ziel, dem Gipfel ihre Sicht der Zustände, in Form von zielgerichteter und wahlloser Zerstörung eines winzigen Stückes heiler Welt, entgegen zu schleudern.

Ein wunderschönes Zeichen. Ein Straßenzug lodernder Autos, völlig fassungslose Seelen, die überhaupt nicht verstehen wollten, warum gerade sie jetzt Opfer dieser unnötigen Gewalt werden mussten. Wir haben großen Respekt vor dem Risiko, dass Menschen in Kauf nahmen. Schließlich schien es vor dem Gipfel, als würde man bereits mit dem Übertreten der Stadtgrenze auf dem

Radar sämtlicher Nachrichtendienste aufploppen. Ein Moment der Offensive, dessen Charakter auf Demos in diesem Land nur noch rar gesät ist.

Seit dem 18. Dezember stehen 5 Gefähr*innen aus Frankfurt, Offenbach und Frankreich vor dem Oberlandesgericht Hamburg. Sie werden beschuldigt, Teil dieses Umzugs gewesen zu sein. Begründungen sind Film und Videomaterial, das die Bullen ausgewertet haben. Sie meinen Menschen in dem schwarz vermummten Pulk identifizieren zu können.



Die Soko Schwarzer Block hat mit ihrer Propaganda seit dem Sommer 2016 versucht ein Szenario zu zeichnen, bei dem es keinen Autonomen jemals mehr möglich sein wird, unentdeckt auf Spontis, wie jener in der Elbchaussee, mitlaufen zu können. Die Soko behauptete, von nun an durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit aller europäischer Staatsschutzschweine, die Zusammenarbeit internationalistischer krimineller Strukturen zu zerschlagen.

Auch wenn die Gerichtsprozesse und Razzien der letzten 1 ½ Jahre Spuren in den antiautoritären Strukturen hinterlassen haben, bleibt diese Propaganda wertlos für unsere hasserfüllte Haltung diesem Staat gegenüber.

Wir haben von der Stimmung vor und im Gerichtssaal und auf der Vorabenddemo in Hamburg lesen können und waren erfreut über die Solidarität und Aufmerksamkeit, die den Betroffenen zukommt. Schließlich gab es schon zu viele Angeklagte, deren Prozesse kaum Beach-

tung fanden in der sogenannten Szene und deren Urteile somit einige von ihnen zum Füße still halten zwingen werden.

Wir werden den Prozess weiterhin mit Angriffslust verfolgen und wünschen den Angeklagten viel Kraft und Durchhaltevermögen, im Gerichtssaal und vor allem für die Zeit danach.

Als ein Akt der offensiven Solidarität mit den Angeklagten brannten am 27.11. und 20.12. zwei Fahrzeuge der Firma KONE in Berlin Lichtenberg und Friedrichshain ab. Schließanlagen von KONE sorgen unter anderem in Berliner Knästen dafür, den Gefangenen ihre Freiheit vorzuenthalten.

Weder schuldig noch unschuldig!
Die Hamburger Krawalle verteidigen!“

AG Elbchaussee

Generalstaatsanwaltschaft angegriffen

...und zwar mit Farbkugeln und -flaschen.

Dokumentation: „Doch was ist die Generalstaatsanwaltschaft und warum ist sie Ziel unseres symbolischen Angriffs geworden? Die Generalstaatsanwaltschaft steht für staatliche Repression. Sie ist die höchste Instanz staatlicher Verfolgung und direkt dem Innenministerium unterstellt. Damit ist sie u.a. verantwortlich für die Verfolgung kurdischer AktivistInnen. Aber nicht nur diese sind von staatlicher Repression betroffen. Alle Menschen die sich gegen das kapitalistische System oder seine Auswüchse wehren und sich für fortschrittliche Alternativen einsetzen, sollen abgeschreckt und von ihrem Kampf abgehalten werden. Polizeigewalt, Geldstrafen, Bewährung und Knast, sind Mittel zur Verteidigung des kapitalistischen Systems und werden in Stuttgart – ganz im Gegensatz zur schwäbischen Natur – alles andere als sparsam verwendet.“

Im Zuge des gesellschaftlichen Rechtsrucks hat sich die Repression gegen Linke und Geflüchtete verschärft. Während linke AktivistInnen für einen Flaschenwurf bei G20 für mehrere Jahre in den Knast kommen und abgelehnte AsylbewerberInnen bis zu ihrer Abschiebung erst mal in

den Knast sollen, wird das NSU-Mitglied Ralf Wohlleben auf freien Fuß gesetzt und Nazi-Ausschreitungen in Chemnitz gelegnet oder eher halbherzig „geahndet“.

Der Staat rüstet auf und zwar in Form von neuen Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung, wie BFE+, und geplanten oder schon in Kraft getretenen Polizeigesetzen, die den „OrdnungshüterInnen“ weitgehende Befugnisse einräumen. Von Handgranaten gegen Menschenmengen bis hin zum Wegknasten von „GefährderInnen“ auf bloßen Verdacht hin, ist nun alles erlaubt.

Repression trifft meist einzelne, gemeint sind aber wir alle. Repression soll einschüchtern und uns von unseren legitimen Kämpfen abhalten. Diese Rechnung, liebe Behörden, geht nicht auf. Ihr könnt uns zwar immer wieder angreifen, aber klein kriegt ihr uns nicht. Weder individuell noch als ganzes. Zu fest ist unsere Überzeugung, dass wir genau das richtige tun. Eure Repression ist der beste Beweis.“

anonym

Besancon: Hast Du nicht gehört?

Dokumentation: „Boom, in der Nacht Von Freitag auf Samstag 26. Januar. Es ist nach 2 Uhr. 1, 2 dann 3 Explosionen inmitten der Nacht, zu der Stunde wo die tapferen Arbeiter ihre Wochen der Ausbeutung in den Bars und Clubs des Stadtzentrums ertränken. Auf einem Parklplatz zwischen dem CCI und dem Lycée [weiter-

führende Schule] Jules Haag, wurde ein LKW der Firma Dallmayr abgebrannt. Auf den Vertrieb von Kaffee und Getränken spezialisiert, bringt diese deutsche Firma die Ausgebeuteten in ihrer Pause wieder zu Kräften, um sie noch folgsamer und rentabler zu machen.

Diese kleinen Flammen sind unter anderem für die Aufständischen des G20 in Hamburg bestimmt, die für die Riots in der Elbchaussee vor Gericht stehen. Mit ganzem Herzen an eurer Seite.

Für Krems, der gerade aus dem Knast gekommen ist, für ein Bullenauto, das an einem Tag im Mai 2016 angezündet wurde.

Lächeln in Komplizenschaft“

anonym von Indymedia Nantes

Vorwärts im Kampf gegen die Überwachungsbranche!

Dokumentation: „Viele Überwachungsunternehmen, die sich im Augenblick noch sicher wähnen, werden noch eine Überraschung erleben!“ (frei nach Jan Hieber, Leiter der Soko „Schwarzer Block“)

„Wir haben am 18. Januar 2019 den Eingangsbereich im Hans-Henny-Jahn-Weg 29 mit Steinen angegriffen und für Glasbruch gesorgt.“

Im Hans-Henny-Jahn-Weg 29 befindet sich nicht nur die Hamburger Niederlassung der CG Gruppe AG, die insbesondere in Berlin für ihre Luxussanierung und damit einherlaufender Vertreibung berüchtigt ist. Im selben Gebäude sitzt der europäische IT-Konzern Sopra Steria Group SA. Die Sopra Steria Gruppe ist in 20 Ländern vertreten und beschäftigt insgesamt 39.813 Mitarbeiter*innen (Stand: 31. Dezember 2016). Hauptsitz der Gruppe ist Paris, in Hamburg ist der Hauptsitz der deutschen Landesgesellschaft.

Lieferte schon das Vorgängerunternehmen Steria Mummert Aufspürungstechnologie an FRONTEX, so ist Grenzabschottung noch immer ein Einsatzbereich der Sopra Steria Gruppe. Der Konzern, der auch mit Bundeswehr und BKA zusammenarbeitet, rühmt sich damit, „wichtige Informations- und Suchsysteme“ wie „INPOL, Schengener Informationssystem (SIS), Ausländerzentralregister und zentrale Verkehrsinformationssysteme“ in seinen Systemen integriert zu haben. Die Software von Sopra Steria soll u.a. den Austausch von biometrischen Daten, Fingerabdrücken und Unterschriften zwischen internationalen Datenbanken unterstützen und beschleunigen. Damit werden Grenzkontrollen und Personenidentifikationen erleichtert. Die Abschottung Europas, die Repression gegen Genoss*innen sowie die Verknüpfung von Datenbanken als Grundlage umfangreicher Überwachung sehen wir als Bedrohung an.

Konkret werden Verfahren zur Gesichtserkennung bei der Datenauswertung nach dem G20-Gipfel in Hamburg eingesetzt. Der Soko „Schwarzer Block“ liegen mit Stand 6. August 2018 insgesamt über 100 Terabyte Bild- und Videomaterial vor. Den deutlich größten Teil davon macht Videomaterial des ÖPNV aus (Kameraaufnahmen aus Bahnhöfen, Bussen und U-Bahnen). Hinzu kommen die Daten von Bullen, Medien, sozialen Netzwerken, Privatpersonen und Firmen.

Bei der von der Soko eingesetzten Gesichtsanalysesoftware (GAS) handelt es sich zum einen um „Videmo 360“ der Firma Videmo mit Sitz in Karlsruhe. Darüber hinaus kommt das Gesichtserkennungssystem (GES) des Bundeskriminalamts (BKA) zum Einsatz, das auf die Software „Face-VACS/DB Scan“ bzw. „Examiner“ von der Dresdner Firma Cognitec zurückgreift. Mit dieser werden unter anderem Bilder von unbekanntem Tatverdächtigen mit dem Bildmaterial des BKA von erkennungsdienstlich behandelten Personen abgeglichen.

Mit Hilfe der GAS konnte die Soko „Schwarzer Block“ bislang max. vier Personen namentlich identifizieren. Von 95 Fällen, bei denen das GES des BKA eingesetzt wurde, konnte in zwei Fällen eine Person namentlich identifiziert werden. Gemessen an dem Aufwand und der Datenmenge kein besonders beeindruckendes Ergebnis. Aber darum geht es nur bedingt. Sicher wollen die Bullen und die Stadt Hamburg sehr gerne jene Menschen schnappen, die ihnen beim G20 Gipfeltreffen die Show versaut haben. Des Weiteren geht es hier aber darum, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu testen. Immerhin muss jeder Mensch, der irgendwann in den fünf Tagen während des G20-Gipfels an einer Kamera vorbeigegangen ist, damit rechnen, dass sein Gesicht biometrisch bearbeitet worden ist.

Die Ermittlungen gegen die G20-Gegner*innen sind eine Generalprobe, über die eine Technologie als Standard polizeilicher Arbeit implementiert werden soll, die eine umfassende Kontrolle der Bevölkerung ermöglicht. Auf den Einsatz derartiger Überwachungstechnologie wird bereits seit Langem hingearbeitet. Diverse Forschungsprojekte liegen dem Einsatz der Soko in Hamburg zu Grunde. In Kooperation mit Firmen wie Sopra Steria oder Videmo investieren Behörden wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Innenministerium, BKA und LKA Hamburg viel Geld in die Verbesserung von Gesichtserkennungssoftware. Einige Projekte davon laufen länderübergreifend.

Gleichzeitig nimmt der Einsatz von Tools zur Gesichtserkennung zu. Dabei überrascht es wenig, dass das LKA Hamburg bereits auf dieselbe Videoauswertung zur Abarbeitung von Großereignissen Zugriff hat, wie die Soko. Beim BKA ist zwischen 2015 und 2016 „die Zahl der GES-Recherchen von 16773 auf 23064 gestiegen – ein Zuwachs von 37,5 Prozent“. Auch Interpol baut sein

System aus und ergänzt seine Datenbank über Fingerabdrücke mit einem System zur Gesichtserkennung.

Wie die derzeitige Auseinandersetzung zwischen der Innenbehörde Hamburg und dem Datenschutzbeauftragten der Stadt zeigt, ist der Einsatz nicht mal legal abgesichert. Doch wird er spätestens beim nächsten Großereignis legitimiert sein. Zumindest der Bund deutscher Kriminalbeamter kann sich eine Arbeit ohne Videoanalyse kaum mehr vorstellen. Und die Sopra Steria Gruppe ist

nur eins von vielen Unternehmen, die ihre Geschäfte mit Überwachungstechnologie machen.

Vorwärts im Kampf gegen die Überwachungsbranche!

Solidarische Grüße an die Gentrifizierungsgegner*innen in Berlin!

Solidarische Grüße an die 5 Menschen, denen gerade vorgeworfen wird, sich an der super Aktion während des G20 an der Elbchaussee beteiligt zu haben!“

Überwachungskameras der BVG haben auch Mikrofone

Die in Bussen und Bahnen der Berliner Verkehrsbetriebe angebrachten Überwachungskameras können auch Ton aufnehmen.

Auf die Fahrgäste der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) sind viele Augen gerichtet. Über 10.000 Überwachungskameras sind in Betrieb. In neueren Kameramodellen sollen zudem Mikrofone integriert sein. Mit diesen könnten Gespräche der Fahrgäste aufgenommen werden. Laut einem Bericht der Berliner Zeitung werden die Mikrofone von Administratoren der BVG deaktiviert.

„Kameras der neueren Generation sind in der Lage, Audiodaten zu übertragen“, heißt es in einer bisher unveröffentlichten Antwort der Senatsinnenverwaltung auf eine Anfrage der FDP, auf die sich die Berliner Zeitung beruft. „Die Mitarbeiter in der Sicherheitszentrale haben nur die Bilder und keinen Ton“, betont Unternehmenssprecherin Petra Nelken. In den Bussen und Bahnen würden Kameras verschiedener Hersteller eingesetzt, welche zum Teil ab Werk mit Mikrofonen ausgestattet seien. Die Tonaufnahme werde jedoch von den Administratoren der

BVG deaktiviert. Diese würden zudem nicht am gleichen Standort arbeiten wie die Mitarbeiter, die die Überwachungsbilder sichten.

Tonaufnahmen ausgeschlossen?

Sowohl die Berliner Datenschutzbeauftragte als auch Ulrich Battis, Professor für Verwaltungsrecht, sehen laut dem Bericht der Berliner Zeitung kein Problem, solange die Mikrofone deaktiviert sind. Dies müsse technisch und organisatorisch sichergestellt sein, sagt eine Sprecherin der Berliner Datenschutzbeauftragten. Dass die Kameras teilweise auch Ton übertragen könnten, sei ihr bisher nicht bekannt gewesen. Der Berliner FDP-Abgeordnete Marcel Luthé befürchtet jedoch, dass die vorhandene Technik früher oder später auch eingesetzt wird.

Eine Sprecherin der BVG sagte, dass die Mikrofone zwar nicht ausgebaut, aber sowohl auf Software-, als auch auf Hardware-Ebene deaktiviert würden. Genaueres dürfe sie dazu aus Sicherheitsgründen jedoch nicht sagen. Technisch sei eine Reaktivierung der Mikrofone durch BVG-Administratoren möglich.

Gefährte der Anarchistischen Bibliothek Fermento verhaftet

Am Dienstag dem 29. Januar, kurz nach Mittag, wurde ein Gefährte von uns in seiner Wohnung verhaftet. Die Türe wurde von einem forensischen Team aufgebohrt.

Die Verdächtigungen, welche seine Verhaftung sowie die Durchsuchung der Wohnung in der er lebt, ebenso wie – wiederum – des Fermento anscheinend gerechtfertigt haben sollen, sind folgende:

– Brandanschlag auf mehrere Fahrzeuge der schweizer Armee an der Überlandstrasse 17 in Hinwil am 27. September 2015

– Brandanschlag auf die Funkstation Waidberg der Stadtpolizei Zürich am 10. Juli 2016

– Plakate und einen Zettel im Schaufenster in der anarchistischen Bibliothek Fermento (im letzten Lokal an der Josefstrasse) aufgehängt zu haben (die Polizei glaubt dafür sogar ein Datum zu wissen, der 16. November 2017), in denen dazu aufgerufen werde, „Sachbeschädigungen und Gewalt gegen Firmen und Personen zu verüben, die am Ausbau des Gefängnisses Bässlergut in Basel und am Bau des PJZ in Zürich beteiligt sind.“

Unser Gefährte, der Teil der anarchistischen Bibliothek ist, wurde im Zusammenhang mit den Plakaten im Schaufenster der Bibliothek 2017 schon einmal belästigt, wurde damals von zuhause abgeholt und musste eine sogenannte ED-Behandlung (DNA, Fingerabdrücke, etc.), sowie ein Verhör über sich ergehen lassen.

Nun wurde unser Gefährte am Dienstag erneut verhaftet, und allem Anschein nach in seiner Wohnung genötigt, die Polizisten zum Fermento zu geleiten, ihnen aufzuschliessen oder den Schlüssel zu geben und... zack zack, schon waren wieder zwei unserer Computer, einer davon nigel-nagelneu, der andere mit einem umfassenden digitalen Archiv inklusive Volltextrecherche darauf, beschlagnahmt.

Bisher haben wir in der Bibliothek keine polizeiliche Begründung, keinen Durchsuchungsbeschluss oder ähnliches erhalten. Wir gehen allerdings davon aus, dass unser Gefährte der Polizei die Türen nicht freiwillig geöffnet oder ihnen sogar die Computer geschenkt hat.

Der Gefährte wurde danach ins – angeblich immer noch – provisorische Polizeigefängnis Zürichs PROPOG gebracht, wo er heute noch sitzt. Er wird allerdings am Freitag (1. Februar) den Haftrichter sehen, welcher über Untersuchungshaft entscheidet.

Wir protestieren gegen diese Festnahme eines unserer Kameraden, unabhängig davon ob die Vorwürfe stimmen oder nicht. Der Antimilitarismus und die Sabotage waren schon immer ein Teil des Anarchismus. In unserer Bibliothek lassen sich dazu vielfältige Schriften finden.

Wir rufen insbesondere Bibliotheken, Archive und Infoläden dazu auf, über diesen Angriff auf das Fermento und auf unseren Bibliothekaren zu berichten.

Die ausserordentliche Sitzung der anarchistischen Bibliothek Fermento vom 31. Januar 2019

PS: Wir brauchen neue Computer...

Update: 3 Monate U-Haft verhängt

Unserem Gefährten wurde nun 3 Monate Untersuchungshaft verhängt, mit der Begründung: Flucht- und Kollisionsgefahr. Er sitzt nun im Bezirksgefängnis Zürich BGZ. Fluchtgefahr wird unter anderem damit begründet, dass ein anderer Gefährte für die Geschichte mit dem Funkturm Waidberg nach wie vor gesucht wird.

Die Verhängung von 3 Monaten U-Haft ist in der Schweiz die höchste Beantragungseinheit, alle drei Monate muss die U-Haft laut Gesetz ein weiteres Mal von einem Haftrichter bestätigt werden.

Für die Gefährten, welche nicht mit dem schweizerischen U-Haft-Regime vertraut sind: in der Schweiz ist es gang und gäbe, dass die U-Haft ziemlich lange, teils Jahre, dauert. Es ist gut möglich, dass sie den Gefährten bis zu einem eventuellen Prozess drinbehalten wollen.

Wenn ihr dem verhafteten Gefährten schreiben wollt, wendet euch doch direkt, per Email oder postalisch an die anarchistische Bibliothek 'Fermento'. Briefe, in welchen es um seinen Fall geht, werden allerdings von der Staatsanwalt zurückgehalten und vom Gefängnis nicht ausgehändigt werden. Ausserdem werden Bücher und umfangreiche Schriften kaum bewilligt.

Eure

Anarchistische Bibliothek Fermento
Zweierstrasse 42
8005 Zürich

Prozess gegen Anarchist*innen in Belgien:

Der Termin steht fest

Von 2008 bis 2014 führte der belgische Staat umfangreiche Ermittlungen gegen die vielfältigen – aber immer ausserhalb der vorgegebenen Pfade geführten – Kämpfe durch, die die geschlossenen Lager, die Grenzen, die Gefängnisse und diese auf Autorität und Ausbeutung aufbauende Welt angriffen. Im Fadenkreuz: die anarchistische Bibliothek Acrata, anarchistische und antiautoritäre Publikationen (Hors Service, La Cavale und Tout doit partir), dutzende Flugblätter und Plakate, etwa hundert Aktionen, Angriffe und Sabotagen... kurz: der Kampf gegen die Macht in all seinen verschiedenen Ausdrücken.

Hausdurchsuchungen, Wanzen, Kameras vor und in den Wohnungen, Beschattungen, Abhörungen, Infiltrationen... die Mittel zur Untersuchung fehlten nicht. Und dennoch konnte all das in keinem Moment die Existenz einer vermeintlichen „terroristischen anarchistischen Gruppe“ beweisen, die nur in den autoritären Schemen der Bullen existierte. Da die Staatsanwaltschaft deswegen aber nicht bereit war, die Sache fallen zu lassen, musste sie

ihre Ambitionen folglich nach unten schrauben, beabsichtigt aber trotz allem, einige dafür zahlen zu lassen. So stehen schliesslich 12 Gefährten und Gefährtinnen unter der flexibleren Anklage der „kriminellen Vereinigung“ am 29. April und den folgenden Tagen vor Gericht.

Doch tatsächlich zielt dieser Prozess auf alle Individuen, die in ihrem Kampf gegen diese Welt von der Selbstorganisation, der direkten Aktion und der Feindschaft gegenüber jeglicher Autorität ausgehen. Dieser Prozess ist somit ein repressiver Angriff auf den antiautoritären Kampf in seiner Gesamtheit, ein Angriff, der sich einschreibt in einen immer grösseren Kontext der Repression gegenüber allen Unerwünschten und Aufständischen, an den Grenzen wie in den Quartieren, am Arbeitsplatz wie im Gefängnis,...

Am 22. Oktober wurde der Termin für die richterliche Komödie festgelegt. Die Verteidigung und die Anklage müssen in den kommenden Monaten ihre schriftlichen

Erklärungen zum Fall vorlegen. **Der Prozess beginnt am 29. April 2019** und soll 4 Tage dauern.

Die Anschuldigungen sind:

Als Anstifter*in, Bandenführer*in oder Ausführende von irgendwelchen Anweisungen, zu einer Vereinigung dazuzugehören, die mit dem Ziel gegründet wurde, Menschen und Eigentum durch die Ausübung von Verbrechen und Vergehen zu schädigen. (Anklage gegen 3 Personen). Während einer mehr oder weniger langen Zeit Teil einer Vereinigung gewesen zu sein, die mit dem Ziel gegründet wurde, Menschen und Eigentum durch die Ausübung von Verbrechen und Vergehen zu schädigen. (Anklage gegen 9 Personen)

Versuchte Brandstiftung am geschlossenen Zentrum Steenokkerzeel anlässlich der wilden Demo vom 21. Januar 2009 vor dem genannten Zentrum. (Anklage gegen 8 Personen)

Angriff oder Widerstand mittels Gewalt oder Drohungen gegen sechs Polizisten anlässlich der wilden Demo vom 21. Januar 2009 vor dem geschlossenen Zentrum Steenokkerzeel. (Anklage gegen 8 Personen)

Drohender Anschlag auf Personen oder Eigentum anlässlich einem Einsatz von Feuerwerk vor dem Gefängnis von Forest am 04. Oktober 2010. (Anklage gegen 3 Personen)

Zerstörung von Eigentum anderer anlässlich der Rauferei mit den Fahrern von zwei Limousinen beim Ausgang der „Zusammenkunft rund um das subversive Buch“ am 15. Oktober 2011. (Anklage gegen 3 Personen)

Schläge und Verletzungen gegen zwei Fahrer von Limousinen anlässlich der selben Rauferei vom 15. Oktober 2011. (Anklage gegen 3 Personen)

Angriff oder Widerstand mittels Gewalt oder Drohungen gegen zwei Polizisten anlässlich einer wilden Demo in Anderlecht am 12. November 2010. (Anklage gegen 2 Personen)

Schläge und Verletzungen gegen einen Agenten in der Nacht vom 01. Oktober 2010. (Anklage gegen 1 Person)

Fertigung und Transport von Waffen, in diesem Fall Eisenstangen, Rauchbomben und verbogene Nägel am 01. Oktober 2010 und 12. November 2010. (Anklage gegen 4 Personen)

Mehrfache Sachbeschädigung durch Graffiti mit dem erschwerenden Umstand „motiviert durch Hass“. (Anklage gegen 7 Personen)

Mehrfache Verkehrsbehinderung. (Anklage gegen 4 Personen)

Beleidigung von europäischen Beamten mit dem erschwerenden Umstand „motiviert durch Hass“. (Anklage gegen 3 Personen)

Öffentliche Selbstzuschreibung des Anwaltstitels. (Anklage gegen 2 Personen)

Wenn für die Freiheit zu kämpfen, ein Verbrechen ist, so wäre die Unschuld wirklich das schlimmste von allem.

Athen: Erklärung zum zerstörerischen Angriff auf Büros der Nationalen Versicherung und eine Filiale der Nationalen Bank

Dokumentation: „Der Anarchist Spyros Christodoulos befindet sich seit dem 14.1. im Hungerstreik mit der Forderung nach Zusammenlegung seiner Strafen. Dem Regime der Geiselhaft, welches ihm von den Justizbehörden auferlegt wird, geht es darum, seine Haft um mehr als ein Jahrzehnt zu verlängern, wenn seine Forderungen nicht erfüllt werden, obwohl die Strafen abgelaufen sind.

Das was ihn noch gefangen hält sind die Hartnäckigkeit, die Rachsucht und die rechtlichen Übertretungen seiner Verfolger, wie Drakos dem Leiter der Staatsanwaltschaft des Berufungsgerichts, der seinen Fall bearbeitet. Die Haltung des Gerichtskomplexes gegenüber Spyros Christodoulos ist überhaupt nicht zufällig, sondern zielt auf die exemplarische Bestrafung eines jeden Gefangenen der sich nicht züchtigen lässt und der nicht bis aufs Letzte befreit. Aus all den oben genannten Gründen haben wir uns dazu entschieden einen zerstörerischen Angriff mit Vorschlaghämmern auf die zentralen Büros der nationalen

Versicherung und auf die danebenliegende Filiale der Nationalbank auf der Syggrou Avenue durchzuführen.

Eine Avenue, die pulsiert von Büros kapitalistischer Kolosse, von Zentren, die Frauen ausbeuten, aber auch durch die ständige Überwachung sowohl durch Polizeieinheiten und ihre Schergen als auch durch Kameras. Unsere Solidarität endet nicht mit leeren Drohungen und ungefährlichem Geschwätz, sondern nimmt durch die polymorphe direkte Aktion Gestalt an. Mit dieser Handlung wollen wir zur Verschärfung der Solidaritätsaktionen beitragen, bis zur Erfüllung der Forderungen des Genossen, der sich bereits seit einem Monat im Hungerstreik befindet.

Kraft und Solidarität dem Hungerstreikenden Spyros Christodoulos

Spyros stark bis zur Freiheit“

Anarchisten/Anarchistinnen

Anarchistische Gefährtin nach Spanien verlegt

Freiheit für Lisa! Freiheit für alle!

Am 13. April 2016 überfielen die Mossos d'Esquadra (katalanische Polizei) in Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei drei Häuser in Barcelona und nahmen zwei Gefährtinnen fest, die beschuldigt wurden eine Filiale der Pax Bank (im Besitz des Vatikans) in Aachen, Deutschland enteignet zu haben. Die anschließende Gerichtsverhandlung führte zum Freispruch einer Gefährtin und zu einer 7,5 jährigen Gefängnisstrafe für Lisa, eine Gefährtin die sich sehr aktiv in anarchistischen, feministischen und antirassistischen Kämpfen in Barcelona engagiert.

Nachdem sie 2,5 Jahre in spanischen und deutschen Gefängnissen inhaftiert war, wurde Lisa an das Gefängnis in Soto del Real (etwa 43 km von Madrid entfernt) ausgeliefert, wo sie bis heute 21 Stunden am Tag in einer Zelle festgehalten wird, mit nur 3 Stunden Frischluft/Bewegung, in kompletter Isolation.

Doch heute wollen wir die Entfernung verkürzen und diese Isolation, die indoktrinieren, bestrafen und vernichten soll, durchbrechen.

Auch sind wir hier, um unsere offensiven emanzipatorischen Träume zu verteidigen, die die uns aufgezogene Lebensweise angreifen. Wir sind hier, weil es unter keinen Umständen ein Verbrechen sein sollte, wenn jemand der nichts hat diejenigen enteignet, die im großen Maßstab Diebstahl an unseren Gemeinschaften begangen haben, die Menschen aus unseren Städten und Dörfern vertreiben und das Land zugunsten der großen Lobbygruppen zerstört haben. Es sollte nicht als Verbrechen sondern als Akt des poetischen Widerstands gegen die wichtigsten Vertreter*innen des brutalen Kapitalismus betrachtet werden – gegen die Banken. Wir sind hier, weil wir Lisa die Umarmung schicken wollen, die die Mauern verhindert, und ein einfaches, rebellisches Augenzwinkern, um die Wut sichtbar zu machen, die sich gegen alles richtet, was unsere Gedanken einsperren will. Wir wollen ihr mit Aktionen, Gesten und Wörtern all unsere Liebe und Komplizenschaft zeigen.

Lisas Situation ist allerdings kein Einzelfall. Derzeit gibt es Millionen inhaftierter Frauen und andersdenkender Individuen, die täglich unter der Last des Gefängnisystems und den Misshandlungen die damit einhergehen leiden.

Dieses System versucht sie einer mehrfachen Strafe auszusetzen; sie werden nicht nur juristisch, sondern auch sozial und moralisch bestraft, da sie die ihnen zugeteilte Rolle in Frage gestellt haben.

Wir sind gleichzeitig hier, um das gesamte Justiz- und Strafsystem, unter dem wir leben und welches wir ablehnen, in Frage zu stellen. Es gibt unzählige Fälle, in denen sich zeigt, dass die Aufgabe dieser aufgezwungenen Strukturen darin besteht, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Mächtigen zu verteidigen.

Wir sind hier, um all dies sichtbar zu machen, um zu zeigen, dass diese riesigen Mauern uns weder von unseren Gefährt*innen noch von all denen, die kämpfen und die in unseren Herzen bleiben, trennen können.

Aus all diesen Gründen und noch vielen mehr, die wir nicht in diesem Statement unterbringen können, werden wir erst dann ruhen, wenn es keine Gitterstäbe, Käfige oder Mauern mehr gibt.

Reißt die Gefängnismauern nieder!

Freiheit für Lisa, Freiheit für alle!!!

Quelle: act for freedom, übersetzt von abc wien

Update: Lisa ist im Normalvollzug

Nachdem Lisa am 21.12.2018 von Willich nach Madrid ausgeliefert wurde und sich in Isolationshaft befunden hat, haben wir vor einigen Tagen einen Brief von ihr erhalten, wo Sie uns mitteilt, dass Ihre Postkontrolle endlich aufgehoben wurde und Sie jetzt im Normalvollzug in Madrid ist. Ihr geht es gut und sie ist stark.

Schreibt ihr weiterhin!

Lisa Dorfer
Módulo 13
Carretera M 609, km 3,5
28791 Soto del Real
– SPANIEN –

Repression gegen Anarchist*innen in Italien

Italien hat bedauerlicherweise eine lange Geschichte repressiver Operationen gegen Anarchist*innen. Seit der Operation Marini in den 90er Jahren gab es unzählige Wellen der Repression gegen Gefährt*innen, die viele

Menschen unter dem Vorwurf des Terrorismus oder der kriminellen Vereinigung inhaftiert haben.

Um nur einige der größten repressiven Operationen zu nennen: Cervantes, Croce Nera, Ardire, Mangiafuoco,

Thor, Ixodidae, Nottetempo, Fuoriluogo... Diese Operationen führen in der Regel zu mehrfachen Hausdurchsuchungen in ganz Italien und zur Verhaftung mehrerer Gefähr*innen, die dann 1 oder 2 Jahre in Untersuchungshaft verbringen müssen. Anschließend werden sie mit Anklagen wegen "Vereinigung" vor Gericht gestellt, und in der Regel auch mehrerer direkter Aktionen beschuldigt, für die die Untersuchungsbeamten nie eine*n Verantwortliche*n gefunden haben. Ab einem gewissen Punkt ist das öffentliche Engagement dieser Gefähr*innen im anarchistischen Kampf und ihr offener Ausdruck anarchistischer Ideen (Unterstützung von direkten Aktionen, Solidarität mit Gefangenen, Betrieb einer anarchistischen Zeitschrift oder Website usw.) der einzige Beweis, den die Staatsanwält*innen vor Gericht bringen. Aus diesem Grund werden in den meisten Fällen alle Angeklagten im späteren Prozessverlauf freigesprochen, aber erst nachdem sie viele Monate oder Jahre im Gefängnis verbringen mussten.

Neben diesen riesigen Operationen gibt es eine ständige Unterdrückung lokaler anarchistischer Gruppen, die in ihrer Umgebung besonders aktiv sind, z.B. bei Kämpfen gegen polizeiliche Repressionen, Vertreibungen, Haftanstalten für Migranten, Gefängnisse, Gentrifizierung, Unternehmensinteressen.... In diesen Fällen werden Anarchist*innen mit ständig wiederkehrenden Prozessen unterdrückt und sie verbringen einen Großteil ihrer Zeit im Gefängnis, Hausarrest oder mit anderen Einschränkungen ihrer Freiheit. Diese Art von Polizeistrategie, Gefähr*innen mit dem Ziel der Zerstörung der lokalen anarchistischen Gruppe auszurotten, findet in vielen Städten Anwendung, ist aber seit vielen Jahren in Turin besonders stark.

Da es unmöglich ist, über alle stattfindenden Prozesse und Repressionen zu berichten, konzentrieren wir uns mit diesem Text auf drei wichtige Repressionsfälle, für die so viele unserer Gefähr*innen derzeit inhaftiert sind: die Operation Scripta Manent, die Operation Panico in Florenz und die jüngste Operation Scintilla in Turin.

OPERATION SCRIPTA MANENT

Operation Scripta Manent begann im September 2016 mit einer Reihe von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in ganz Italien. 32 Gefähr*innen wurden der terroristischen Vereinigung und einiger spezifischer direkter Aktionen beschuldigt; sieben von ihnen wurden ins Gefängnis gebracht.

Die Untersuchung bezieht sich auf eine Reihe von Angriffen, für die sich FAI und FAI/FRI bekannten und die zwischen 2003 und 2012 gegen Streitkräfte (Polizeiofficer, Carabinieri-Kasernen, Carabinieri-Ausbildungszentren und RIS), Staatsmänner und -frauen (Bürgermeister*innen, Innenminister*innen), Journalist*innen, Unternehmen, die an der Instandhaltung von Migrantengefängnissen beteiligt sind, und gegen den Direktor eines Migrantengefängnisses verübt wurden. Die Verwundung des Ingenieurs Adinolfi, Exekutivdirektor von Ansaldo Nucleare, ist ebenfalls Teil der Untersuchung – ein Ereignis, das bereits in einem anderen Prozess verhandelt wurde und zu dem sich Olga Nucleus FAI/FRI, nämlich Nicola und Alfredo, bekannten, die seit 2012 im Gefängnis sitzen (sie werden in diesem Prozess auch angeklagt).

Auf verschiedenen Ebenen gibt es auch die Anklage der Gründung und Beteiligung an einer subversiven Vereinigung (Artikel 270bis), Anklagen im Zusammenhang mit bestimmten Verbrechen (Artikel 280) und Anklagen wegen Anstiftung zur Begehung und zur Verteidigung von Verbrechen (Artikel 414) aufgrund von Artikeln, Websites, Blogs und anarchistischen redaktionellen Projekten – unter anderem eine Anarchist Black Cross Gruppe zur Gefangenenunterstützung.

Nach mehr als zwei Jahren befinden sich sechs der Angeklagten noch immer im Gefängnis in Untersuchungshaft, während eine*r unter Hausarrest steht. Aufgrund der terroristischen Anschuldigung werden sie in speziellen Hochsicherheitstrakten innerhalb der Gefängnisse festgehalten, wo sie vom Rest der Gefangenen isoliert sind, und



viele Einschränkungen bei ihrer Post und ihren Besuchen erleiden.

Der Prozess Scripta Manent, der im Juni 2017 begann, betrifft die 40-jährige Geschichte der anarchistischen Bewegung. Der Dreh- und Angelpunkt des anklagenden Theorems dieser Untersuchung basiert auf der Unterscheidung zwischen "guten" und "schlechten" Anarchist*innen und der durch die Repressionsbehörden instrumentalisierten Auslegung der Debatte innerhalb der anarchistischen Bewegung. Der Prozess zeichnete sich durch die Verwendung der Debatten innerhalb der anarchistischen Bewegung in einem inszenierten Spiel von Interpretationen und Differenzierungen aus, das die zuständige Staatsanwaltschaft gegen die Anarchist*innen selbst zu verwenden versuchte, um unsere Gefährt*innen zu verurteilen und die letzten zwanzig Jahre der Geschichte des Anarchismus und der anarchistischen Solidarität vor Gericht zu stellen. Tatsächlich werden alle Solidaritätsbekundungen, die auf Webseiten, Flugblättern, Zeitschriften und Postern zum Ausdruck kommen, weiterhin in die Gerichtsunterlagen aufgenommen.

Der erste Teil des Prozesses soll in den ersten Monaten des Jahres 2019 mit dem Urteil in erster Instanz enden.

OPERATION PANICO (FIRENZE)

Am 1. Januar 2017 explodierte vor einer faschistischen Buchhandlung in Florenz eine selbst gebaute Bombe, bei der ein Polizist der Bombenräumeinheit eine Hand und ein Auge verlor.

Sofort wurden mehrere Häuser anarchistischer Gefährt*innen in der Stadt durchsucht. Die Polizei hoffte, Schusswaffen und/oder Sprengstoff zu finden. Eine Untersuchung gegen Unbekannt wurde eingeleitet, mit der Absicht jemanden wegen der Straftaten "Herstellung, Besitz und Transport eines Spreng- oder Brandsatzes zu einem öffentlichen Ort" und "versuchtem Mord" anzuklagen.

Gleichzeitig begann die Polizei Ende Januar mit einer separaten Operation namens "Operazione Panico" (Operation Panik). Mehrere anarchistische Häuser wurden durchsucht und einige Gefährt*innen verhaftet. 35 Personen waren im direkten Fokus, verdächtig wegen einer Reihe von umstrittenen Ereignissen, die sich 2016 in der Stadt ereigneten. Sie wurden wegen der Straftat der "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" angeklagt. Zu diesen Ereignissen gehören ein Angriff mit Knüppeln und Steinen auf die faschistische Buchhandlung, eine Explosion in derselben Buchhandlung und die Verteilung antimilitaristischer Flugblätter auf einem lokalen Markt. Die Operation führte auch zur Räumung der Villa Panico, einer der historischen Besetzungen Florenz', die die letzten 10 Jahre besetzt war.

Am 3. August kam es zu einer gemeinsamen landesweiten Operation zwischen den DIGOS (der polizeilichen Spezialeinheit), der ROS (der Spezialeinheit der Carabinieri) und der Terrorismusbekämpfungspolizei, die in 8 weiteren Verhaftungen endete: 6 in Florenz, 1 in Rom und 1 in Lecce. Fünf Gefährt*innen wurden wegen versuchten Mordes aufgrund der Bombenanschlägen an Silvester angeklagt, die anderen wegen "Herstellung, Besitz und Transport eines Spreng- oder Brandsatzes zu einem öffentlichen Ort". Die zweite Anklage bezieht sich auf einen Molotow-Angriff auf eine Carabinieri-Kaserne.

Am 5. August wurden 6 verhaftete Personen mangels Beweisen freigelassen. Ein Gefährte, Ghespe, ist noch immer im Gefängnis, da die Behörden behaupten, Spuren seiner DNA an Komponenten gefunden zu haben, die zum Bau der Bombe verwendet wurden. Ein weiterer Gefährte, Paska, der mangels Beweisen für die Ereignisse vom Silvesterabend hätte freigelassen werden sollen, wird immer noch wegen angeblicher "Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation" festgehalten, die auf Beweisen beruht, die während der Operation Panico gesammelt wurden. Ein dritter Gefährte, Giova, wurde später verhaftet und befindet sich immer noch im Gefängnis. Die Untersuchung gegen unbekannte Personen wurde daher in die Operation Panico integriert.



Der Prozess für die Operation Panico begann im Sommer 2017 und dauert noch an. Das Urteil erster Instanz soll bald, zwischen März und April 2019, gefällt werden.

OPERATION SCINTILLA (TORINO)

Am Donnerstag, den 7. Februar 2019, früh am Morgen, stürmten Hunderte von Polizist*innen mit Hilfe der Feuerwehr das Asilo, eine anarchistische Besetzung in Turin, die seit 1995 besteht und sich sehr aktiv für die Organisation von sozialen Kämpfen einsetzte (gegen Vertreibungen, gegen Gefängnisse für Migrant*innen, noch vor einigen Jahren gegen den TAV...). Die Menschen kletterten auf das Dach, wo sie sich über 24 Stunden lang wehrten. Am Ende schafften es die Polizist*innen, alle rauszuholen, das Gebäude zu räumen und zu zerstören.

Neben der Räumung bestand das Ziel dieser repressiven Operation darin, einige Personen zu verhaften, die sie der terroristischen Vereinigung beschuldigen. Den 6 verhafteten Gefährt*innen (eine siebte Person ist auf der Flucht) werden 21 Angriffe auf Unternehmen und Institutionen (darunter die französische Botschaft und mehrere Postämter) im Zusammenhang mit der Inhaftierung und Ausweisung von Migrant*innen vorgeworfen.

In den folgenden Tagen fanden mehrere Solidaritätsversammlungen in der Nachbarschaft statt, die sich in wilde Demonstrationen verwandelten. Bei der ersten dieser Demonstrationen wurden zwei Gefährt*innen verhaftet. Zwei Tage später durchquerte ein großer Demonstrationzug mit mehr als 1.000 Menschen das Zentrum Turins, zerstörte einige unternehmerische und städtische Ziele und kämpfte mit der Polizei. Vier Menschen wurden verletzt, einer von ihnen durch ein Polizeifahrzeug schwer. Leider wurden am Ende dieser Demonstration weitere 8 Gefährt*innen verhaftet, von der Polizei geschlagen und wegen "devastazione e saccheggio" (Zerstörung und Plünderung) angeklagt, was mit bis zu 15 Jahre Gefängnis geahndet wird. Am folgenden Tag fand, wie fast jeden Tag, eine Solidaritätsdemonstration vor dem Gefängnis von Turin statt, in dem die Gefährt*innen inhaftiert sind. Einige Feuerwerkskörper wurden gezündet und erreichten das Innere des Gefängnisses. Es kam zur Explosion einiger Gastanks, wodurch ein Teil des Gefängnisses einstürzte und vollständig zerstört wurde (keiner wurde verletzt). Manchmal ist "Feuer den Knästen" nicht nur ein Slogan!

Frei übersetzt aus dem Communiqué der Solidaritätsdemo vom Samstag, den 9. Februar:

*„Sie führen Krieg gegen die Armen und nennen es Aufwertung. Wir widersetzen uns den Herren der Stadt.“
Hinter diesem Banner konzentrierte sich die Demo. Eine vielfältige, starke Demo, entschlossen, die Feindseligkeit gegen diejenigen, die vom Management der Stadt profitieren, konkret und sichtbar zu machen. [...]
Die Atmosphäre, die wir atmeten, war eine Atmosphäre intensiver emotionaler Beteiligung an den Ereignissen der vergangenen Tage und wachsender Wut über die Militari-*

*sierung eines grossen Teils des Bezirks Aurora, eine Polizeipräsenz, die auch heute noch nicht nachzulassen scheint und die das Gefühl der „Normalität“ wiederherstellt, die die Bürgermeisterin der Stadt aufzwingen möchte. [...]
Die Demo kämpfte sich durch die Strassen, wobei Barrikaden von brennenden Containern und zerschmetterten Autos zurückgelassen wurden. [...] Leider verursachte eine letzte Polizeiaktion am Schluss der Demo die Verhaftung von zwölf Demonstrierenden und die Verletzung von deren vier. [...]
Die gestrige Demo ist nur der Anfang, jetzt ist es an der Zeit, einen heftigen Kampf zu beginnen, der aus der Asche dieser repressiven Operation eine neue Blume hervorbringen wird.“*

Am 13. Februar kamen alle Gefährt*innen, die während des Demonstrationzugs und früherer Demonstrationen verhaftet wurden, frei und die schwerwiegendsten Anklagen gegen sie wurden fallen gelassen – sie sind zwar jetzt frei, müssen sich aber jeden Tag auf der Polizeistation melden. Die anderen wegen Terrorismus verhafteten Gefährt*innen bleiben im Gefängnis, die männlichen Gefährten wurden bereits in ein Hochsicherheitsgefängnis verlegt.

Italiens Politiker*innen wollen mit „aller Härte durchgreifen“

Der Polizeipräsident Messina beschreibt die (konstruierte) Gruppe der Verhafteten als „höchst gefährliche Zelle“. Der italienische Innenminister Matteo Salvini fordert „Gefängnis für diese Berühmten“ und will alle „von Kriminellen frequentierten Sozialzentren“ schliessen. Die Bürgermeisterin Chiara Appendino gratuliert der Polizei zur Räumung. Alessandro Ciro Sciretti, ein Turiner Lega-Nord-Politiker, wünscht sich „keinerlei Gnade“ für die Demonstrierenden der Soli-Kundgebungen für den Asilo-Squat. Sein Vorschlag: es bräuchte „ein wenig von der Diaz-Schule“ (<https://www.autistici.org/macerie/?p=33326#more-33326>)

Adressen der Gefangenen:

SCRIPTA MANENT

Alfredo Cospito,
Nicola Gai,
Danilo Cremonese
Alessandro Mercogliano
C.C. Via Arginone, 327 – 44122 Ferrara, Italien

Marco Bisesti
C.C. San Michele – Strada Casale, 50/A – 15121 Alessandria (AL), Italien

Anna Beniamino
C.C. di Rebibbia – Via Bartolo Longo 92 – 00156 Roma, Italien

PANICO

Salvatore Vespertino,
Giovanni Ghezzi
c.c. Sollicciano via Minervini 2r 50142 Firenze, Italien

Pierloredo Fallanca
piazza Falcone e Borsellino n. 1, 19125 La Spezia,
Italien

SCINTILLA

Ruggeri Silvia,
Volpacchio Giada
C.C. Lorusso e Cutugno via Maria Adelaide Aglietta, 35,
10149 Torino TO – Italien

Rizzo Antonio,
Salvato Lorenzo,
Blasi Niccolò,
De Salvatore Giuseppe
C.C. Ferrara, via Arginone 327, 44122 Ferrara – Italien

Es wird viel Geld benötigt, es drohen lange Haftstrafen –
mensch ist sehr dankbar für Solibeiträge an das folgende
Konto:

Giulia Merlini e Pisano Marco
IBAN IT61Y0347501605CC0011856712
ABI 03475 CAB 01605
BIC INGBITD1

Trentino, Italien: Erneute repressive Operation gegen Anarchist*innen

Am 19. Februar wurden im Trentino, im Nordosten von
Italien, sieben Gefährt*innen unter Anklage der sub-
versiven Vereinigung zu terroristischen Zwecken (der
ewige Artikel 270bis) und Anschlag zu terroristischen
oder subversiven Zwecken (Artikel 280) festgenommen.
Neben den Verhaftungen kam es zu über 30 Hausdurch-
suchungen.

Die Verhafteten (sechs davon befinden sich in Unter-
suchungshaft, eine Person steht unter Hausarrest) betei-
ligten sich an den Kämpfen gegen Krieg und Militarismus,
gegen die Grenzen, gegen die Kontrollen von Sans-Pa-
piers, gegen Gefängnisse und die Polizei, gegen umwelt-
zerstörerische Projekte, gegen den Faschismus und gegen
den reaktionären Wind, der durch Italien weht.

Die Medien berichten, dass die sieben Gefährt*innen
wegen verschiedenen Aktionen angeklagt sind: ein An-
griff gegen das Labor für Industriemathematik und Kryp-
tographie der Universität von Trient am 8. April 2017,
ein Brandanschlag auf einen Funkmasten auf dem Monte
Finonchio am 7. Juni 2017, ein versuchter Brandanschlag
auf neun Fahrzeuge der Polizei von Trient am 3. Dezem-
ber 2017, ein Sprengstoffanschlag auf eine Bank am 25.
Juli 2018 sowie auf eine Zeitarbeitsfirma am 1. Septem-
ber in Rovereto, ein Sprengstoffanschlag auf den Sitz
der Lega Nord in Ala am 13. Oktober 2018 (am Tag vor
einer Konferenz mit Salvini in Ala). Die Bullen beschuld-
igen sie ebenfalls der Urkundenfälschung und fügen an,
dass sie mit der anarchistischen Revue „I giorni e le notti“
öffentliche Agitation betrieben haben (was bisher, selbst
im Italien und Salvini, nicht als „Verbrechen“ gilt).

Am Dienstagnachmittag zog eine solidarische Demo mit
etwa 50 Menschen durch Trient und hinterliess Sprüche in
Solidarität mit den Verhafteten und gegen den Staat.

Freiheit für Agnese, Giulio, Nico, Poza, Rupert, Sasha und
Stecco!

Die zurzeit bekannten Adressen (wir wissen noch nicht, in
welchen Knast Stecco gesteckt wurde. Sasha steht unter
Hausarrest):

Roberto Bottamedi
Casa Circondariale Brescia Canton Mombello
Via Spalto San Marco, 20
25100 Brescia (BS)

Nicola Briganti
Casa Circondariale Verona Montorio
Via San Michele, 15
37131 Verona (VR)

Agnese Trentin
Casa Di Reclusione Verzano
Via Flero, 157
25125 Brescia (BS)

Andrea Parolari
Via Basilio Dalla Scola, 150
36100 Vicenza (VI)

Giulio Berdusco
Casa circondariale
Via Paluzza, 77
33028 Tolmezzo (UD)

Freiheit für Cesare Battisti

Am 13.01.19, wurde Cesare Battisti, 64 Jahre alt, ein ehemaliges Mitglied der bewaffneten Gruppe PAC (Proletari Armati per il Comunismo, Bewaffnete Proletarier für den Kommunismus) verhaftet. Er wurde in Bolivien, in Santa Cruz de la Sierra, in einer gemeinsamen Aktion der Interpol von den bolivianischen und den italienischen Bullen verhaftet. Die italienischen Bullen haben sogar über Twitter ein Video veröffentlicht, wo man Cesare einige Momente vor der Verhaftung spazieren gehen sieht.

Seine Geschichte ist dieselbe wie die von tausend anderer die in den spät 60er und Anfang der 70er in Italien gelebt und gekämpft haben. Cesare kam aus sehr armen Verhältnissen und wurde schon sehr bald aufgrund von Überfälle – oder proletarische Enteignungen, wie er sie selbst bezeichnet festgenommen. 1977 wurde er verhaftet, weil er während dem Militärdienst, einen Unteroffizier in die Fresse geschlagen hatte. Während seiner Haftzeit im Knast von Udine würde er zukünftige Mitglieder der PAC kennenlernen und schloss sich der, in dem Moment noch nicht, kommenden Gruppe an.

Das erste mal, als Mitglied der PAC, wurde er am 26. Februar 1979 verhaftet und eingesperrt und wurde dann zu 12 Jahren und 5 Monaten Haft wegen „Mitgliedschaft in einer bewaffneten Gruppe (partecipazione a banda armata)“ verurteilt. Es waren zwei Pentitos – ehemalige Mitglieder von bewaffneten Gruppen die gegen ihre Gefähr*innen aussagten, sprich Verräter*innen – um selber kürzere Haftstrafen zu bekommen. In der Zeit, vor allem ab den Massenverhaftungen von 1978 bis 1981, sprangen nicht wenige auf den Zug der Pentitos auf, um selber kürzere Haftstrafen abzusetzen.

Cesare saß im Knast bis zum Jahr 1981, als er am 4. Oktober von einer bewaffneten Zelle der PAC aus dem Knast in Italien befreit wurde. Er selbst sagte später dazu, „eine saubere Aktion ohne Verletzte“. Seit dem ist er auf der Flucht war, lebte entweder klandestin oder im Exil.

Seit der Flucht ins Ausland vieler ehemaliger Mitglieder – vor allem ab 1978 – bewaffneter Gruppen aus Italien, aber nicht nur – denn die Repression traf die gesamte antagonistische Bewegung -, versucht jene Regierung in Italien die Auslieferung dieser um sie einzusperren. Die meisten, wenn nicht sogar alle, wurden in Abwesenheit verurteilt, was heißt sie würden sofort in einen Knast in Italien eingelocht werden. Cesare selber wurde im Jahr 1990 des vierfachen Mordes verurteilt, wiedermal von einem Pentito – dem Anführer von PAC und später bei Prima Linea Pietro Mutti -, was in diesem Fall lebenslanglich bedeuten würde. Pietro Mutti sagte damals auch gegen das ehemalige PAC Mitglied Claudio Lavazza aus, der sich aufgrund einer Bankenteignung und den Mord an zwei Bullen in Córdoba seit 1996 im Knast befindet.

Nach den berichten der bürgerlichen Medien wird behauptet das Cesare seit Jahren in Brasilien lebte und die italienische Regierung seit langem eine Auslieferung verlangte. Anscheinend weigerte sich zuletzt die Regierung von Lula ihn auch auszuliefern, welche ihm sogar den Flüchtlingsstatus gab. Dieser wurde aber vom vorherigen Präsidenten von Brasilien, Michael Temer, aufgehoben. Cesare hatte im Dezember 2018 Brasilien verlassen, weil von einem Richter des obersten Gerichtshofes eine Auslieferung unterschrieben wurde.

So hat auch die italienische Regierung, weiterhin nach bürgerlicher Quellen, eine Flugmaschine nach Bolivien geschickt, damit Cesare sofort nach Italien gebracht werden kann. Der Innenminister Matteo Salvini soll Cesare als einen „Verbrecher, der es nicht verdient komfortabel am Strand zu leben, aber seine Tage im Knast beenden soll“, bezeichnet.

Abgesehen von den bürokratischen Schritten die jetzt stattfinden werden, eventuell schon stattgefunden haben – wir wissen nicht – das heißt ob Cesare doch zuerst nach Brasilien, oder direkt nach Italien überführt wird, was klar ist, wieder einmal zeigt uns dieser Beispiel, dass es immer der Staat sein wird der revolutionäre politische Projekte beendet. Auch wenn die Gruppe PAC vor langer Zeit sich aufgelöst hat, es ist der Staat der dies beendet, sei es mit dem Tod, dem Exil oder dem Knast aller Mitglieder der Gruppe.

Die revolutionäre Phase von 1969 bis Anfang der 80er in Europa, vor allem in Italien, die sich mit den Arbeiter*innenaufständen und deren Bewaffnung charakterisierte, ist lange vorbei. Was aber nicht vorbei ist, ist die Repression gegen die Protagonist*innen dieser Kämpfe, so wie der von Staat geführte Kampf diese Zeit entweder verschwinden zu lassen oder sie in die eigenen herrschenden Gedanken zu überliefern. Das heißt, sich die Kämpfe anzueignen um sie außer Kraft zu setzen. Die besten Beispiele nach wie vor ist die Mai Revolte 1968 in Frankreich, die November Revolution in Deutschland, oder der Kampf unter Franco in Spanien.

Solidarität mit Menschen wie Cesare Battisti zu zeigen, heißt auch ihre Geschichte nicht zu vergessen und dass der Kampf gegen Staat, Kapitalismus, Patriarchat und Herrschaft immer noch aktuell und notwendig ist.

Freiheit für alle Gefangene

Kraft und Glück für Cesare

*Soligruppe für Gefangene
panopticon.blogsport.eu*

Es ist eine komplexe Gesellschaft mit vielen Widersprüchen...

Gespräch mit Jemandem, der 3 Monate in Rojava war

Frage: Erzähl bitte, was deine Motivation war nach Rojava zu reisen.

Mich interessiert die kurdische Bewegung schon seit einigen Jahren. Das betrifft sowohl die inhaltlichen Konzepte als auch, wie die Bewegung sich in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Auch auf der praktischen Ebene habe ich verfolgt, wie die Revolution in Rojava stattgefunden hat und wie die militärischen Entwicklungen sind; auch, wie die Bewegung inhaltlich diskutiert. Es ist natürlich etwas schwierig sich von hier aus ein Bild zu machen. Klar, man kann Diskussions- und Strategiepapiere oder Texte von Öcalan lesen. Man kann auch recht genau verfolgen, wie sich der Krieg entwickelt. Aber ich wollte mir gerne ein Bild vor Ort machen und Akteure kennenlernen, um eine genauere Einschätzung zu gewinnen. Ich wollte auf keinen Fall als Tourist ohne Aufgabe hinfahren, sondern von Nutzen für die Leute vor Ort und für die Bewegung sein. Ich bin ja aus einem solidarischen Verhältnis hingefahren und wollte in der Zeit meines Aufenthaltes auch eine Aufgabe haben. Deswegen habe ich mir konkrete Projekte im Gesundheitsbereich gesucht. Ich habe Aufbauhilfe für Gesundheitseinrichtungen gemacht, weil ich so einen guten Einblick bekommen konnte und andererseits eine konkrete Aufgabe hatte.

F: Du hast die Reise ja nicht individuell gemacht, sondern organisiert mit Anderen. Konntest du dich frei bewegen? Wurdet ihr streng begleitet?

Also ich würde nicht sagen, dass wir streng begleitet wurden. Es ist aber schon so, dass eine Reise dort hin ohne Kontakte zur kurdischen Bewegung schwer zu organisieren wäre. Ich bin über den Irak gereist. Über die Grenze zu kommen und sich im Irak zu bewegen, ohne Leute, die sich vor Ort auskennen, ist schwer und wahrscheinlich ziemlich unsicher. Für alle Wege und Unterkünfte hatte ich Ansprechpartner, die sich um mich gekümmert haben. Aber das heißt nicht, dass ich mich nicht hätte frei bewegen können. Ich konnte immer auch alleine frei rumlaufen.

Wenn man ein Projekt plant, wird man ziemlich schnell zu den Gremien der Selbstverwaltung eingeladen und alle sind total gastfreundlich und freuen sich. Wenn man aus einem solidarischen Verhältnis da hin kommt – und nicht als NGO – wird man auch als Freund behandelt und hat auch schnell Termine, wo man über die Realisierung des Projekts diskutiert. Alle sind sehr lösungsorientiert und versuchen auf das einzugehen, was man vor hat. Uns wurde oft gesagt, dass es wichtiger ist, aus einem solidarischen Verhältnis hin zu kommen, um mit den Gremien der Selbstverwaltungen was machen zu wollen, als dass wir viel Geld mitbringen. Es gibt ein starkes Bewusstsein darüber, aus welcher Art von Bewegung man kommt und

das man sich dafür interessiert, was in Rojava passiert. So wird einem überall Hilfestellung gegeben und Unterstützung angeboten. Und es wird auch mit einem über unterschiedliche praktische Konzepte diskutiert.

F: Wie sieht der Alltag an den Orten aus, an denen du warst? Wie wird er organisiert? Was merkt man von dem, was Revolution genannt wird? Was merkt von den gesellschaftlichen Veränderungen im Alltag?

Das ist schwer für mich zu beantworten, weil ich keinen Vergleich dazu habe, wie es vor der Revolution war. Die Rolle der Frauen hat sich augenfällig geändert – in den gesellschaftlichen Institutionen, auf der Straße und in den Zusammenhängen in denen ich gearbeitet habe; aber auch in den Sicherheitskräften. Frauen sind sehr viel präsenter als... ja, auch als hier.

F: Im Netz gibt ja zig Videos von Deutschen in Kampfeinheiten. In denen sieht man oft deutsche Männer mit Waffen rummackern. Ist das eine Erscheinung deutscher(!) patriarchaler Männlichkeit? Ist das anders vor Ort, im zivilgesellschaftlichen Bereich?

Ich kenne solche Videos auch. Ich würde sagen, das sind deutsche Männer, die Werbung für das gleiche Publikum machen. Vor Ort haben ich so einen Umgang mit Waffen nicht gesehen, also dieses prollige Auftreten mit Waffen. Ich habe z.B. in den 3 Monaten, die ich da war, nie irgendwen gesehen, der eine Waffe auf jemanden gerichtet hat. Oder dass jemand damit gedroht oder rumgeprollt hat. Es ist halt eher eine Notwendigkeit, die Waffen dabei zu haben. Selbst an den Kontrollpunkten an denen Autos angehalten werden, habe ich nicht gesehen, dass eine Waffe auf jemanden gerichtet wurde. Dafür wie präsent Waffen da sind, spielen sie eigentlich keine große Bedeutung. Bei Kontrollen sind sie meistens auf dem Rücken oder stehen in der Ecke rum. Ich habe nie ein Waffe in Benutzung gesehen.

Auch wenn die Gesellschaft in dem Sinne ziemlich militarisiert ist, dass viele Waffen präsent sind, ist es nicht so, anders als in anderen militarisierten Gesellschaften in denen ich war, dass es bedrohlich wirkt. Die Leute die die Waffen haben sind dir halt wohl gesonnen. Für mich, als Gast, war überhaupt kein repressives Klima durch die Präsenz der Waffen zu spüren.

Ich war in einer Einrichtung untergebracht, die tagsüber von Frauen für verschieden Aktivitäten genutzt wird; um sich gesellschaftlich zu organisieren, Sport zu machen, Kooperativen zu koordinieren, Kindergarten zu machen. Diese von einer Stiftung organisierte Einrichtung wird bewacht. Da sind bewaffnete Leute vor. Aber die wirken nicht bedrohlich. Das sind halt deine Genossen. Mit denen kannst du Tee trinken, die zeigen dir auf dem Handy

Bilder, erzählen dir Geschichten aus ihrem Leben, wollen, dass du wen aus Deutschland grüßt – das ist ein total freundschaftliches Verhältnis. Sonst ist man ja anderes von Sicherheitskräften gewohnt.

F: Hast du was von den Zwangsrekrutierungen der YPG mitbekommen, von denen man mittlerweile hört? Ist das ein Thema? Ich habe von Leuten gehört, die deswegen aus Rojava geflohen sind. Wird das diskutiert?

Nee, habe ich nicht mitbekommen. So wie ich die Bewegung erlebt habe, kann ich mir das auch ziemlich schwer vorstellen. Ich möchte nicht die Berichte bestreiten... Das einzige was ich mitbekommen habe, ist, dass junge Männer an den Kontrollpunkten auch die Papiere nachweisen müssen, in denen steht, ob sie ihren Wehrdienst geleistet haben. Ich weiß aber nicht, was passiert, wenn du ohne so ein Papier kontrolliert wirst. Aber dass Leute die nicht kämpfen wollen, dazu gezwungen werden, kann ich mir kaum vorstellen. Das wäre auch kontraproduktiv, jemandem eine Waffe in die Hand zu drücken, der keinen Bock hat, damit zu kämpfen. Aber ich kann es nicht beurteilen. Alle Bewaffneten mit denen ich zu tun hatte, haben sich freiwillig gemeldet.

F: Die Organisation in Räten ist ja das zentrale Moment der gesellschaftlichen Organisation. Hast du den Eindruck, dass die lokalen Räte auch tatsächlich Entscheidungen treffen – oder bestimmen letztendlich doch die Parteikader, wo es lang geht. Ist es differenzierter? Sind Spannungen zwischen diesen Ebenen zu spüren gewesen? Das sind Fragen, die in Deutschland oft gestellt werden.

Ich finde das eine ziemlich schwierige Frage, weil ich in den 3 Monaten und ohne gute Kurdischkennnisse natürlich keinen wirklichen Einblick in alle möglichen Organisationsstrukturen hatte. Deswegen kann ich nicht sagen, welche Entscheidungen letztendlich wie zustande kommen.

Im zivilen Leben merkt man schon, dass das Leben aus den Räten organisiert wird. Wenn man z.B. mit einer Stadtverwaltung zu tun hat, dann sitzen da die beiden Co-Vorsitzenden, die immer ein Mann und eine Frau sind, und Vertreter aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen. In der Verwaltung sitzen aber auch Leute, die schon unter Assad dort gearbeitet haben. Man merkt, dass die Bewegung einen sehr integrativen Charakter hat und in der

Lage ist, sehr viele unterschiedliche Teile der Gesellschaft in den Räten zu versammeln, um das Alltagsleben zu organisieren. Wie das bei übergeordneten Entscheidungen ist, kann ich nicht beurteilen.

Natürlich gibt es da auch Spannungsfelder. Zum Beispiel wollen wir mit unserer lokalen Partnerin ein kleines Gesundheitszentrum bauen. Die hat ein anderes Interesse, weil sie es auch betreiben will, als jemand, der in ganz Syrien für das Gesundheitssystem zuständig ist und das Interesse hat, möglichst große Einrichtungen zu bauen. Letztendlich entschieden wird das sowieso auf der unteren lokalen Ebene. Die übergeordnete Ebene hat z.B. dafür geworben, dass wir das Projekt größer machen als wir können; aber das können die nicht entscheiden. Man merkt aber allgemein, dass viel organisatorische Arbeit Mangelverwaltung ist. Es gibt voll viele Zwänge durch Mangel an Personal und Ressourcen. Dadurch entstehen Interessensunterschiede in den verschiedenen Gremien.

F: Auch dadurch, dass das Privateigentum nicht aufgehoben ist...

Ja, in ganz vielen Bereichen funktioniert ja das Wirtschaften nach kapitalistischen Maßstäben. Das macht den Gestaltungsspielraum der Räte natürlich kleiner, weil sie nicht über alle Bereiche des gesellschaftlichen Reichtums verfügen können. Die Mangelverwaltung resultiert auf jeden Fall ein Stück weit daraus, dass auf diesen nicht zugegriffen werden kann. Ich möchte nicht beurteilen, ob es andersrum besser wäre. In vielen Bereichen, wäre es sehr problematisch, Enteignungen durchzusetzen. Ein Beispiel aus dem Gesundheitsbereich: Es ist natürlich ein Problem, wenn die meisten medizinischen Einrichtungen weiterhin privat sind, diese die Leute privat bezahlen lassen und daran ganz gut verdienen, und gleichzeitig die Selbstverwaltung versucht, ein Gesundheitssystem aufzubauen, das komplett umsonst benutzt werden kann. Selbst wenn es einen Anschlag gibt und die Strukturen der Selbstverwaltung haben nicht die Kapazität alle Verwundeten zu versorgen, dann bezahlt die Selbstverwaltung private Einrichtungen dafür. Umgekehrt werden die privaten Einrichtungen noch nicht einmal besteuert. Das heißt, sie verdienen, ohne dass sie was an die Gesellschaft zurückgeben. Das ist natürlich ein Spannungsfeld und Grund für Diskussionen. Aber wie sollte man es anders lösen? Es ist ja jetzt schon so, dass total viel Fachpersonal fehlt. Und wenn man dem qualifiziertesten Personal, in dem Fall Ärzte die private Einrichtungen betreiben, verbieten würde so Geld zu verdienen, dann würden noch mehr abhauen und es gäbe noch größere Probleme, den Gesundheitsbereich aufzubauen.

Ich habe jetzt viel vom Gesundheitsbereich geredet, aber in vielen anderen Bereichen ist es auch so. Es gibt ein Nebeneinander von dem Versuch soziale Einrichtungen zur Verfügung zu stellen und kapitalistischen Strukturen. Das wirft natürlich auch an vielen Punkten Probleme auf.



F: Ein anderer Punkt. Was hast du von der äußeren Bedrohung und den kriegerischen Auseinandersetzungen gemerkt? Sowohl in Bezug auf einen Angriff durch die Türkei als auch durch die Islamisten. Hast du mit Leuten darüber geredet?

Die Bedrohungslage ist natürlich merkbar. Alleine dadurch, dass Waffen präsent sind und dass man weiß, warum sie es sind. Es ist auch präsent, dass die meisten Leute mit denen man redet Angehörige verloren haben. Und in den Straßen wird den Gefallenen gedacht. Es ist unübersehbar, dass es eine Bedrohungslage gab und gibt. Vieles von dem was umgesetzt wird kann nur unter der Bedingung einer massiven Verteidigungsfähigkeit weiter existieren. Man merkt schon auch, dass es Angst gibt. Insbesondere merkt man, dass die Selbstsicherheit und Siegesgewissheit nach der Invasion in Afrin gelitten hat. Leute haben Angst davor, dass sich das in anderen Städten wiederholt. Auch Leute die ganz ok verdienen haben mir erzählt, dass sie nach Europa gehen würden, wenn sie die Möglichkeit hätten, weil sie Angst haben – und es niemals Frieden geben wird. Also auch Leute die die Selbstverwaltung positiv sehen und Teil der Revolution sind, sähen sich in Zukunft lieber woanders, wo es sicherer ist.

F: Hast du mitbekommen, dass Leute gehen? Hier ist ja immer das Bild: Super Revolution in Rojava trotz Krieg. Da gehen Leute aus vielen Gegenden Europas hin, um zu kämpfen und unterstützen. Die Realität scheint aber etwas anders auszusehen. Auf der einen Seite Revolutionierung der Lebensverhältnisse und auf den anderen Seite Bedingungen vor denen Menschen abhauen. Wie sehr wird die Revolution auch von denen getragen, die nicht Teil von Parteistrukturen oder bewaffneten Einheiten sind?

Ich denke, es findet vieles gleichzeitig statt. Es gibt, und dass ist eine Sache, die mich am meisten beeindruckt hat, unglaublich viele Leute, die positiv gestimmt sind. Es ist nicht so, dass alle Leute weg wollen, weil sie Angst haben. Viele kommen aus Europa und der kurdischen Diaspora her, um sich an dem Aufbau zu beteiligen. Es gibt Viele die in Deutschland groß geworden sind, deren Eltern als Arbeitsmigranten aus Kurdistan ausgewandert waren und die sich jetzt entscheiden, die Revolution zu unterstützen. Und das nicht nur im bewaffneten Kampf. Es gibt vor Ort viele Leute, die sich hoffnungsfroh am Aufbau beteiligen. Es gibt eine starke Stimmung, das man das Richtige macht; eine starke Überzeugung davon. Insbesondere natürlich bei Leuten, die ideologisch überzeugter sind, von dem was sie machen. Je eingebundener die Leute in die Bewegung sind, desto mehr ist das natürlich so - aber auch vor allem junge Frauen, die sich

an Strukturen beteiligen und sehr begeistert sind von dem, was sie machen können. Das sind nicht nur alte Kader. Aber nach Afrin gab es halt ein schon einen starken Dämpfer in Teilen der Bevölkerung, weil die Siegesgewissheit verloren gegangen ist. Für jemanden, der den Kampf als Teil eines größeren Kampfes für eine andere Welt sieht, ist es natürlich was anderes, als für jemanden der das dritte mal in diesem Krieg fliehen musste.

Es gibt auch viele die die Revolution richtig und wichtig finden, aber gleichzeitig die Möglichkeit nutzen würden, ein sicheres Leben und eine Perspektive in Europa zu finden.

Es ist aber auch eine große Klarheit darüber, dass es keine Alternative dazu gibt, die Selbstverwaltung und Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Es scheint der einzig gangbare Weg. Es muss einfach klappen – und es wird klappen. Das ist die Haltung vieler. Es gibt eine krasse Überzeugung davon, dass man sowieso keine Wahl hat und deswegen alles geben wird, die Revolution zu verteidigen und zu verbessern.

F: Welche Rolle spielen dabei die Parteikader?

Die Leute, die ich als Kader wahrgenommen habe, sind seit Jahren Teil der Bewegung und werden mit einem konkreten Auftrag wo hingeschickt. Die genießen durchaus viel Anerkennung von den anderen. Inwieweit die versuchen eine Parteilinie durchzudrücken, kann ich nicht beurteilen. In der konkreten Arbeit sind das aber Leute die viel Verantwortung übernehmen und ich hatte nicht den Eindruck, dass die so viel mehr zu sagen haben. Es gibt auch Leute die an die Spitzen von Gremien gewählt werden, ohne dass sie Kader sind. Das ist aber unterschiedlich.

F: Wird es als Widerspruch gesehen, weiter Teil Syriens zu sein?

Das wird sehr pragmatisch gesehen. Bei niemanden mit dem ich geredet habe, gibt es Sympathien für das Assad-Regime und gleichzeitig wird gesehen, dass es eine bestimmte Notwendigkeit gibt, sich mit dem Regime zu arrangieren, weil es im Laufe des Bürgerkrieges wieder so stark wurde, dass es daran keinen Weg vorbei gibt. Nach dem Verlust Afrins scheint es Vielen auch besser, sich mit Assad zu arrangieren, als eine Invasion der Türkei zu riskieren. Es gibt innerhalb der Bewegung auch starke Kritik, dass während des Krieges um Afrin keine größere Kompromissbereitschaft mit dem Regime gezeigt wurde, um die türkischen und islamistischen Truppen zurückschlagen zu können; dass der Verlust der Stadt und von so vielen Menschenleben schlimmer ist, als punktuell mit dem Regime zusammen zu arbeiten. In anderen Bereichen gibt es ja diese Art der Zusammenarbeit. Es gibt Kompromisse und Abmachungen, die

Chronik 29.11.: In Frankfurt a. M. Gibts Graffiti und Glasbruch am Sitz der AGB Wohnungsbau Gesellschaft. Einige Autonome wollen die Bewohner*innen der Plattensiedlung in ihrem Kampf gegen rassistische Kontrollen, Kündigungen und Hetze unterstützen. Für eine selbstorganisierte Community! November: Einen Axthieb durch die Wohnungstür und anschließend Pfefferspray für nen Fascho in Lübeck. **30.11.:** In Altenwalingen hat die ALF wohl einen Hühnermaststall abgefackelt. Der Schaden soll im sechsstelligen Bereich liegen, Tiere kamen nicht zu Schaden. **30.11.:** Aus Solidarität

trotzdem ein gewisses Maß an Selbstverwaltung gewährleisten.

Man darf es sich aber nicht so vorstellen, dass es immer nur eine Bewegungsmeinung gibt. Es gibt ganz viele unterschiedliche Akteure, die in unterschiedlichen Strukturen aktiv sind, die Sachen unterschiedlich bewerten. Aber es gibt durchaus die Einschätzung, dass es eine Selbstüberschätzung und ein Fehler war, zu glauben, man könne Afrin alleine verteidigen. Deswegen wird man im Zweifel bei einer zukünftigen Bedrohung anderer Städte Assads Militär eher reinlassen.

Auch wenn es da keine Einigkeit gibt, die Stimmung ist: alles ist besser als von AKP-Faschisten und Dschihadisten überrannt zu werden, die alles in Schutt und Asche legen, vergewaltigen und plündern. Das macht das Regime dort nicht, wo gleichzeitig die Selbstverwaltung funktioniert.

Es gibt z.B. in Qamichlo die Präsenz des Regimes und die führt in der Regel nicht zu Auseinandersetzungen. Gleichzeitig gibt es in Aleppo einen großen Stadtteil, der von der YPG gehalten wird, der umkreist ist von Assads Militär, ohne dass es zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt. Es gibt ja schon die Erfahrung, dass es Abmachungen für bestimmte Gebiete geben kann, die nicht zur Handlungsunfähigkeit der Bewegung führen.

F: Spielen linke Diskurse die in Europa sehr präsent sind eine Rolle? Oder richtet es sich die Politik inhaltlich ausschließlich an dem aus, was Öcalan geschrieben hat?

Das finde ich schwer zu beantworten. Die meisten kurdischen Leute mit denen ich geredet habe, hatten eine Sozialisation in Deutschland. Die kennen natürlich die Diskurse in Deutschland und Europa oder sind von ihnen geprägt. Und die Leute in den Gremien sind bewegungsnah und haben sich bewusst entschieden, sich zu engagieren. Wie innerhalb der Strukturen diskutiert wird, kann ich nicht sagen.

F: Hast du es im Alltag mitbekommen?

Das lässt sich alles schwer trennen, weil Öcalan sich ja auch auf alle möglichen westlichen Theoretiker bezieht. Man kann ja nicht behaupten, dass Öcalans Schriften eine eigenständige, unbeeinflusste Theorie sind.

F: Mal anders: Es ist offensichtlich, dass im Bereich der Emanzipation von Frauen sehr viel passiert. Was ist mit Homo- oder Transphobie, was ist mit Rassismus? Ist das Thema? Oder haben die Leute ganz andere Sorgen?

Nicht nur Homophobie ist kein Thema. Sexualität an sich ist ein Tabuthema. Das gilt gesellschaftlich, wie für die

Bewegung. Es gibt keinen positiven Diskurs über Sexualität.

Es ist schon so, dass es in den Frauenstrukturen eine Verhütungsberatung gibt. Aber als wir gefragt haben, ob es auch eine Beratung zu Schwangerschaftsabbruch gibt, war schnell klar, dass das kein Thema ist, über das gerne geredet wird. Die Zielgruppe der Beratung sind verheiratete Frauen, die selber entscheiden können sollen, wie viele Kinder sie kriegen. In dieser Form wird über Sexualaufklärung geredet. Aber das passiert in Frauenstrukturen. Über andere Formen von Sexualität wird nicht geredet.

F: Ja, wie so oft. Aber wie tief war der Eindruck überhaupt, den du in den 3 Monaten bekommen konntest?

Letztendlich sind 3 Monate ziemlich kurz und mein kurdisch ist ziemlich schlecht. Auch war ich ja viel mit meinem konkreten Projekt beschäftigt und habe gearbeitet. Also kratzen die Eindrücke nur an der Oberfläche. Ich habe bestimmte Teile der Organisation kennengelernt - tendenziell Leute die bewegungsnäher sind. Als Gast werden einem auch eher die Strukturen gezeigt, die gut funktionieren.

Für mich hat es sich gelohnt. Ich habe zu Vielem eine bessere Einschätzung – aber es bleiben auch viele Fragen und ich würde gerne mehr verstehen. Es würde sich also lohnen nochmal länger mit besseren Sprachkenntnissen hin zu fahren.

F: Welche Fragen wären das denn, die bleiben oder aufgetaucht sind?

Von Deutschland aus bekommt man ja viel eine Glorifizierung der Revolution mit; also ein plattes propagandistisches Bild – oder ein denunziatorisches, bei dem sich an den Problemen und Fehlern aufgehängt wird, um die ganze Bewegung zu diskreditieren. Keines davon spiegelt sie Realität wieder. Wie überall sind gesellschaftliche Veränderungen eine widersprüchliche Sache. Da auch. Es ist eine komplexe Gesellschaft mit vielen Widersprüchen, mit unterschiedlichen Akteuren und Akteurinnen. Ich finde es schon sehr beeindruckend, wie viele von denen überhaupt zusammenfinden und versuchen, die Verhältnisse zu verändern. Aber ich verstehe z.B. nicht wie entschieden wird, ob man mit dem Regime verhandelt und ob das mit der Selbstverwaltung in Einklang steht. Aber ohne längeren Aufenthalt und bessere Sprachkenntnisse kann ich die Widersprüche nicht richtig beurteilen. Vieles bleibt auch im Verborgenen. Wie in meiner Gesellschaft. Da verstehe ich ja auch nicht, was in allen Bereichen vor sich geht.

mit den Kämpfen gegen den diesjährigen G20 Gipfel in Buenos Aires wird die Privatwohnung von Olaf Scholz eingefärbt und der davor stehende Bullencontainer flambiert. Dezember: In Hamburg wurden 35 Werbetafeln von Stoer und JCDcaux beschädigt. Diese positionern neben anderem Müll auch Werbung für Bund und Bullen. **10.12.:** In Berlin brennen zwei Audis auf einem Verkaufsgelände. **14.12.:** In Hamburg brennt eine Barrikade und Steine und Farbe fliegen auf den schicken Neubau der auf dem Gelände der Breitenstraße Besetzung errichtet wurde. **15.12.:** In

F: Denkst du, dass es sinnvoll war, von Deutschland aus hinzufahren, um dort eine Arbeit zu machen, die theoretisch auch andere Leute hätten machen können?

Ja, ich glaube schon, dass es richtig war. Ich habe viel gelernt. Auch stärkt es den Strukturen vor Ort durchaus den Rücken, wenn sie merken, dass sie nicht alleine sind. Insbesondere für die Menschen die sich als Teil der Bewegung sehen ist es auch wichtig zu merken, dass es anderswo Menschen gibt, die mit ihnen solidarisch und freundschaftlich verbunden sind und die ein großes Interesse an Austausch und Diskussion haben.

Auch ist es wichtig die bestehenden Embargos zu durchbrechen und Material nach Rojava zu bringen.

F: Überlegst du noch mal hin zu fahren?

Ja, würde ich schon gerne. Aber vorher würde ich besser die Sprache lernen. Und ich finde, dass die Bewegung unterstützenswert ist und unsere Solidarität verdient hat und wir viel von ihr lernen können. Vor allem, wie sie mit den existierenden Widersprüchen umgeht. Hier ist es ja oft so, das etwas total richtig oder total falsch ist. Es gibt so ein entweder-oder. Und da ist es klar, dass man sich trotz der offensichtlichen und krassen Widersprüche in ihnen bewegen muss. Es gibt eine viel größere Offenheit, mit der eigenen Widersprüchlichkeit umzugehen und sich die einzugestehen. Es gibt den Willen, auch Leute mit denen man große Widersprüche hat, zu integrieren und mit

denen gemeinsam was zu machen. Es ist allen klar, dass die Verhältnisse nicht ideal sind. So sind Frauen z.B. Teil der Frauenstrukturen, gleichzeitig religiös, wollen einen Mann aus Europa heiraten und sind auch Teil der Bewegung. Andere Frauen haben sich schon vor 20 Jahren der Bewegung angeschlossen, sind Kader, die Beziehungen zu Männern sowieso ausschließen, und haben ihr Leben der Revolution verschrieben. Aber diese unterschiedliche Frauen arbeiten an ganz konkreten Projekten, wie Gesundheitsversorgung für Frauen oder Frauenarbeit im Stadtteil, zusammen und bauen was auf.

F: Hm, das ist hier unvorstellbar.... Es ist ja eher so: wenn man was falsches sagt, fliegt man raus.

Da ist es möglich, dass eine Hebamme die seit 30 Jahren in einem Regimekrankenhaus arbeitet und die ohne Revolution sicher auch weiter ein ganz normales Leben geführt hätte, eine Frau, die schon 20 Jahre bei der Guerilla war und eine 16-jährige, die sich die Nägel lackiert und hübsch nach westlichem Maßstab sein will, eine Frau aus religiösem Kontext, die immer ein strenges Kopftuch trägt – dass die trotzdem an einem gemeinsamen Projekt zusammenarbeiten. Bestimmte Ziele teilen sie und das ist die Basis von der aus versucht wird, was zu entwickeln. Das gibt es hier nicht so.

Eine neue Phase des Widerstands – Fight for Rojava

Nachdem das türkische AKP-MHP Regime, unter der Führung von Recep Tayyip Erdogan, in den letzten Wochen ankündigte einen groß angelegten Angriff auf die Demokratische Föderation Nord-Ostsyrien / Rojava beginnen zu wollen, ließ der derzeitige Präsident der USA, Donald Trump, einen vollständigen Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Syrien verlauten. Damit würde der US-Imperialismus den dschihadistischen, faschistischen Truppen den Weg im Krieg gegen Rojava frei machen. Dass hinter den Verlautbarungen Trumps, der Islamische Staat sei besiegt, andere, insbesondere ökonomische Gründe stecken, untermauert das neue Rüstungsgeschäft zwischen der Regierung Trumps und dem türkischen Despoten: 3,5 Milliarden Dollar für amerikanische Patriot-Raketen.

Vor einigen Tagen dann der plötzliche Wandel. Der republikanische Senator Lindsay Graham versicherte, nach einem Gespräch mit Trump, dass der Abzug erst umgesetzt werde, wenn drei bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Erstens: Der, nun doch noch nicht zerschla-

gene Islamische Staat soll vollständig besiegt werden und zwar auf Dauer. Weiterhin soll verhindert werden, dass die, durch die Zerschlagung des IS und den Abzug der US-Truppen, entstandene Lücke vom Iran besetzt werden kann. Die letzte Bedingung ist laut Graham, dass „unsere kurdischen Verbündeten geschützt werden“. Doch die Türkei soll nicht ganz verprellt werden, denn es ist eine sogenannte Pufferzone im Gespräch, „welche die Türkei wegen ihrer Besorgnisse über die YPG-Kurden benötigt“Quelle angeben. Für den 8. Januar ist zusätzlich ein Besuch des Nationalen Sicherheitsberaters John Bolton in Ankara geplant.

Vermutlich wird die Welt erst danach sehen welche Variante - sofortiger Abzug oder mittelfristiger Abzug - unter den oben genannten Bedingungen oder doch eine dritte Alternative umgesetzt wird. So oder so beginnt die Türkei mit den Vorbereitungen für den nächsten Angriff auf Rojava. So wurden in der Neujahrsnacht schwere Waffen, gepanzerte Fahrzeuge sowie Panzer und Munition in die Grenzregion verlegt. Das der US-Impe-

Duisburg brennt das Auto eines Pegida Aktivisten aus. **17.12.:** Als Reaktion auf den drohenden türkischen Angriff auf Rojava wird in Leipzig eine Tyssen-Krupp Karre flambiert. November&Dezember: Als ein Akt der offensiven Solidarität mit den Angeklagten im Elbchaussee-Prozess, brannten am 27.11. und 20.12. zwei Fahrzeuge der Firma KONE in Berlin ab. Schließanlagen von KONE sorgen unter anderem in Berliner Knästen dafür, den Gefangenen ihre Freiheit vorzuenthalten. **20.12.:** In Athen richtet ein Sprengsatz schaden auf allen Stockwerken des rechten TV-Senders Skai



ralismus seine wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen den Islamischen Staat abstoßen wird, war eine Frage der Zeit, bestand doch das Verhältnis jeher als ein taktisches. Folgerichtig erklärte der außenpolitische Sprecher der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) Salih Muslim: „Wir haben sie weder gerufen, noch können wir sagen geht. Sie sind sowieso nicht gekommen, um uns zu schützen.“

Passend zum kurz- oder mittelfristigen Truppenabzug der USA wurde sich zwischen den Regierungen des Iran, Russlands, der Türkei und dem Assad-Regime auf einen Verfassungsausschuss geeinigt. Dieser soll bereits im Januar 2019 seine Arbeit aufnehmen und die „Syrische Opposition“ mit einbeziehen. Ziel sei es eine neue Verfassung für das Syrien nach nunmehr acht Jahren „Bürgerkrieg“ zu konstatieren. Dass die Demokratische Föderation Nord-Ostsyrien / Rojava, weder bei den vergangenen Gesprächen im russischen Sotschi noch dieses Mal mit vertreten sein wird, spiegelt den Kurs der imperialistischen Kräfte wieder. Der zu bekämpfende Feind der globalen Akteure im großflächig zerstörten Syrien bleibt nach fast acht Jahren andauerndem Krieg die Föderation Rojava, ihre Bewohner*innen und Verteidiger*innen.

Der Hauptfeind ist das eigene Land!

Deutschland als aktive Kriegspartei steht unverändert an der Seite des türkischen Faschismus und dessen neoosmanischen Expansionsbestrebungen. Die weißen Westen, die sich die deutsche Bundesregierung und Wirtschaft so gerne anziehen, wenn es um die Durchsetzung internationaler Kriege geht, bekommen immer mehr blutige Flecken. Erinnern wir uns an den ehemaligen Außenminister Sigmar „Panzersiggi“ Gabriel, der trotz öffentlicher Bekundungen Waffenexporte in die Türkei sofort zu stoppen, fleißig und im blinden kapitalistischen Gehorsam, alles genehmigte, was ihm auf den Tisch kam.

Später konnte die ganze Welt sehen, wie „frisch-aus-der-Fabrik-gerollte“ Leopard-II Panzer mit türkischer Flagge

über die syrische Grenze führen. Nun hat auch der wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung in einem Gutachten „Zur völkerrechtlichen Einordnung der türkischen Militärpräsenz in Nordsyrien“ festgestellt, dass: „die türkische Militärpräsenz in der nordsyrischen Region Afrin sowie in der Region um Asas, al-Bab und Dscharablus im Norden Syriens völkerrechtlich alle Kriterien einer militärischen Besetzung“ erfüllt. Weiterhin wird zu den aktuellen Drohungen Erdogans gegen Rojava festgestellt: „Ob eine türkische Besetzung größerer kurdisch-syrischer Gebiete südlich der türkischen Grenze völkerrechtlich notwendig ist, um die Türkei vor - fortlaufenden - Angriffen durch kurdische Milizen bzw. den „IS“ zu schützen, lässt sich trotz des militärpolitischen Einschätzungsspielraums, den man der Türkei bei dieser Frage zubilligen muss, durchaus bezweifeln.“

Die Bundesregierung unterstützt somit einen Krieg, der laut Ihrer eigenen Analyse völkerrechtswidrig ist. Ganz im Sinne der deutschen Wirtschaft florieren weiterhin das Waffengeschäft in der Türkei, während Merkel & Co. den Menschen durch aufgesetzte Appelle an Erdogan, doch bitte die Menschenrecht zu wahren, ihre blutigen Hände reinwaschen wollen. Dabei wird nicht nur der Krieg gegen Erdogans-Gegner*innen im Nahen Osten unterstützt, auch die Verfolgung deutscher Sicherheitsbehörden gegen hier lebende kurdische und türkische Oppositionelle erreicht mittlerweile ein Niveau welches selbst die Repressionsmaßnahmen der 90er Jahre überschreitet. Fahnen und Symbolverbote, Beschlagnahmungen, Razzien, Verhaftungen, Inhaftierungen und Drohungen gehören zur Lebensrealität der allermeisten hier Lebenden, die vor dem Terror des Regimes, geflohen sind.

Dass dieses Vorgehen deutscher Sicherheitsbehörden, das mit dem Massenprozess in Düsseldorf 1988 begann, kontinuierlich weiterentwickelt und ausgeweitet wird, verdeutlicht zuletzt das eingeleitete Verfahren nach §129b, gegen einen Autor des „LowerClassMagazins“. Es ist hinreichend bekannt, dass auch Internationalist*innen in das Fadenkreuz deutsch-türkischer Sicherheitsbehörden geraten. Dass nun aber aktive (europäische) Antifaschist*innen wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation im Ausland (§129b) angeklagt werden sollen, zeigt die Entschlossenheit, mit welcher die deutsche Regierung deutsch-türkische Vereinbarungen umsetzt. Die Anklage bezieht sich auf die Mitgliedschaft in den kurdischen Volksverteidigungseinheiten, der YPG, die jedoch weder in Europa noch in Deutschland als Terrororganisation eingestuft werden. Es erscheint daher ersichtlich, dass dieses Vorgehen andere Hintergründe hat.

Es geht nicht um die Verurteilung von angeblichen Straftaten, sondern um das Einschüchtern und Abstrafen von internationaler Solidarität und den Ideen eines emanzi-

an. Menschen wurden nicht verletzt. 20.12.: In Leipzig werden einer Pizzeria, die sich als Behelfsbullen hervorgetan hatten, der Allianz und einer Yuppi-Kneipe besuche mit hämmern und Farbe erstattet. 22.12.: Im Hambi werden RWE-Secus über mehrere Stunden von Militanten mit Molotows und Steinen angegriffen. 24.12.: Zum 2. Mal in diesem Monat wird der Posten des Werkchutzes im Hambi von Vermummten angegriffen die Secus und hinzugerufenen Cops fressen Mollies und Steine. Zwei Autos gehen in Flammen auf, außerdem wurde eine Pumpstation abgefackelt. 26.12.:

pierten, demokratischen Projekts, der Föderation Rojavas. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft, sowohl im In- als auch im Ausland, manifestiert sich im Schweigen zu den erneuten Kriegsbestrebungen der Türkei. Untermuert wird das Geflecht der historisch gewachsenen „Bruderschaft“ durch die Bilder, der oben bereits angesprochenen rollenden Panzer und Kriegsfahrzeuge aus deutscher Produktion, Richtung Syrien.

Die Produktionsstätten dieses kommenden, bestialischen Krieges liegen nicht in weiter Ferne, sondern in unserer direkten Reichweite. Der Krieg, der gegen die Revolution geführt wird, wird sich nicht durch eine einzige militärische Front in Rojava stoppen lassen. Deutschland und Europa sind weitere Fronten im Krieg gegen die Menschlichkeit, die von den Feinden des freien Lebens errichtet und verteidigt werden. Das Herz der Bestie liegt in den Metropolen der westlichen Städte, den Produktionsstätten des Krieges und dessen Profiteuren und Herstellern. Wenn wir der Verantwortung nicht gerecht werden sollten, die Kriegsindustrie im Hier und Jetzt zu stoppen, tragen wir damit Mitverantwortung für den grausamen Tod, tausender Zivilist*innen und unserer kämpfende Genossen vor Ort. Dies sollten wir bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung jeder Aktion mitdenken. Sollten wir es nicht schaffen den Grad des Drucks so zu steigern, dass die Massenmedien über die durchgeführten Operationen berichten müssen und somit breite Teile der Gesellschaft zur Positionierung zu bringen, haben wir verloren. Der Preis, den dieser verlorene Kampf mit sich bringt, wird weitaus schmerzhafter und zerstörender ausfallen, als wir es uns im Moment bewusst sind. Folgerichtig gibt es bereits erste Texte <https://de.indymedia.org/node/27510> | | <https://radikale-linke.net/blog-posts/auf-ruf-internationalistisch-kaempfen-gegen-die-tuerkische-invasion-in-rojava> | | <https://internationalistcommune.com/an-alle-demokratischen-kraefte-verteidigt-die-demokratische-foderation-nordostsyrien-auf-ruf-der-internationalistischen-kommune-von-rojava>, die diesen Kampf forcieren.

Alles oder nichts!

Der bevorstehende Krieg der Türkei gegen die Revolution stellt einen Vernichtungsfeldzug gegen die Menschlichkeit und den Errungenschaften des seit sieben Jahren bestehenden, revolutionären Projekts Rojavas dar. Errungenschaften, die einen Bezugspunkt für linke, revolutionäre, fortschrittliche Kräfte weltweit geschaffen haben und als Inspiration, Hoffnung und Vorbild fungieren. Der Kampf um Geschlechterbefreiung, Selbstverwaltung, Organisation fernab kapitalistischer Reproduktion ist zum Motor weltweiter Bewegungen geworden. Rojava ist der gelebte Beweis, dass dieser Kampf zum Erfolg führen kann.

Die Bilder des erbitterten Kampfes, der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG & YPJ, gegen die Schlächter des „islamischen Staates“ haben zur Politisierung zahlreicher Menschen weltweit beigetragen. Ohne diese geführten Kämpfe wären die europaweiten Diskurse zur neuen Ausrichtung Internationalistischer Politik undenkbar. Die Transformationsprozesse die Teile der bundesweiten Linken zum „Neu-“ Aufbau einer handlungsfähigen, gesellschaftlichen, radikalen Bewegung forcieren, wären ohne die Grundlagen und Konzepte der Revolution in Rojava und der Theorie des demokratischen Konföderalismus nicht auf dem derzeitigen Stand. Die Wärme, Herzlichkeit und Fähigkeit zur ernst gemeinten Kritik und Selbstkritik sowie die unerschütterliche Kraft zur Veränderung der eigenen ansozialisierten Mentalität und den daraus resultierenden Schritten zur Befreiung, sind wesentliche Bestandteile dieser Revolution. Der Wille zum Kampf durch die kurdischen Freiheitsbewegung, hat die Hauptaufgabe aller fortschrittlichen Kräfte - die Revolution zu organisieren, zu planen und durchzuführen – wieder mit Leben gefüllt. Die Möglichkeit in diesem weltweit einzigartigen Projekt zu partizipieren und sich somit theoretisch und praktisch weiterzuentwickeln, waren zu jeder Zeit gegeben, fernab jeglicher Sexualität, Herkunft oder Religion.

Die Werte, die in Rojava gelebt und verteidigt werden, gilt es auch in unseren Straßen und Leben zu verteidigen!

„Weil am Ende die Frage steht: Für wen machen wir diese Revolution? Für uns selbst, oder für die Gesellschaft? Wenn wir die Frage mit ‚für unseren Klüngel‘ beantworten, sollten wir uns nicht Revolutionärinnen nennen. Und wenn wir die Frage mit ‚für die ganze Gesellschaft‘ beantworten, sollten wir uns fragen, wie nah wir an dieser Realität dran sind und wieso? In wieweit setzen wir unsere Ansprüche und Ideen mit den Menschen aus unserem näheren Umfeld wirklich um? Wie sehr vertraut uns die Gesellschaft? Wieso sollte sie uns vertrauen, was geben wir ihnen, wie gut wissen wir über ihre Bedürfnisse bescheid, wo bauen wir ernsthafte Alternativen auf, die nicht nur für unsere Szene sind? Und wer sind überhaupt ‚wir‘? Wie schon gesagt, es gibt viel zu tun. Also Freundinnen, nutzt eure Zeit, organisiert euch und durchbrecht eure alten Grenzen, egal ob mental, ideologisch oder in eurem täglichen Verhalten, öffnet euch für revolutionäre Prozesse und nehmt eure eigenen Ziele und eure Zeit ernst.“ - Auszug aus einem Brief einer Genossin, die zur Zeit Teil der kurdischen Freiheitsbewegung ist.

Tod dem Faschismus-Lang lebe Rojava!

Antifaschistische Koordination 36

Nach einem Selbstmord rebellieren die Insassen des Knasts in Trient. Sie verbarrikadieren sich und zünden das Inventar an. 26.12.: Feuer im Aktenkeller des Amtsgerichts Wedding in Berlin. Die derzeitigen Versuche des Feindes, anhand der Verurteilungen einiger, die widerständige Praxis vieler unter Kontrolle zu bekommen, können von unserer Seite nicht unbeantwortet bleiben. 27.12.: Glasbruch bei AfD Büro in Borna. 31.12.: Steine und Farbe als Gruß an die Gefangenen der G20-Revolution fliegen auf das Amtsgericht Hamburg-Harburg. 1.1.: In der Silvesternacht 2018

Die Rif-Bewegung im Norden Marokkos

Teil 2: Der Frühling des Rifs

Dies ist der zweite Teil einer Reihe von Texten von anarchistischen Aktivist*innen aus der Rif-Region im Norden Marokkos. In den nächsten Ausgaben wird auf einzelne Aspekte der Organisation näher eingegangen werden.

Im Norden Marokkos erlebt die Rif Region eine Reihe von Bürgerprotesten, die immer heftiger geworden sind, und die sich auch im Rest des Landes ausbreiten. Die ersten Proteste thematisierten noch nicht die Empörung gegen die Korruption, aber bald wurden Probleme wie die politische Ausgrenzung der Bevölkerung des Gebietes durch die Regierung in Rabat deutlich. Trotz der polizeilichen Repressionen und der zögerlichen Versprechungen der Zentralregierung, finden in den Straßen von Al Hoceima oder Nador weiterhin Aufstände mit einem unerwarteter Reichweite statt.

In den 1920er Jahren führte Muhammad Ibn el Abd el Krim die Rif-Rebellion gegen die spanischen Kolonialtruppen an. Fast hundert Jahre sind vergangen, aber der Kampf bleibt derselbe. Trotz der Bemühungen der Regierung, die Proteste zum Schweigen zu bringen und ihnen keinen Einfluss auf die internationale Meinung zugestehen, werden die Proteste, die die Grundfesten der Monarchie erschüttern, immer heftiger. Der Nachhall des Arabischen Frühlings 2011 hat zu einem Erwachen des Rif geführt, das seit Oktober 2016 die Städte Nordmarokkos erschüttert.

Die Region Rif – der Landstreifen, der von Tanger bis zum Fluss Muluya in der Nähe der algerischen Grenze führt – wurde vom Majzén (der faktische Macht von Rabat) anders behandelt als andere Landesteile, und hat sich anders entwickelt.

Der östliche und gebirgigere Teil und dessen Zentrum Al Hoceima – die Wiege des Rif-Aktivismus – musste in seiner Geschichte die meisten Benachteiligungen und Angriffe ertragen.

Bei den wochenlangen Demonstrationen werden die gleichen Klagen wiederholt: Mangelnde Infrastruktur und Kommunikationsmittel, das Fehlen von Krankenhäusern, Schulen und Universitäten, hohe Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit der lokalen Wirtschaft, polizeiliche Repressionen und zahlreiche Verhaftungen sowie Bestrebungen nach Unabhängigkeit.

Aufgrund ihrer berberischen Vergangenheit und ihrer Kämpfe gegen den Kolonialismus fühlen sich die Bewoh-

ner*innen des Rif mit dem von der marokkanischen Krone präsentierten Bild der Einheit nicht vollständig repräsentiert. Zwischen Protestrufen und Sprüchen heben die Demonstranten drei Finger ihrer Hand die für die drei Säulen, die sie verbinden, stehen: Land, Sprache und Identität. Es gibt von Rabat aus einen ständigen Versuch, diesen Teil des Landes zu arabisieren, indem indigene Gemeinschaften ausgeschlossen und hingegen bestimmte lokaler Bräuche, Ideologien und Eliten, die den Interessen Rabats dienen, gefördert werden – das gleiche passiert in der Westsahara. In den letzten Jahrzehnten wurden viele Rif-Bewohner*innen aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen gezwungen, nach Europa aufzubrechen, aber sowohl diejenigen, die sich im Ausland aufhalten, als auch diejenigen, die geblieben sind, halten an einen Kampf fest, der keine Aussicht auf ein baldiges Ende hat.

Unterdrückt von Spanien und Marokko

Die Kämpfe, die die Rif-Bevölkerung gegen die unterdrückende Macht – heutzutage aus Rabat – führt, haben eine lange Geschichte:

In den 1920er Jahren, unter einem französisch-spanischen Protektorat, erhoben sich die Rif-Bewohner*innen zu den Waffen und konnten sogar eine unabhängige Republik ausrufen (1921-1926), aber ihre Kühnheit wurde hart bestraft: Die spanische Armee benutzte chemische Waffen, die in späteren Generationen Folgen hinterlassen haben. Im Rif gibt es eine hohe Rate an Krebsdiagnosen im Zusammenhang mit den chemischen Angriffen Spaniens in den 1920er Jahren und der marokkanischen Armee in den 1950er Jahren. Tatsächlich ist eine der häufigsten Forderungen der Bewohner*innen der Region ein Krankenhaus mit einer Onkologieabteilung, da die Patienten bisher in die Hauptstadt reisen müssen, um von Spezialisten behandelt zu werden.

1956 erlangte Marokko seine Unabhängigkeit. Der Monarch Mohamed V. begann, eine Politik der Zentralisierung aufzubauen und versuchte, der für die Peripherie charakteristischen Organisation in Gemeinschaften ein Ende zu setzen, bis es 1958 zu einer bewaffneten Rebellion im Rif gegen die Maßnahmen des neuen Monarchen kam. Der damalige Prinz Hassan – der später fast 40 Jahre lang regieren sollte – und seine rechte Hand, der Soldat Mohamed Oufkir, leiteten die ‚Befriedungsoperation‘ des Rifs, die mit Napalmbomben und weißem Phosphor die Aufstände unterdrückte. Seitdem haben die

nutzte eine Aktionsgruppe den Schutz der Nacht und den Lärm der Silvesterfeuerwerke, um ungestört Kohle- und Überwachungsinfrastruktur des Energiekonzerns RWE um den Tagebau Hambach im Rheinischen Braunkohlerevier (NRW) zu sabotieren. Bei mehreren gezielten Brandanschlägen gingen insgesamt zwei Pumpstationen, ein Stromverteiler zur Versorgung der Pumpstationen und ein Kameramast mit Infrarotscheinwerfern (Nachtsicht) zwischen dem besetzten Hambacher Forst und dem umgesiedelten Dorf Manheim in Flammen auf. 1.1.: Scheiben klirrten bei einem

Entscheidungen der Regierung der wenige Industrie und Entwicklung der Region - ein Erbe der spanischen Kolonialzeit – vor allem geschadet, und sie zu den ärmsten Provinzen des Staates gemacht.

In die Regierungszeit von Hassan II. von 1961 bis in die 90er Jahre fielen die sogenannten Bleiernen Jahre, in denen jeder Hauch von Opposition verfolgt wurde. Die Studentenbewegungen, Sozialisten, Islamisten, Dissidenten der Armee und die territorialen Spannungen im Rif und in der Sahara wurden von der eisernen Hand des alawitischen Königs geprägt. Mitte der 80er Jahre verbreiteten sich die sogenannten Hungerunruhen im ganzen Land, eine Zeit der großen wirtschaftlichen Neuanpassung unter der Leitung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die zu einer schweren Wirtschaftskrise führte. Fehlende soziale Dienstleistungen, eine Verschlechterung der Lebensqualität und Repressionen machten das Rif erneut zu einer der Brutstätten der Unruhen in Marokko. Wie in der Vergangenheit hat die Regierung mit Gewalt alle kritischen Stimmen zum Schweigen gebracht. Dies ist der Moment, in dem angesichts der fehlenden Perspektiven und der Schikanen von Rabat der unaufhörliche Exodus der Rif-Bewohner*innen nach Europa beginnt.

Im Februar 2011, vor dem Hintergrund der Unruhen im Maghreb und dem Nahen Osten und den Ereignissen im November 2010 in der Westsahara, entsteht die Bewegung des 20. Februar. Im ganzen Land gab es Proteste, zunächst unter der Führung der Jugend, die eine stärkere Demokratisierung des Landes forderten. Im Rif ereignete sich eines der dramatischsten Ereignisse, als am 21. Februar 2011 die Leichen von fünf jungen Rif-Bewohnern gefunden wurden, die in einer Bankfiliale im Zentrum von Al Hoceima verbrannt wurden. Das verschärfte die Proteste in der Gegend, wo der Keim, zu blühen begann, der 2016 explodieren würde. Sie forderten mehr Freiheiten, Rechte und vor allem ein Ende der zentralistischen Politik, die nur zu Ausgrenzung und Verarmung in diesem Teil des Landes geführt hat. (Anm. d. Übersetzerinnen: Die Proteste führten in Marokko 2011 nicht zu einer Revolution; den Protesten wurden durch Reformen und harter Repression der Wind aus den Segeln genommen.)

Ein neuer Frühling im Rif

Im Dezember 2010 starb in Tunesien Mohamed Buazizi. Der 26-Jährige verdiente als Straßenverkäufer in der Kleinstadt Sidi Bouzid seinen Lebensunterhalt. Am Morgen des 17. Dezember 2010, als er es satt hatte, täglich mit der Korruption von Polizei und Verwaltung umzugehen, setzte er sich vor dem Regierungspalast der Stadt in Brand. Innerhalb weniger Stunden gab es im ganzen

Land Proteste, die wochenlang andauerten. Am 14. Januar floh Diktator Ben Ali aus dem Land. Die Revolution breitete sich bald auf den gesamten Maghreb und den Nahen Osten aus und traf die meisten Regierungen der Region. Die Folgen dieser Ereignisse erleben wir heute noch.

Sechs Jahre später führte der Tod eines Jungen Mannes in Marokko ebenfalls zu landesweiten Protesten:

Mouhcine Fikri war 31 Jahre alt, als er in der Nacht des 28. Oktober 2016 aus dem Hafen von Al Hoceima zurückkehrte. Die Polizei beschlagnahmte von ihm und seinen Begleitern etwa 500 kg Schwertfisch, deren Fang in diesen Monaten verboten war. Die Beamten warfen die Ware direkt in den Müllwagen. Mouhcine und seine Freunde sprangen in den Wagen, um zu versuchen, den Fisch aus dem LKW zu retten, da es ihre einzige Existenzgrundlage war. Ob Unfall oder nicht, der Lastwagen löste den Schredderprozess aus; die Freunde von Mouhcine schafften es, hinaus zu klettern, aber er tat es nicht. Das Video mit den furchtbaren Bildern seines Todes zirkulierte schnell durchs Netz. Am nächsten Tag gab es Kundgebungen in einigen Städten im Norden; einige Wochen später verbreiteten sie sich im ganzen Königreich.

Die polizeiliche Repression und die politische Instabilität des Landes führten dazu, dass die Proteste auf das Gebiet der Rif-Region reduziert wurden und in den Medien viel weniger Beachtung fanden. Dennoch, und im Gegensatz zu dem, was 2011 geschah haben sich die Bürgerproteste in Al Hoceima oder Nador im Laufe der Zeit nicht verringert. Je mehr Verhaftungen und Konfrontationen mit der Polizei stattfinden, desto mehr nehmen die Bürgerunruhen zu; sie füllen jede Woche die Plätze ihrer Städte und stellen sich den eingesetzten Polizisten und Soldaten entgegen. Ihre Parolen sind durchsetzt mit traditionellen Gesängen, in denen historische Ansprüche und die neuesten Forderungen bekräftigt werden. Sie sind die Protagonisten dessen, was sie selbst Hirak el Shaabi, eine Volksbewegung, getauft haben.

Es gibt bei diesen Demonstrationen viele Amazigh-Fahnen, das Zeichen der Berbervölker Nordafrikas, und viele Flaggen der nicht mehr existierenden Republik Rif. Diese beiden Symbole sind in Marokko strengstens verboten, da die Monarchie sie immer als Banner separatistischer Bestrebungen betrachtet hat. Immer mehr Menschen gehen jedoch mit diesen Emblemen auf die Straße, auch auf die Gefahr hin, von der Polizei verhaftet zu werden. Trotz der Unterdrückung durch die Sicherheitskräfte haben die Rif-Bewohner*innen keine Angst mehr, und ihre Empörung und ihr Wunsch nach politischem Wandel bleiben unberührt. Versammlungen und Besprechungen mitten auf der Straße finden häufig statt, unter dem

AfD Büro in Freiberg. 1.1.: In Leipzig gibts nen Riot von autonomen Gruppen, mit Barrikaden zwei brennenden Karren und Krähenfüßen. Ein Burschihaus kriegt Steine und Farbe ab und vor einer Außenstelle des Bundesgerichtshofs wird Feuer gelegt und Scheiben zerdeppert. 2.1.: Pyrotechnik demoliert Scheibe eines AfD Büros in Straßfurt. 07.1.: In Bremen wird AfD Fuzzi Magnitz umgenietet. 10.1.: Glasbruch und Farbe bei Gentrifizierer urbanPR in Berlin. 11.1.: Auto von Ibster in Leipzig angezündet. 11.1. Rechter Tattoo-Shop in Leipzig verliert seine Scheiben. 14.1.: In Leipzig

ausweichenden Blick der Nachbarn, die es nicht wagen, teilzunehmen, während das Sicherheitspersonal auf den Befehl wartet, die Versammlungen aufzulösen.

Die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen an diesen Treffen ist heterogen: Männer und Frauen, Jung und Alt, Arbeitslose, Händler und Beamte. Der Innenhof eines Instituts, ein Familienhaus, eine Cafeteria oder ein Platz sind Orte, an denen die nächsten Schritte geplant und organisiert werden. Im Mai 2017 verhaftete die marokkanische Polizei Nasser Zafzafi, einen 38-jährigen alleinstehenden Arbeitslosen, der seit Oktober 2016 die Hauptkundgebungen angeführt hatte, bei denen er sich durch seine Eloquenz und seine direkten Angriffe auf die Regierung und die Monarchie auszeichnete. Er wurde bald zur Ikone. Er wurde verhaftet, nachdem er in eine lokale Moschee eingedrungen war, um sich über die Rolle der Imame zu beschweren, die, direkt von der Regierung kontrolliert, versucht haben, die Bevölkerung zu indoktrinieren und revolutionäre Flammen zu ersticken.

Aber wenn sie in Rabat glaubten, dass das Abschneiden des Kopfes der Schlange den Aufstand stoppen würde, lagen sie falsch in ihren Berechnungen. Bald wurde die Rolle von Zafzafi, der sich vermutlich in einem Hochsicherheitsgefängnis in Casablanca befindet, von Nawal ben Aisa übernommen. Die 38-jährige Hausangestellte, die vier kleine Kinder hat und mit einem Taxifahrer verheiratet ist, übernahm bei einer Demonstration das Megaphon und hat sich seither zu einer der bekanntesten Stimmen der Bewegung entwickelt.

Sie wurde bereits mehrmals verhaftet und all ihre Schritte werden von der Polizei beobachtet, aber trotz der Gefahr, wie Zafzafi und hunderte andere Aktivist*innen zu enden, bleiben sie und der Rest der öffentlichen Personen von Hirak el Shaabi entschlossen, an ihren Aktionen festzuhalten.

Vorläufig fordern sie, mit dem König zu sprechen, eine echte Entwicklungspolitik für dieses Gebiet, dass die Amazigh-Kultur respektiert wird und dass es eine Demokratisierung der Institutionen gibt. Einige von ihnen haben auch weiterhin Unabhängigkeitsbestrebungen und den Wunsch nach dem Wiederaufbau der Rif-Republik.

Mohamed VI. und territoriale Desintegration

Bei einem seiner ersten offiziellen Auslandsaufenthalte wurde Emmanuel Macron von Mohamed VI. und seinem 14-jährigen Sohn Moulay Hassan im majestätischen Palast in Rabat empfangen. Frankreich, Spanien und die

Vereinigten Staaten sind traditionell die großen internationalen Protektoren des Maghreb-Landes. In jüngster Zeit haben auch Saudi-Arabien und die Golfmonarchien die Beziehungen zur marokkanischen Regierung intensiviert, in der Hoffnung, sie für ihre sunnitische Achse zu gewinnen. Im marokkanischen Staat, dessen Hauptpartner nur erwarten, dass der König die innere Stabilität und Sicherheit garantiert, gibt es enorme geostrategische Interessen. Wie im Jahr 2011, als der Blick durch den Arabische Frühling auf die Bewegung des 20. Februar fiel, rieten seine Verbündeten Mohamed VI. privat, alle notwendigen sozialen Reformen zur Lösung des Problems durchzuführen. In der Zwischenzeit sahen sie weg, wenn die Polizei gegen seine Gegner vorging.

In marokkanischen Schulen hängen in allen Klassenzimmer ein Porträt von Mohamed VI. und eine Landkarte Marokkos, die die Sahara, die spanischen Städte Melilla und Ceuta sowie die Kanarischen Inseln einschließt. Jahrzehntlang konzentrierten sich der Großvater und der Vater des jetzigen Königs mit aller Kraft auf den Aufbau einer großen Nation unter einer einzigen Flagge: Großmarokko. Sie haben immer zwei Möglichkeiten befürchtet: die Entstehung einer revolutionären Bewegung, die in der Lage ist, die Krone zu stürzen, und die territoriale Spaltung des Landes. Bei der Lösung territorialer Spannungen haben die Herrscher immer mit eiserner Faust gehandelt. Sie haben dies wiederholt im Rif und in der Sahara getan. Wenn Mohamed VI. seinem Erben Moulay Hassan die Karte zeigt, wiederholt er immer die gleiche Warnung: „Kümmere dich um die Rif-Flanke, die Sahara und die Grenze zu Algerien“. Sein schlimmster Albtraum wäre das Auseinanderfallen des großen alawitischen Konstruktes im Fall einer Unabhängigkeit der Westsahara, der Abtrennung der nördlichen Provinzen und eines Angriffs der Algerier aus dem Osten.

Ein weiterer Freitag in Al Hoceima. Die Menschen, die die Moscheen verlassen, beenden ihre Arbeit in den Geschäften, und die Jugendlichen, die sich auf eine Party vorbereiten, versammeln sich für einige Augenblicke im Zentrum der Stadt. Bereits als Ritual fast jeder Woche beginnen sie, regionale Flaggen zu schwenken; einige nehmen spontan Mikrofone und Megaphone, um die Kundgebungen zu leiten. Die Gründe für die Proteste können die jüngsten Verhaftungen sein, Gerüchte, dass die Polizei in der letzten Nacht Häuser durchsucht hat, oder dass die Zentralregierung immer noch nicht reagiert. In wenigen Minuten haben die Polizisten und Soldaten bereits die Hauptadern der Stadt abgeriegelt. Die Demonstranten stellen sich ihnen gegenüber, und auf Rif oder Arabisch rufen sie ihnen zu: „Wir haben keine Angst! Wir wollen Freiheit!“

kriegt eine Kneipe in der die AfD veranstaltete die Scheiben eingeworfen und Bitumen reingesprüht. **16.1.:** Farbatracken auf das Amtsgericht, das Rote Kreuz und das Rathaus in Göttingen. Widerstand gegen die deutsche Asyl- & Abschiebep Praxis! **16.01.:** In Freiberg gibts Glasbruch bei einem AfD Büro. **16.01.:** Die DGH (Revolutionäre Jugendbewegung) brennt in Solidarität mit, dem in Isolationshaft sitzenden, Abdullah Öcalan eine Plastikproduktionsstätte in Istanbul nieder. **17.01.:** Wegen der Räumung des Black Triangle in Leipzig wird ein Fahrkartenautomat mit Hämmern

Zwei Tage Generalstreik in Indien

200 Mio beteiligen sich – (fast) keine Notiz in bundesdeutschen Medien

Der erneute Generalstreik, zu dem 10 Gewerkschaftsverbände in Indien für den 8. und 9. Januar 2019 aufgerufen hatten, konnte eine massive Beteiligung verzeichnen, sowohl in den verschiedenen Branchen des öffentlichen Dienstes (obwohl es mehrere Regierungen verschiedener Bundesstaaten gab – wie etwa Westbengalen oder Tamil Nadu – die offene Drohungen äußerten und konkrete Maßnahmen gegen eine Streikbeteiligung organisierten), als auch in der Privatindustrie und im informellen Sektor. Wie schon beim letzten Generalstreik gegen die Modi-Regierung war auch dieses Mal eine öffentlich sichtbare Beteiligung der Menschen, die im informellen Sektor arbeiten müssen, ein wesentlicher Grund für die erfolgreiche Mobilisierung, sollen sich doch nach verschiedenen Angaben bis zu 200 Millionen (kein Druckfehler!) Menschen am Streik beteiligt haben. Das ist mehr als ein Siebtel der Gesamtbevölkerung des einwohnermäßig zweitgrößten Staats der Welt. Damit wäre es einer der größten Streiks in der Geschichte Indiens. Wenn diese Größenordnung auch nur annähernd stimmt – und niemand hat sie bisher bestritten –, dann fehlte nicht viel zur Hälfte der EU-Bevölkerung. Oder anders gesagt: Umgerechnet auf die Bevölkerung Deutschlands wären das Streiks in einer Größenordnung von rund zwölf Millionen Menschen!

Der Katalog von Forderungen, auf den sich die Verbände geeinigt haben, umfasst den Verzicht auf die aktuell anstehende erneute antigewerkschaftliche Gesetzgebung ebenso, wie etwa Mindestlohn und Mindestrente für Alle, sowie eine Begrenzung der Leiharbeit auf maximal 12 Monate. Solche Forderungen führten dazu, dass sich diesmal auch verschiedene bäuerliche Organisationen dem Streik anschlossen, die bereits im Verlauf des Jahres 2018 verschiedentlich große Proteste organisiert hatten.

Der Streik setzte sich über die Spaltung durch Religion und Kasten hinweg, mit der jahrzehntlang die soziale Unzufriedenheit in reaktionäre Kanäle gelenkt wurde. Die große Beteiligung ist ein Ausdruck der wachsenden Wut auf die Regierung von Premierminister Narendra Modi. In ihrer viereinhalbjährigen Amtszeit hat sie den jahrzehntelangen sozialen Angriff drastisch verschärft. Sie hat brutale Sparmaßnahmen durchgeführt, Privatisierungen forciert, Zeitarbeit gefördert, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards ausgehöhlt und der arbeitenden Bevölkerung umfassende Steuererhöhungen aufgezwungen. Eine zentrale Rolle im Streik spielten die Kohlebergarbeiter, die Postbeschäftigten und die Dockarbeiter. Auch die Beschäftigten in Banken, Versicherungsfir-



Telekommunikations- und Transportunternehmen und die Arbeiter der Teeplantagen nahmen teil. Den streikenden Arbeitern der staatseigenen Industriezweige schlossen sich ihre Kollegen in internationalen Konzernen wie Bosch, Toyota, Volvo, CEAT, Crompton und Samsonite an. Die zahlreichen Berichte über gewaltsame Zusammenstöße, Entlassungen und Verhaftungen von streikenden Arbeitern verdeutlichen die scharfen Klassenspannungen und die brutale Reaktion der Arbeitgeber und Regierungen. In mehreren Bundesstaaten, u. a. in Westbengalen und Tamil Nadu, streikten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, obwohl ihnen die Regierung mit Entlassungen, Lohnkür-

bearbeitet. **18.01.:** Steine fliegen auf den Eingangsbereich der Sopra Steria Group SA in Hamburg. Das Sicherheitsunternehmen liefert Software u.a. an Interpol, das BKA und die Bundeswehr. **19.01.:** In Konya wird bei einem Brandanschlag die DGH eine Panzerfabrik unbrauchbar gemacht. **19.01.:** In Dessau kriegen drei nazis vor den Bug. **20.01.:** In Berlin brennt das Privatauto eines Bullen. Ob nun NSU 2.0, 3.0 oder 4.0, ob Riotcops, Zivischweine, Kripos oder Objektschutzbullen, sie alle folgen einer Logik, die Freiheit, Leben und Liebe hinter den Profit der Herrschenden

zungen und anderen Disziplinarstrafen drohten.

Stell Dir vor es ist Streik und keine*r kriegt es mit

Trotz sensationeller Beteiligung blieb einer größten Streiks weltweit von den deutschen Medien weitestgehend unbemerkt. Das mag auch daran gelegen haben, dass keine der großen Nachrichtenagenturen über die Streiks in Indien berichtete. Da Zeitungen aber nicht mehr über ein weltweites Netz von Korrespondent*innen verfügen, stützen sie sich für ihre Auslandsberichterstattung meist auf Meldungen der Nachrichtenagenturen. Deren Korrespondent*innen recherchieren vor Ort und geben die gesammelten Informationen möglichst neutral an die

Kunden in Deutschland weiter, die dafür bezahlen. So werden die Themen, die in den Medien erscheinen, also in gewissem Maß auch von den Agenturen mitbestimmt: Themen, die nicht von ihnen aufgegriffen werden, schaffen es letztendlich oft auch nicht in deutsche Medien. Auf Nachfrage erklärte ein Vertreter der größten deutschen Nachrichtenagentur (dpa) am Mittwoch dem nd, sie habe nicht über den Streik berichtet, da die Zahl der Streikenden für sie nicht verifizierbar gewesen sei. Daneben sei es weder zu größeren Ausschreitungen noch zu Todesfällen gekommen, der Generalstreik daher als irrelevant erachtet worden...

Quelle: verschiedene Berichte von labournet.de

Landgericht Dortmund weist Klage gegen KiK ab

KiK entzieht sich der Verantwortung für Fabrikbrand

Dortmund, 10. Januar 2019 – Keine Chance auf Gerechtigkeit? Das Landgericht Dortmund wird die Sachfragen zum Fabrikbrand bei einem pakistanischen Zulieferer des deutschen Textilunternehmens KiK im September 2012 nicht verhandeln. Das Gericht wies die Klage von vier pakistanischen Betroffenen, die die Mitverantwortung von KiK für den mangelnden Brandschutz in der Fabrik klären sollte, wegen Verjährung ab. KiK hatte vor der Klage einem Verjährungsverzicht zugestimmt, sich aber etwa zwei Jahre nach Einreichung der Klage auf den Standpunkt gestellt, der Verzicht sei unwirksam. Ohne diesen Einwand von KiK wären die Sachfragen geklärt worden. Die Klage – vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) angestoßen und von medico international unterstützt – war die erste dieser Art in Deutschland. Das Verfahren sollte klar machen: Transnationale

Unternehmen sind auch für die Arbeitsbedingungen in ihren Tochter- und Zulieferbetrieben im Ausland verantwortlich.

„Als Hauptkunde der Fabrik war KiK nicht bloßer Abnehmer, sondern der Boss und damit mitverantwortlich für den mangelnden Brandschutz“, sagte Rechtsanwalt Remo Klinger, der die Pakistaner vor Gericht vertrat. „KiK hat sich in die Verjährung geflüchtet und damit verhindert, dass das Gericht die Sachfragen sowie wichtige Fragen der Haftungspflicht deutscher Unternehmen klärt.“ Ob die Kläger in Berufung gehen, wollen sie nach Auswertung der schriftlichen Urteilsbegründung entscheiden.

Klägerin Saeeda Khatoon, deren Sohn bei dem Fabrikbrand starb, sagte: „KiK hat sich der rechtlichen Verantwortung für den Tod von 258 Menschen entzogen. Aber immerhin hat sich ein Gericht in Deutschland dem Fall beschäftigt.“ Deswegen sei das Verfahren wichtig gewesen – unabhängig von dem Urteil. Gemeinsam mit der Ali Enterprises Factory Fire Affecteds Association (AEFFAA), der Organisation der Betroffenen, will sie weiter für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den Lieferketten der globalen Textilindustrie kämpfen.

Miriam Saage-Maaß vom ECCHR betonte die grundlegende Bedeutung des Verfahrens: „Deutsche Unternehmen aller Branchen haben die Klage gegen KiK genau verfolgt. Rechtsexperten in Deutschland, Großbritannien und der Schweiz griffen die Argumentation auf. Allen ist klar: Das aktuelle Recht wird der globalisierten Wirtschaft nicht gerecht.“



anstellt. 21.01.: In Konya wird eine Ladenpassage von der DGH verfeuert. 21.1.: Anlässlich des Besuchs von Merkel und Macron in Aachen wird der Sitz der Karlspreisstiftung mit Steinen und Farbe angegriffen. Den Preis hat Macron im Jahr davor abgeräumt. 21.01.: In Berlin fackeln neun O-amt Karren ab. Da dies der gesamte Fuhrpark des Bezirks Neukölln ist muss sich Ersatz geliehen werden. Die Obrigkeit ist empört über diesen Angriff auf ihre Ordnungshüter*innen. Januar: Die Zelle Soledad Casilda Hernández Vargas der autonomen Gruppen legt Feuer bei je einem

Thomas Seibert von medico international ergänzte: „Um die Menschen- und Arbeitsrechte durchzusetzen, reichen freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen nicht. Die Politik muss Gesetze für eine echte Unternehmenshaftung schaffen.“

Angriffe auf KiK-Filialen unmittelbar vor dem Prozessauftritt am 29.11.18

Dokumentation:

Dortmund: Die Filiale in der Berghofstraße wurde mit Steinen und Farbe angegriffen. Die Scheiben der Filiale in der Kaiserstraße wurden mit Steinen zerstört.

Frankfurt: Bei der Filiale in Frankfurt-Fechenheim wurde die Fassade und Einagntür mit Hämmern eingeschlagen.

Leipzig: Die Scheiben der KiK-Filiale in der Merseburger Straße sowie des daneben liegenden Tedi (ebenfalls Tengemlann Tochter) wurden zerstört. Die KiK-Filiale in Pagau bei Leipzig wurde angegriffen.

Stuttgart 26.2.19: KiK-Filiale markiert

Wuppertal 8.3.19: „Als kleinen Akt der Solidarität haben wir in der Nacht auf den 8. März eine KiK-Filiale in der Uellendahler Straße in Wuppertal entglast, mit Farbe eingedeckt und die Parole „8.März! Zahlt!“ hinterlassen.

Baggerblockade

Polizeigewahrsam wegen verweigerter Identitätsfeststellung

Baggerbesetzer verweigerten ihre Identitätsfeststellung. Die Polizei nahm sie für mehr als einen Tag in Haft und beruft sich auf das neue Polizeigesetz NRW.

Nach einer Baggerbesetzung im Tagebau Garzweiler wurden Aktivisten nach dem neuen Polizeigesetz in Nordrhein-Westfalen in Polizeigewahrsam genommen, weil sie ihre Identifizierung verweigerten. In Brandenburg wurden Baggerbesetzer aus demselben Grund in U-Haft genommen.

Vier Besetzer eines Braunkohlebagger im Tagebau Garzweiler müssen bis Donnerstag in Polizeigewahrsam bleiben. Das Amtsgericht Erkelenz hatte dies auf Basis des neuen nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes

entschieden, wie die Neue Ruhr Zeitung (NRZ) berichtete. „Damit wird das neue Polizeigesetz in dieser Form erstmalig angewandt“, erklärte die Gewerkschaft der Polizei in Nordrhein-Westfalen.

Die bereits am Samstag Festgenommenen hatten sich geweigert, ihre Personalien feststellen zu lassen. Außerdem konnten ihre Fingerabdrücke nicht genommen werden, weil sie verklebt waren. Sie sollen jedoch der Polizei freiwillig zur Wache gefolgt sein. Bislang konnten Personen nur bis zum Ablauf des folgenden Tages festgehalten werden. Nach dem neuen Polizeigesetz dürfen Personen bis zu sieben Tage in Gewahrsam gehalten werden, wenn sie ihre Personalien nicht nennen.

Make Hambi a threat again

verheizt RWEs Infrastruktur statt Braunkohle

Dokumentation: „In der Silvesternacht 2018 nutzte eine Aktionsgruppe den Schutz der Nacht und den Lärm der Silvesterfeuerwerke, um ungestört Kohle- und Überwachungsinfrastruktur des Energiekonzerns RWE um den Tagebau Hambach im Rheinischen Braunkohlerevier (NRW) zu sabotieren. Bei mehreren gezielten Brandanschlägen gingen insgesamt zwei Pumpstationen, ein Stromverteiler zur Versorgung der Pumpstationen und ein Kameramast mit Infrarotscheinwerfern (Nachtsicht) zwischen dem besetzten Hambacher Forst und dem umgesiedelten Dorf Manheim in Flammen auf.

Rund um den Tagebau Hambach (und all die anderen Tagebauten) befinden sich Pumpstationen, die das Grundwasser abpumpen, um ein Fluten der Grube zu verhindern. Dadurch wird der Grundwasserspiegel in Hambach langfristig um mehrere hunderte Meter abgesenkt - mit fatalen Folgen für die umliegende Natur. Die Pumpen sind weit verstreut und somit schwer zu überwachen, sodass sie sich als einfaches Ziel für Sabotage anbieten. Jede Pumpe besteht aus Wasserleitungen, die durch Bohren oder Aufschrauben sabotiert werden können, und einem Elektronikteil, der sich als Ziel für Brandsätze anbietet. Die Elektronik besteht meist aus einem kleinen

Fahrzeug von Thyssen-Krupp, DB Schenker, Dr. House und Wisag. Dies ist zu verstehen als Angriff auf den Immobilienhai Padovizc (Liebig 34) und die Feinde der Menschen in Rojava. **22.01.:** Nach der Räumung des Black Triangle brennen drei DB Autos in Leipzig. Januar: Nazikarre in Rostock brennt. **24.01.:** In Lorraine, Schweiz, wird ein Auto der Baufirma Implenia abgefackelt. Dies geschieht im Kontext des Kampfes gegen das Bässlergut in Basel und in Solidarität mit den Basel 18. **26.01.:** Die DGH brennt ein Strohlager in Denizli nieder. 26.01.: Auto mit AfD Werbung geht in

Stromkasten und der Pumpe. An vielen Stellen sind beide direkt zugänglich, höchsten durch einen Bauzaun geschützt, der sich leicht öffnen oder überklettern lässt. An einigen Stellen wurden die Pumpen, nachdem sie häufig überhitzten, allerdings in Container verlegt. Diese haben mit einem Brechisen oder Bolzenschneider leicht zu öffnende Türen (ist aber recht laut). Auch die metallenen Stromkästen sind so zu öffnen, oder, wenn sie mit Sichtfenstern versehen sind, einfach entglasbar. Ein einfacher Brandsatz, am besten mit Zeitverzögerung, genügt, um erheblichen Schaden an der freigelegten Elektronik zu verursachen. Dabei muss jedoch mit Vorsicht vorgegangen werden, da die Stromkästen teilweise Starkstrom führen!

Kameramasten können entweder mit einem Hammer zerstört (geringeres Repressionslevel, aber laut) oder ebenfalls durch das Grillen der Elektronik im unter der Kamera befindlichen, leicht zugänglichen Kasten sabotiert werden (Brandstiftung zusätzlich zu Sachbeschädigung, dafür zeitverzögert und leise) möglich. Dabei lohnt es sich, vorher den Kamerablickwinkel auszuscouten (auskundschaften) und aus dem toten Winkel der betreffenden Kamera(s) zu arbeiten.

Insgesamt sollte darauf geachtet werden, dass einige der Stationen Kameras, auch mit Nachtsichttechnik, haben, und versteckte Kameras durchaus möglich wären. Insofern sollten Menschen sich gut verummern, an Wechselkleidung denken, die einmalige Aktionskleidung loswerden, und darauf achten, keine Finger- (Handschuhe, mehrere Schichten) und Schuhabdrücke (Schuhüberzieher) zu hinterlassen. Securities patrouillieren das ganze Jahr über rund um den Tagebau, sodass es unabdingbar ist, Scouts zu positionieren, die rechtzeitig warnen können, und Fluchtwege vorher geplant und ggf. gegen Autos verbarrikadiert sein sollten. Auch eine kleine schnell geräumte Barrikade zwingt sie zum Aussteigen, das reicht zum Wegrennen.

Es kann sich lohnen mehrere Aktionen koordiniert gleichzeitig oder choreografiert durchzuführen, um Security und Polizei zu überfordern und dazu zu zwingen sich aufzuteilen. Zudem kann eine Ablenkung bei gut bewachten Zielen sinnvoll sein. Zu beachten ist aber, dass juristisch die Gefahr besteht, dass allen Beteiligten (samt Ablenkungsaktion) auch die anderen Aktionen zur Last gelegt werden können, wenn ein sogenannter ‚Tateinhergang‘ (gemeinsame Planung) konstruiert werden kann.

Statt an die Herrschenden zu plädoyieren, auf Wahlen und Petitionen zu hoffen, wollen wir offensiv in Aktion

gehen und für eine andere Welt kämpfen. Dabei haben wir den Anspruch, über symbolische Aktionen hinauszugehen und mit direkten Aktionen in das Geschehen eingreifen. Auch wenn das sicherlich nicht immer gelingt, halten wir diesen für einen sehr viel realistischeren Ansatz als zu erwarten, dass die, die von den menschenfeindlichen kapitalistischen Zuständen profitieren, an diesen etwas ändern würden. Der Staat setzt gewaltvoll die Profitinteressen von großen Konzernen auf Kosten der Umwelt und des Klimas und somit auf Kosten unser aller Lebensgrundlage, durch. Das einfach hinzunehmen ist für uns keine Option. Wir werden nicht weiter tatenlos zusehen.

Dass heute Braunkohle und Klimagerechtigkeit zu so wichtigen Themen geworden sind, liegt nicht - wie vielfach behauptet - an den Massenaktionen sogenannten zivilen Ungehorsams, sondern an den vielschichten und sehr diversen Aktionen gegen Braunkohle in den letzten Jahren. Nur durch die Offenheit und Solidarität gegenüber allen Formen unseres Widerstands von bürgerlich bis radikal, künstlerisch und / bis militant, konnte das Thema so an Fahrt aufnehmen und genug Druck entstehen, dass wir nicht länger einfach ignoriert werden können.

Wir bleiben widerständig und werden uns auch weiterhin nicht in das bürgerliche Bild vom „guten“ Widerstand einfügen lassen. Und das ist gut so. Denn wer sich an diese Normen der politischen Partizipation anpasst, verliert jede Handlungsmöglichkeit, wird Teil des Systems und somit Teil des Problems.

Mehr Infos zu den Kämpfen rund um den Hambacher Forst auf dem Hambi Blog und Tips und Tricks zur Sabotage auf der Chronik, Militanz Blog, in der PRISMA Broschüre, Anarchist Cookbook (nach neueren überarbeiteten Versionen suchen), Radikal, etc. Informationen rund um Sicherheit bei Aktionen findet ihr auch zum Beispiel im Heftchen Informationssicherheit für Aktivist*innen des ABC Dresden und in der Luchs Broschüre zu Überwachung.

Dabei aber unbedingt auf eure technische Sicherheit beim Lesen achten! Also am besten Tails in toram Modus (Tails System, Benutzungs Anleitung) nutzen oder zumindest den Tor Browser***

In die Offensive gegen Braunkohle, Klimazerstörung und Kapitalismus.

Lasst uns RWE und der Polizei ein heißes neues Jahr bereiten!“

anonym

Leipzig in Flammen auf. 28.01.: In Kocaeli zündet die DGH ein Immobilienbüro an. 28.01.: Die DGH fackelt eine Alkoholfabrik in Istanbul ab. Sachschaden: 1 Million Lira. 28.01.: In Mersin brennt eine Autofabrik aus. Die DGH bekennt sich zu dem Anschlag. 28.01.: Farbe und Steine gegen Bundeswehr Karrierecenter in Nürnberg. 29.01.: In Rostock wird ein Geldautomat abgebrannt. 29.01.: In Istanbul legt die DGH Feuer in einem Recyclinghof. 29.01.: In Wien wird ein Baufahrzeug auf einer Implanen Baustelle in Brand gesetzt in Solidarität mit den Basel 18 und ein Auto

Feuer und Flamme für Klimakiller

Dokumentation: „In den frühen Morgenstunden des 1. Februar 2019 hat eine Aktionsgruppe erfolgreich zwei Stromkästen der RWE Power AG am Rande des Braunkohletagebau Hambach (NRW) sabotiert. Mit zuvor präparierten Brandsätzen sollte die Elektrik der Stromkästen irreparabel beschädigt werden und ein Kabelbrand ausgelöst werden. Mithilfe der Kästen rund um den ca. 8x6 km großen Tagebau wird das Grundwasser im gesamten Bereich sowie im Umland auf etwa 450 m Tiefe abgepumpt - mit verheerenden Schäden für Flora und Fauna, so auch den direkt angrenzenden verbliebenen Teil des Hambacher Waldes, ein wertvoller jahrtausende alter Wald, der zahlreiche seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten beheimatet.

Mit dieser Aktion sollen der Infrastruktur von RWE nicht nur ein direkter Schaden zugefügt werden, sondern auch immer wieder Kosten für Reparaturen und Ausfälle entstehen. Auch werden mit fortwährenden Aktionen Security und Bullen vor Ort auf Trab gehalten und unserem Widerstand gegen den Umgang mit Klima, Wald und dem inzwischen siebenjährigen anarchistischen Besetzungsprojekt Ausdruck verliehen. Wir lassen uns auch von

zunehmender Repression nicht einschüchtern und lassen uns nicht von „politischen“ Lösungen für Klimakrise und Naturzerstörung überzeugen. Wie durch die kurz zuvor veröffentlichten „Ergebnisse“ der CO2hlekmission erneut bestätigt wurde. Wir fordern:

- Freiheit für #FreeEule, die letzten drei Gefangenen der #lausitz23 und alle weiteren Gefangenen!
- Solidarität mit der Besetzung im Hambacher Forst!
- den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle und
- ein Ende der gewaltvollen Ausbeutung unser aller Lebensgrundlage - Klimagerechtigkeit jetzt!

Die Aktion fand im Kontext zahlreicher militanter Aktionen rund um Braunkohle und den Tagebau Hambach in den vergangenen Jahren statt, mit denen wir uns solidarisch erklären.“

anonym

FREE EULE!

Kurzer Prozess mit radikalem Klima-Aktivismus

Vom Prozess am 18. Februar gegen Eule

Das Amtsgericht Kerpen will an diesem Tag alles richtig machen: wenn das dortige Provinzgericht schon einmal in der medialen Aufmerksamkeit steht, dann wird ganz professionell das ganze Programm aufgefahren, das für so einen wichtigen Anlass vorgeschrieben ist: Diverse Wannens und bewaffnete Cops mit schuss sicheren Westen demonstrieren vor dem Gerichtsgebäude, dass hier heute offensichtlich etwas ganz besonders Gefährliches im Gange ist. Und in der Tat: das ausgemachte Böse sammelt sich vor dem Gericht zum solidarischen Prozessbesuch in Gestalt vieler Menschen, alt und jung, die gut gelaunt an der Eingangskontrolle warten: Heute soll Eule raus!

Schon am Eingang erste langwierige Taschenkontrollen. Ein Bullenaufgebot empfängt die Prozessbesucher*innen auch im Treppenhaus. Vor dem Gerichtssaal werden dann die Ausweise sämtlicher Besucher*innen kopiert, Taschen durchsucht. Die gesamte Prozedur beginnt natürlich von vorn, sollte mensch den Saal nach Verlassen wieder betreten wollen.

Wohlgemerkt findet dieser ganze Aufwand lediglich für den Vorwurf des „tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ und „versuchter gefährlicher Körperverletzung“ statt.

Der 18.2. ist der zweite Prozesstag. Auch heute ist der Saal voll besetzt. Bereits der erste Tag gehörte ganz dem Bullengeschwätz. Wir hören weitere fünf Bullen: drei BFEs und zwei SEKs, letztere treten maskiert mit schwarzen Hassis ein und sind bei Entmummung mit einer Dialeinwand und einem Sichtschutz mit Rüschen provisorisch abgeschirmt vom lauthals lachenden Publikum.

Die stundenlangen Bullenberichte beschreiben minutiös die Situation der Festnahme bis zur Einlieferung Eules in die U-Haft: Es ist der 26.9., ein Tag der Räumung des Hambacher Waldes, heute ist der Kleingartenverein dran, das SEK will Eule aus ihrer Hängematte holen. Spätestens jetzt ist aus Sicht der Cops der Spaß vorbei: Wenn schon besetzen, dann aber bitte friedlich, sobald die Polizei eingreift. Mit perfider Masche war das Baurecht bemüht worden, um politisch Unternehmensin-

der Restaurantkette Kent brennt, die das faschistische Regime in der Türkei unterstützt.29.01.: In Denizli wird von der DGH eine Plastikfabrik abgefackelt. 29.01.: In Rostock werden vier DB Autos abgebrannt aus Solidarität mit dem Black Triangle. Die Deutsche Bahn ist der führende Logistik Partner für die NATO und verantwortlich für den Transport von Kriegsnachschub an Deutsche Truppen und ihrem Partner das faschistische türkische Regime. Die Deutsche Bahn profitiert somit direkt am Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung und den Kampf gegen die Volksverteidi-

teressen (=) Regierungslinie durchzusetzen und sämtliche „baulichen Strukturen“ im Wald zu räumen.

Dumm nur, dass die Besetzer*innen so überhaupt nicht gehorsam sind. Statt sich dem Bullenzugriff zu fügen, widersetzt sich Eule sämtlichen Maßnahmen und behauptet sich auf diese Weise entschlossen gegen die ununterbrochenen Zwangsmaßnahmen der Staatdiener in Uniform. Es ist widerwärtig, die Aussagen der Cops anzuhören: Sie berichten, wie Eule von mehreren Beamtinnen aus dem Wald geschleift wird und die Handgelenke mit Kabelbindern fixiert werden. Man legt sie dann gefesselt auf den Boden. Auf ihre Gegenwehr hin stellt man ihre Beine ruhig, ein Fuß wird einfach draufgestellt, später setzt sich gar eine Bullette auf sie. Hier soll Eule versucht haben, zu treten. Daraufhin wird sie auf den Bauch gedreht, die Beine ebenfalls fixiert: ruhig gestellt. Die Tortur wird in U-Haft fortgeführt.

Nach den Cops kommt der Richter an die Reihe: Er liest unter anderem Arztberichte vor, es können Alkohol und Cannabis im Blut nachgewiesen werden. Abgesehen davon, dass Eule sich auch diesen Untersuchungen widersetzt hat und daher die Ergebnisse mager sind, kommt die intendierte Message klar rüber: Die Angeklagte ist nicht ganz normal, besagt das Psychogramm. Und dazu - Skandal - trinkt und kifft sie manchmal auch noch.

Da Eule ihre Identität nicht preisgibt, wird sie zudem von mehreren Personen zugleich „nach Tätowierungen untersucht“. Im Klartext: sie wird gegen ihren Willen gewaltsam ausgezogen. Auch Fingerabdrücke sollen genommen werden: Aber nicht mit Eule.

Die Staatsanwältin wird später aus den Arztberichten und Eules ungebrochener Gegenwehr ihr Plädoyer für ein Jahr Jugendhaft halten, für eine junge Person, die ihr zufolge schädliche Neigungen besitzt und aus der ihr zufolge auch für alle Zukunft nichts mehr werden wird: keine Besserung in Sicht, Eule würde im ähnlichen Falle wieder genauso handeln. Dies sehen Richter und die staatstreuen Schöffen genauso: Eule bekommt neun Monate Jugendhaft.

Es ist völlig unerheblich, ob die Aussagen der Cops über einen angeblichen Tritt im Detail voneinander abweichen. Hier wird nicht eine einzelne vermeintliche „Tat“ verurteilt, sondern Gesinnung und entschlossenes und unversöhnliches Verhalten. Wer die herrschende Klimapolitik nicht nur beklagt, sondern konsequent die Systemfrage stellt, der kriegt vom Staat auf die Fresse. Wer sich dann auch noch nicht friedlich festnehmen lässt und die Personalienabgabe verweigert, gegen diejenigen Menschen wird mit Gewalt und harten Strafen vorgegangen. Untermauert wird das Ganze mit psychologischer Expertise: verhaltensauffällig und gewalttätig, schlechte Prognose für die Zukunft.

Wir wünschen uns, dass Eule sich niemals „bessern“ wird, sondern widerständig bleibt ebenso wie viele andere ungenannte Personen! Und möge mit den Demonstrant*innen der Fridays for Future bereits die nächste widerständige Generation heranwachsen!

Post für Eule:

Unbekannte Person Aachen 8, JVA Köln, Rochusstraße 350, 50827 Köln

Feuer gegen ThyssenKrupp, DB Schenker, Dr. House und Wisag – Kämpfe verbinden

Dokumentation: „Wieder einmal stehen nicht diejenigen mit dem Rücken zur Wand, die es verdient haben. Die Politik gefällt sich in der Rolle des Moderators zwischen Padovicz und der Liebig34 und Padovicz gefällt sich in der Rolle als einflussreicher Großkapitalist, der ein paar aufsässige Mieter*innen und Besetzer*innen drangsaliert. Diejenigen, die im Friedrichshainer Nordkiez eine Keimzelle für ein besseres Leben sehen, stehen da wie immer. Hinter ihnen nichts als die Wand. Da ist keine starke, helfende Hand und auch kein Ausweg.“

Wenn etwas dazugewonnen wurde in den letzten Jahren der Rebellion gegen die Stadt der Reichen, dann ist es

nur der Mut, trotzdem zu kämpfen. Und die Zuversicht, dass die autonom Kämpfenden Seite an Seite mit vielen Anderen stehen, die in einer ähnlich miserablen Lage sind. Zum Beispiel Seite an Seite mit vielen Berliner Mieter*innen. Oder mit der Bevölkerung in Rojava. Wir alle haben die Wahl: Assimilierung oder Konspiration. Militärisch werden die Schweine so oder so immer gewinnen. Und die, die gewinnen, werden immer die Schweine sein. Deswegen ist unser Ziel auch kein militärische Sieg sondern die Zersetzung der Macht, die Subversion.

Die Idee, den Staat mit Gewalt zu bekämpfen und dabei Orte, Momente der Freiheit zu schaffen ist trotzdem Teil

gungseinheiten der YPG / YPJ. **29.01.:** In Leipzig gibts Feuer in zwei Kabelschächten der DB. **30.01.:** In Denizli wird eine Minibus von der DGH flambiert. **30.01.:** Glasbruch und Farbe bei AfD Veranstaltungsort in Ludwigsburg. **31.01.:** Die DGH brennt in Istanbul eine Mehlfabrik nieder. **31.01.:** Wieder Scheiben bei Papercuts in Berlin eingeschlagen. **31.01.:** Der ehemalige SS Mann Karl Münter kriegt Besuch von zwei antifaschistischen Postbot*innen. Der 96-Jährige Nazi hatte Panorama 2018 ein Interview gegeben, das in Frankreich Empörung auslöste. Darin verteidigte Münter

unserer Strategie. (Materieller) Schaden ist notwendig, als Schrecken im Häuserkampf, für die Unruhe in den staatlichen Territorien. Es ist jedoch eine besondere Herausforderung, dass der vielschichtige soziale Krieg nicht in eine einfache militärische Auseinandersetzung zweier Lager transformiert wird. So wie der türkische Soldat ein Prolet sein kann, kann die Hausbesetzerin einen deutschen Pass besitzen. Darum ist unsere Parole immer noch „Krieg dem Krieg“!

Doch was spielt das für eine Rolle? Wir agieren nicht als militärischer Arm der Liebig34 oder der YPG/YPJ. Wir sind keine Dienstleistung, abrufbar in einem Moment der Enge. Wir verbünden uns mit denjenigen, bei denen wir den gleichen Hass, den gleichen Drang nach Zerstörung des Bestehenden, den gleichen unbändigen Wunsch nach einem würdevolleren Leben für die Menschen verspüren. Oder mit denjenigen, die uns die Hoffnung geben, dass doch nicht jegliche Menschheit verrotten ist, die plötzlich den Glanz der ganz persönlichen Rebellion gegen die tägliche Unterdrückung in den Augen blitzen lassen, vollkommen unerwartet. Statt den Aufbau einer Gegenmacht und Militarismus befürworten wir den wahrhaft revolutionären, geduldigen Charakter, der den Aufstand und die Rebellion verinnerlicht und alltäglich praktiziert. Daher sehen wir das Einstimmen militanter Gruppen in Kampagnenpolitik als kritisch, falls diese grundlos wieder auslaufen und nicht Basis weitergehender kontinuierlicher Praxis sind, so wie es bei Fight4Afrin der Fall war, während in Kurdistan die Gefechte täglich weitergehen.

Wir stehen für den fortdauernden Angriff auf die Feinde der Freiheit, unabhängig von militärischen Logiken wie einer Mäßigung der Türkei durch die Anwesenheit der US Truppen oder runden Tischen der Politik. Unsere volle Solidarität gilt den Menschen in Rojava. Danach erst kommt die kritische Solidarität für die YPG/YPJ als Schutzmacht dieser Menschen, deren Legitimität wir weder anzuzweifeln noch zu untermauern wagen, deren hehre Ziele wir jedoch für glaubhaft halten. Genauso wenig wie die militärischen Kampagnen in Kurdistan berühren die Verhandlungen der Liebig 34 mit Padovicz oder Florian Schmidt die Ausrichtung unserer Angriffe.

Mit einem Brandanschlag auf einen Transporter der Fahrzeugflotte von Dr. House am 16. Januar 2019 in Pankow unterbreiten wir den Vorschlag, den Kampf gegen Padovicz durch massive Angriffe auf sein Firmenkonsortium

und sein Eigentum zu verschärfen. Die Aktionen sollten sich dabei in erster Linie auf den Kampf im Friedrichshainer Nordkiez und in der Rummelsburger Bucht beziehen, um nicht die diversen Auseinandersetzungen von Hausgemeinschaften mit Padovicz ungefragt zu vereinnahmen. Bei Angriffen auf die Liebig34 befürworten wir Reaktionen mit erheblichem Sachschaden. Padovicz und Schmidt sollen sich an uns die Zähne ausbeißen!

Mit Brandanschlägen auf je ein Fahrzeug von ThyssenKrupp (14. Januar Prenzlauer Berg), DB Schenker (15. Januar Lichtenberg) und Wisag (21. Januar Lichtenberg) rufen wir dazu auf, sich durch Bezugnahme zwischen den verschiedenen globalen sozialen Kämpfen gegenseitig zu stärken und nicht in vermeintlichen Teilbereichen stecken zu bleiben. ThyssenKrupp und DB Schenker wurden als Profiteure der türkischen Aggression in Rojava getroffen, die Sicherheitsfirma Wisag ist an der Vertreibung von Obdachlosen in der Rummelsburger Bucht zu Gunsten der Investitionen von Padovicz dort beteiligt.

Die Phrase der Solidarität und des gemeinsamen Kampfes wird nur dann praktisch, wenn sie sich auch in der Radikalität unserer Brüche mit den herrschenden Verhältnissen ausdrückt. Die autoritären Regime sollen den Zorn der Menschen fürchten, die Eliten Angst vor unseren Straßen haben, ihre Bullen und Materialien in Flammen aufgehen!

Kämpfe verbinden!

Padovicz, Schmidt und Bullen raus aus unseren Straßen!

Solidarität mit Rojava!

Orte der Freiheit schaffen und gemeinsam verteidigen!

Autonome Gruppen – Zelle „Soledad Casilda Hernández Vargas“

P.S.: So geht eine Woche der Brände in Berlin zu Ende. Außer den vier zuvor genannten, zu denen wir uns ausschließlich bekennen, brannte es auch gestern beim Ordnungsamts in Neukölln. Nach den Übergriffen der letzten Tage gegen Obdachlose und den Razzien gegen als Clanmitglieder stigmatisierte und zur Jagd freigegebenen Menschen finden wir das Feuer aber genau die passende Antwort.“

die Massaker seiner 1. SS-Panzer-Division „Leibstandarte SS Adolf Hitler“ in der Nacht auf den 2. April 1944 im nordfranzösischen Dorf Ascq bei Lille. Münster wurde an einen Stuhl gefesselt und es wurden Weltkriegserinnerungen persönliche Aufzeichnungen und Bargeld entwendet. **01.02.:** In Istanbul steckt die DGH ein Möbelatelier in Brand. **01.02.:** In Berlin gibts Angiffe gegen einen Amazon Transporter und das Amazon Development Center Germany **01.02.:** Am Tagebau Hambach werden zwei Stromkästen von RWE mit Feuer sabotiert. Freiheit für Eule, die letzten

Solidarität mit dem geräumten Projekt ADM in Amsterdam

Am 07. Januar 2019 wurde in Amsterdam der Freiraum und Wagenplatz ADM geräumt. Trotz eines noch laufenden Gerichtsverfahrens zwischen den Nutzer*innen und dem Eigentümer wurde die Räumung von der Stadt Amsterdam angeordnet und durchgesetzt. Nachdem alle Bewohner*innen „entfernt“ worden waren, begannen die Bagger mit dem Abriss der Bauten und Hallen, die auf dem Gelände standen. Damit hat der Kampf zwischen der niederländischen Regierung und der Kraaker Bewegung einen traurigen Höhepunkt erreicht und reiht sich ein in die Angriffe auf selbstverwaltete Projekte, die in ganz Europa stattfinden.

Wir sind fassungslos und wütend, aber nicht überrascht über dieses rücksichtslose Vorgehen von Politik und Polizei!

Das ehemalige Werftgelände war seit 1997 besetzt und diente als Wohnort, Kunst-, Kultur- und Begegnungsstätte, Werkstatt und Experimentiermöglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens jenseits gängiger gesellschaftlicher Vorstellungen. Alljährliches Glanzlicht war hier das ADM-Festival, wo gegen Spende Tausende von Besucher*innen Kunstinstallationen, Performances, neueste DIY-Erfindungen und verschiedenste Musik bestaunen und erleben konnten.

Die Räumung des ADM zu diesem Zeitpunkt fügt sich ein in die sich verschärfende Lebenssituationen in europäischen Großstädten. Diese Zustände sind politisch gewollt. Seit 2010 ist das Besetzen von Häusern auch in den Niederlanden verboten. Es ist kein Geheimnis, dass Amsterdam ein gravierendes Wohnungsproblem hat. Die

dortige Wohnsituation zeichnet sich bereits seit Jahren vor allem durch überbezahlte Mieten für kleinsten Wohnraum aus. Gleichzeitig wird dieser in Hostels, Standorte für Unternehmen und Industrie und Ferienwohnungen umgewandelt und alteingesessene Einwohner*innen an die Peripherie gedrängt. Die Folge dieser neo-liberalen, gewinnorientierten Wohnraumpolitik ist eine überfüllte Stadt, die sich nur noch die wenigsten leisten können.

Das nehmen wir so nicht hin. Solidarität mit den Bewohner*innen und Aktivist*innen von ADM. Wir wünschen euch viel Kraft und verliert nicht den Mut für ein selbstbestimmtes, besseres Leben einzustehen.

All diejenigen, die nicht bereit sind, sich dem Drang nach Standort-Aufwertung zu beugen, sind mehr denn je aufgefordert, sich diesem durch die Wiederaneignung des öffentlichen Raumes entgegenzustellen.

Wir werden weiterhin Widerstand leisten, wenn neo-liberale staatliche Politik, subkulturelle und widerständige politische Praxis im öffentlichen Raum bedroht. Wir nehmen das Recht auf Selbstbestimmung in die eigenen Hände.

Talk is over, Action is on!

Solidarität mit allen bedrohten emanzipatorischen Projekten und ihren Nutzer*innen weltweit. Der öffentliche Raum gehört uns allen!

Rote Flora im Januar 2019

Die Klinika in Prag wird geräumt

Freitag, 11. Jänner 2019, 11h. Die Räumung des Autonomen Zentrums Klinika in Prag war für Donnerstag, 10. Jänner, angesetzt. Allerdings war das Ganze am Freitag, 11. Jänner, noch nicht vorbei, und die Klinika (ehem. Lungenklinik) atmete noch. Freitag Vormittag besetzten einige Leute noch immer eine Plattform auf dem Dach.

Wir haben vor Ort mit einem Aktivist*innen gesprochen:

Der Kontext: Die Strategie der Behörden in Bezug auf diese Räumung unterscheidet sich von vorherigen Räumungen in Prag. Üblicherweise führen die Bullen die

Räumung durch. Diesmal wurde ein Gerichtsvollzieher („exekutor“) geschickt, und eine private Security-Firma, die ihr Personal aus Fascho-Hooligans zu rekrutieren scheint, setzt sie durch.

Das Gelände ist im Besitz der Staatlichen Eisenbahnverwaltungsagentur (SŽDC). In den vorhergehenden Verhandlungen, zeigte sich die SŽDC zunächst kooperativ und äußerten die Bereitschaft, das Gelände dem Kollektiv zur weiteren Nutzung zu überlassen, sofern die Stadtverwaltung ihre Zustimmung gibt. Diese allerdings stellte die Kommunikation im Dezember 2018 ein.

drei Gefangenen der #lausitz23 und alle weiteren Gefangenen! 01.02.: Farbe und Steine gegen brasilianische Botschaft in Berlin. 02.01.: Ein Auto fällt der DGH in Denizli zum Opfer. 02.02.: In Manisa wird ein Restaurant von der DGH abgefackelt. 02.02.: Eine Million Euro Sachschaden für die Räumung des Black Triangle in Leipzig. Auf einer Baustelle der DB brennen fünf Baufahrzeuge. 03.02.: In Izmir flambiert die DGH eine Teppichwaschanlage und ein Schuhwerk. 03.02.: Die DGH fackelt in Istanbul ein Möbelhaus ab. 03.02.: In Barsinghausen werden zwei AfD Autos

Vor der Räumung hatte die Stadtverwaltung ihre Befürchtungen geäußert, dass der Widerstand der Klinika gegen die Räumung durch einen Gerichtsvollzieher überschwappen und auch andere Menschen dazu inspirieren könnte, sich ebenfalls zu wehren. Schließlich sind viele Leute von Zwangsräumungen und Konfiszierung ihrer persönlichen Sachen durch Gerichtsvollzieher betroffen, was die Klinika-Räumung mit breiteren sozialen Kämpfen verbindet.

Die Räumung im Jänner unterscheidet sich auch von vorherigen Situationen, in denen die Klinika geräumt und umgehend wiederbesetzt wurde, da ihr ein negatives Gerichtsurteil vorangeht. Angesichts des Ernstes der Lage brachten Aktivist_innen den Großteil der Einrichtung im Vorhinein aus dem Gebäude, damit sie nicht vom Gerichtsvollzieher konfisziert werden kann und die Leute Gebühren zahlen müssen, um ihre Sachen wieder zu bekommen.

Vor diesem Hintergrund entschlossen sich die Besetzer_innen taktisch zu einem Aktionskonsens des „gewaltfreien und passiven Widerstands“ gegen die Räumung.

Die Nacht vor dem angesetzten Räumungstermin am Donnerstag, 10. Jänner, 10 Uhr, verbrachten viele Leute in der Klinika. Besetzer_innen und Unterstützer_innen versammelten sich Donnerstag Früh um 9h zu einem Frühstück im Haus. Um 10h tauchte der Gerichtsvollzieher auf, begleitet von Security-Typen und Bullen. Die Strategie für Donnerstag war mit einer kritischen Masse an Leuten im Haus zu bleiben, was gut funktionierte.

Nachdem der Gerichtsvollzieher das Gebäude betreten hatte, drangen die Schlägertypen von der Security-Firma ebenfalls ein und okkupierten die Hälfte des Hauses. Sie verbarrikierten die Fenster in diesem Teil und schweißten den Hinterausgang zu. In der anderen Hälfte des Hauses waren immer noch Leute präsent. Am Donnerstag Nachmittag wurde die Räumung auf den folgenden Morgen verschoben, was ein kleiner Erfolg für die Besetzer_innen ist.

Seit früh am Donnerstag befinden sich einige Aktivist_innen auf einer Plattform auf dem Dach der Klinika und verteidigen den Raum mit ihrer Präsenz. Während sie dort sind, kann die Räumung nicht abgeschlossen werden. Am Freitagmittag waren diese unpackbar coolen und

entschlossenen Leute noch immer bei Minusgraden da oben, geschützt nur von ein paar Plastikplanen.

Am Donnerstag Nachmittag wurde etwas abseits eine Person von ziemlich aggro auftretenden verummten Zivi-Cops wegen eines abgelaufenen Passes festgenommen und einige Stunden später wieder freigelassen. Einer der Zivi-Cops trug ein bezeichnenderweise ein Thor-Steinar-Shirt.

Am Donnerstagabend verstärkten die Bullen ihre Präsenz in den Straßen um die Klinika. In der Nacht gab es ein Konzert mit Hip Hop und Hardcore-Acts, und die Securitys setzten im Haus Pfefferspray gegen die Leute ein. Um die 30 Leute verbrachten die Nacht in der Klinika.

Um 8h am Freitagmorgen blockierten die Secus den Haupteingang, so dass Genoss_innen sich nicht den Besetzer_innen anschließen konnten. Die Leute drinnen entschieden, dass es nicht klug wäre zu bleiben nachdem der Gerichtsvollzieher um ca. 10h erneut aufgetaucht war, denn das wäre als Straftat gewertet worden. 30 Leute, die deswegen einfahren, wäre eine übermäßige Belastung an Repression gewesen.

Nachdem die Leute raus kamen, gingen sie gemeinsam mit draußen wartenden Unterstützer_innen auf den Hügel hinter dem Gelände, um in Seh- und Hörweite der Leute auf dem Dach zu sein. Der nächste Schritt mit Stand Freitag, 11h, war von dort aus moralischen Support für die Aktivist_innen auf dem Dach zu zeigen. (Bei früheren Räumungen harrten Leute bis zu 7 Nächte auf dem Dach aus – im Winter.)

Als weitere Einschüchterungsmaßnahme drohte der Gerichtsvollzieher, dem Kollektiv die Kosten für die Zerstörung ihres Autonomen Sozialen Zentrums aufzubrummen. Dabei war die Rede von 4.000 bis 24.000 Euro.

Weitere Infos gibt's auf <https://klinika.451.cz/> und den Social-Media-Accounts der Klinika.

„They can evict us from this house, but they cannot evict our ideas.“ (Ein_e Aktivist_in in der Klinika).

In Prag stehen 7000 Häuser leer.
Naší zbraní je solidarita!
Solidarität ist unsere Waffe!

Rheinmetall Entwaffnen!

Vom 1. bis 9. September 2019 wird es ein weiteres Camp unter dem Motto „Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier“ in Unterlüß (zwischen Celle und Uelzen in Niedersachsen) geben.

Haltet euch die Zeit frei, macht mit, erzählt es allen, damit wir gemeinsam und entschlossen gegen den größten deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall, gegen Krieg und Unterdrückung kämpfen können. Rheinmetall produziert

demoliert. 04.02. Auto von AfD-ler wird in Lüneburg tiefergelegt. 04.02.: Ein weiteres Auto brennt nach Einwirkung der DGH in Denizli. 04.02.: In Berlin brennen zwei Autos des DB carsharing Unternehmens Flinkster. Riseup4Rojava! 07.02. In Hamburg gibts Glasbruch auf der gesamten Länge eines ICEs. Ein Angriff auf die DB als Auftraggeberin der Räumung des Black Triangle, als Partnerin bei der militärischen Logistik der Bundeswehr und NATO und gegen den massiven Einsatz von Überwachungstechnologien und rassistischen Kontrollen. 07.02.: Amazon Transporter brennt

vor Ort Granaten und Panzer. Die Waffen des Unternehmens sind weltweit am Morden beteiligt. Über Tochtergesellschaften im Ausland schafft es Rheinmetall sogar die wenigen bestehenden Rüstungsexportregeln zu umgehen und seine Erzeugnisse auch in Kriegs- und Krisenregionen zu verkaufen. Deutsche Waffenschmieden machen Profite, indem sie ihre Produkte zum Beispiel an beide Parteien im Jemenkrieg verkaufen.

Währenddessen droht der türkische Diktator Erdogan mit einem Angriff auf das demokratische Projekt Rojava in Nordsyrien. Mit Leopard-2-Panzern aus deutscher Produktion war die Türkei im vergangenen Jahr in Afrin eingefallen. Die Bilder gingen um die Welt. Die türkische NATO-Armee zerschlägt gesellschaftliche Strukturen, die sich in den letzten Jahren in den Bereichen Frauenbefreiung, Basisdemokratie und Ökologie richtungsweisend organisiert hatten.

In Zusammenarbeit mit dem türkischen Regime strebt Rheinmetall den Bau einer Munitionsfabrik und die Produktion von Panzern in der Türkei an. Rheinmetall baut eine Fabrik für Fuchs-Radpanzer in Algerien. Diese Auflistung ließe sich lange fortsetzen.

Rheinmetall-Aktionärsversammlung am 28. Mai 2019 in Berlin

Es gab bereits eine Reihe von Aktivitäten gegen Rheinmetall und die werden sich im laufenden Jahr steigern:

Proteste anlässlich des Gerichtsprozesses in Berlin gegen Aktive von #Rheinmetall-Entwaffnen, der für Montag 18. März terminiert ist. AgitProp während der Rheinmetall-Aktionärsversammlung am Dienstag 28. Mai vor dem Maritim-Hotel in Berlin, Aktionen an dem von Rheinmetall betriebenen Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Colbitz-Letzlinger Heide und an Rheinmetall-Fabriken. Ein Höhepunkt wird das #RheinmetallEntwaffnen-Camp im Spätsommer in Unterlüß (Südheide) sein.

Das Camp beginnt offiziell am Antikriegstag, dem 1. September – der in diesem Jahr ein Sonntag ist. Wer schon früher anreisen und beim Aufbau helfen möchte, ist herzlich willkommen.

Im vergangenen Jahr kam es am letzten Camp-Tag, am Montag, zu einer Blockade der Zufahrtsstraße zum Neulüßer Rheinmetall-Werk durch die der Betriebsablauf und vor allem Anlieferungen verzögert werden konnten. Allein die Aktionsankündigung im Vorfeld hatte auch schon einen gewissen Effekt, denn Rheinmetall forderte die eigenen Mitarbeiter*innen zum Urlaub auf und minierte den Betrieb. Das ist noch steigerbar. Aber dafür brauchen wir noch dich und dich.

Beteiligt euch an den Protesten. Antimilitaristisch campen.

<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org>

LKWs der Bundeswehr abgefackelt

Dokumentation: „Anlässlich der Nato-Sicherheitskonferenz in München haben wir in der Nacht zum 17.02.2019 in Bremen zwei Schwerlasttransporter der Bundeswehr abgefackelt. Wir zündeten beide Fahrzeuge an den vorderen Reifen an. Umstehende zivile LKW befanden sich in ausreichender Distanz.“

Die Zeichen stehen auf Krieg. Die Aufkündigung des INF-Abrüstungsvertrages und die Steigerung des Na-

to-Rüstungsetats sind nur zwei Anzeichen von vielen. Unsere Perspektive in Zeiten globaler Aufrüstung und militärischer Eskalation ist die praktische Abrüstung von unten. Gegen den globalen Wahnsinn militärischer und ökonomischer Unterdrückung setzen wir eine lokale Praxis direkter Sabotage.“

anonym

Offline Bytes Against Amazon

Dokumentation: „Mit Angriffen gegen den Amazon-Fuhrpark, einem Angriff auf das Amazon Development Center Germany in Berlin-Mitte und einer Drohgebärde gegen dessen Chef in Falkensee, Brandenburg, in den vergangenen Nächten wollen wir ein weiteres Zeichen setzen und uns in die bestehenden Kämpfe einreihen.“

Wir grüßen hiermit die Protestierenden am wohl zukünftigen Standort des Amazon Headquarters 2 in Queens, New York, wo sich Amazon nach einem krassen Städtewettbewerb Ende letzten Jahres für West Queens entschieden hatte, nachdem der Staat dem Konzern \$2.8 Milliarden Steuererleichterungen zugesichert hatte.

in Berlin. **10.02.:** Sachschaden am Haus von AfD-ler in Heidenheim. **10.02.:** Vier AfD-ler werden in Berlin auf dem Weg ins Kino angegriffen. **11.02.:** Scheiben klirren bei grünem Bezirksbürgermeister in Berlin. Dieser hatte sich positiv über das Vorgehen der Berliner Polizei gegen Obdachlose geäußert. **11.02.:** Steine Farbe für Zalando gegen Verdrängung in Berlin. **12.02.:** In Berlin wird ein Showcontainer von herzBerlin eingehämmert als Vorgeschmack auf jede weitere Räumung. **12.02.:** In Berlin wurden die Büros von rent24 und der Allianz-Versicherung angegriffen. Die

Solidarische Grüße auch an alle Anderen die sich gegen den Technologischen Angriff verteidigen! So also auch an die Arbeiter*innen, die direkt oder indirekt für den Konzern tätig sind und die in den letzten Jahren vielerorts (bummel-)streikten, Werkstore blockierten und demonstrierten.

Arbeit im disruptiven Kapitalismus

Die miserablen Arbeitsbedingungen und Amazons „Innovationen“ auf dem Gebiet der prekären Arbeitsverhältnisse sind bekannt. In den Logistikzentren, vom Konzern Fulfillment-Center genannt, gibt es permanente Kontrolle und „Optimierung“ der Abläufe. Von der Überwachung der Handscanner bis zur gegenseitigen Bewertung und dem bewussten Ignorieren von Sicherheitsstandards lastet auf den Arbeiter*innen ein enormer Druck. So lohnt es sich oft nicht mal in den Pausenzeiten den Weg zum Pausenraum zurückzulegen und Pausen zu verlängern kommt für Picker*innen und Packer*innen meist auch nicht in Frage. Jeder Handgriff und jeder Schritt im Lager wird haargenau überwacht.

Auch die meisten der 200 000 Paketzusteller*innen in Deutschland arbeiten unter miesen Bedingungen für diverse (Sub-)Unternehmen mehr oder weniger indirekt, aber auf jeden Fall sehr flexibel, für Amazon. Amazon Flex, heißt die App, mit der man sich als Scheinselbstständige*r den hoffentlich nächsten Lieferauftrag ans Land zieht. Die Route zur Zieladresse wird dann vorgegeben.

Bei Amazon Mechanical Turk, der ersten Klickworking Plattform, wurden sämtliche Arbeitsrechte umgangen. Auf der Plattform werden sogenannte Mikroaufgaben à z.B. 10 Cent vergeben. Beim stupiden Aussortieren unangemessener Inhalte oder beim Produktbewertungen schreiben werden dann Screenshots und Arbeitstempo aufgenommen.

(Arbeits-)kampf gegen die vierte Industrielle Revolution

Die Gewerkschaft ver.di führt derzeit für die 14 000 Arbeiter*innen aus 12 Logistikzentren einen bisher erfolglosen Tarifstreit.

Trotz „Union-Busting“, immensen Organisierungshindernissen und hoher Fluktuation der Belegschaft in den Lagern haben am Schnäppchentag „Black Friday“ 2017, nach ver.di Angaben, ca. 10% der Arbeiter*innen an sieben deutschen Lagerstandorten und jeweils an einem in Italien und Polen einen Streik organisiert. Dazu haben solidarische Leute und Gruppe versucht das Amazon-Prime-Logistikzentrum am Kurfürstendamm in der Berliner Innenstadt zeitgleich zu blockieren, leider ohne nennenswerte Verzögerungen zu verursachen.



Ralf Kleber, Amazon-Deutschland Chef, behauptete mal: „Wenn Glatteis ist, juckt uns das weit mehr, als wenn ver.di zum Arbeitskampf aufruft“.

Er hatte Recht, doch wieso können (lokale) Streiks nicht mehr den gewünschten Druck ausüben? Die Automatisierung der Lastenverteilung zwischen den Warenlagern über Landesgrenzen hinaus ermöglicht es Unterbrechungen, wie z.B. durch Streiks, so weit aufzufangen, dass die Lieferzeiten wie gewünscht sehr kurz gehalten werden und in der Öffentlichkeit jede Auswirkung des Streiks fast unsichtbar bleibt. Das Stören des reibungslosen Betriebs wird hier durch „intelligente“ Algorithmen erschwert bis unmöglich gemacht. Amazon ist Vorreiter auf dem Feld dieser Automatisierung, welche hier einen direkten Angriff auf die Arbeiter*innen und ihre Möglichkeiten des regulierten Arbeitskampfes darstellt. Doch trotz und gerade wegen dieser besorgniserregenden Entwicklungen ist es wichtig die Initiative zu ergreifen. Dass bisherige Streiks solchen Konzernen keinen ernstzunehmenden Schaden zugefügt haben, macht sie nicht überflüssig. Es zeigt eher, dass es notwendig ist mit größerer Vehemenz und „radikaleren“ Mitteln zu kämpfen, das könnte beispielsweise mehr direkte Aktionen heißen, wilde internationale Streiks und dafür eine internationale Vernetzung weiter voranzubringen. Sabotage und militante Interventionen (von außen) oder die Idee eines europäischen Generalstreiks wie es die Spanischen Genoss*innen vorschlagen (<https://makeamazonpay.org/2018/05/17/675/>) könnten da genauso andocken, wie Ideen für die Sabotage an den Algorithmen bzw. an dem Internet of Things durch falsch einsortierte Pakete oder ähnliches. Eine Kombination aus traditionellen und neuen Mitteln gegen die neue digitalisierte Arbeitswelt ist wahrscheinlich am vielversprechendsten im (Arbeits-)Kampf gegen ein disruptives Technologie-Unternehmen wie Amazon.

Die Amazonisierung der Welt

Amazon und Co stehen nicht nur für eine smarte Welt der Leiharbeit und Dienstleistungsgesellschaft in der immer

Aktion richtet sich gegen Verdrängung und die Beteiligung am Krieg in Kurdistan. **13.02.:** In Einbeck kriegen fünf Nazis aufs Maul. **15.02.:** In Leipzig wird das Auto eines AfD-lers abgefackelt. **15.02.:** Während der Sicherheitskonferenz in München brennt ein Bullenauto. **15.02.:** In Finsterwalde wird eine AfD-Bude eingehauen. **16.02.** Anlässlich der Sicherheitskonferenz in München werden zwei Bundeswehr LKW werden in Bremen abgefackelt. **16.02.:** In Berlin gibts Farbe und Steine gegen das Fraunhofer Institut für Nachrichtentechnik. Mit diesem Angriff schicken wir Grüße an die

mehr vormals dem Staat vorbehaltenen Aufgaben von Konzernen übernommen werden, sie sind viel mehr.

Zum Einen ist Amazon natürlich ein Online-Marktplatz auf dem Amazon der größte Händler sowie auch dessen Besitzer ist und dann Produkte, die sich gut verkaufen, selber herstellt. Ein cleverer Teil der Strategie vom ehemaligen Banker Jeff Bezos, der schon seit Anfang der 90er jeglichen Gewinn wieder ins Unternehmen steckte, somit Steuerabgaben vermied, auch in Krisenzeiten das Vertrauen an den Börsen weiterhin behielt und eine Umsatzsteigerung von 1,3 Milliarden in 2000 auf 48,7 Milliarden in 2017 allein im Onlinehandel erreichte.

Zum Andern ist Amazon im besonderen auch ein Kontrolleur und Alleswisser.

Es gehört zum Geschäftsmodell ausgewertete Daten von hunderten Millionen User-Profilen dafür zu nutzen Menschen (Produkt-)Wünsche zu implantieren und somit ein Stück weit das Denken zu bestimmen. Gemäß dem Prinzip: analysieren was du machst damit du dann das machst was du machst.

Berlin will sie haben!

Senat und Bundesregierung geht es darum, den Wirtschaftsstandort Deutschland auf dem Feld der Forschung zur Künstlicher Intelligenz (KI) konkurrenzfähig zu machen – natürlich mit dem Adjektiv ethisch vor KI. Dazu gehören Pläne des deutschen Forschungszentrums für KI für einen unternehmensübergreifenden KI-Campus in Berlin, um die Stadt zu einem „weltweiten Hub für KI“ zu machen. Seit kurzem gibt es u.a. ein KI-Zentrum von Rolls-Royce in Dahlewitz und auch im neuen Google-Standort Tucholskystraße soll ein Zentrum für KI gebildet werden.

Die grünen Wirtschaftssenatorin Ramona Pop schwatzt von einem „einzigartigen Innovations-Ökosystem“ aus universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Dafür sollen vom Staat weitere Milliarden an Fördergeldern locker gemacht werden, damit Deutschland in diesem Konkurrenzlauf nicht den Anschluss verpasst.

In der Krausenstraße, einer Parallelstraße der Leipziger Straße, gibt es auch so eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung. Das Amazon Development Center Germany an dem rund 500 Programmierer*innen schwerpunktmäßig an KI/maschinellen Lernen forschen, künstlichen neuronalen Netzen die so was wie Erfahrungswissen haben. Man kann auch von mit Massendaten gefütterten KI-Algorithmen sprechen. Denkende oder gar mit Bewusstsein ausgestattete Künstliche Intelligenz ist das aber zum Glück nicht.

Genauer wird dort der Kunden-die-sich-für-dieses-Produkt-interessierten-kaufen-auch-Algorithmus und die KI für den Sprachassistenten Alexa, die weltweit von allen Nutzer*innen ständig unbezahlt weiter trainiert wird, betreut.

Auch wird, wie oben beschrieben, das Logistiksystem weiter gegen Störungen immunisiert.

“Amazon arbeitet mit Algorithmen, die bei der Prognose für zukünftige Nachfragen helfen“, so würden auch Lagerbestand und die Personalausstattung gesteuert, wird der Chef in einem Interview zitiert. Wer aus der Reservearmee der Überflüssigen dann nach welchen Bewerber*innen-Eigenschaften eingestellt wird, wird dann selbstverständlich auch (sexistisch) von einem von Amazon entwickelten Algorithmus geklärt.

Intelligenter Kapitalismus

Die Forschung an KI und das Vorantreiben und Vermarkten von Alexa zielt auch auf verbliebene, bisher private, Lebensbereiche ab. Autos oder Lautsprecher, die nicht ständig zuhören und keine eingebaute Spracherkennung haben, dürften schon in ein paar Jahren rar sein. Der Alltag der Nutzer*innen solcher Sprachsteuerungen wird schon heute vermessen und die Eingaben auf unbestimmte Zeit gespeichert. Wer im Internet auf kleinen Bildern Straßenschilder oder Fahrzeuge identifizieren soll (sogenannte „Captchas“), trainiert KI für selbstfahrende Autos von Google.

Von welchem der Tech-Giganten diese Technologie auch immer vorangetrieben wird, im Kapitalismus sind die Vorzeichen klar: So wird die Leistung der trainierten Software schon jetzt an alle zahlende Kunden verkauft. Amazon bewirbt hier unter anderem die Zusammenarbeit mit dem US-Department of Defense, dem neben Software zur Gesichts- und Gegenstandserkennung auch unter der Marke Amazon-Web-Services Rechenkapazität und Speicher verkauft werden.

Dabei wird KI in den bestehenden Verhältnissen immer auch zur Unterdrückung des Widerstandes genutzt. Der Einsatz von Gesichtserkennungssoftware nach den Ausschreitungen beim G20 in Hamburg ist dabei wahrscheinlich nur ein Vorgeschmack.

Zukünftig droht eine von wenigen Konzernen gestaltete und gesteuerte Welt, denn wer einmal mit Hilfe unzähliger Sensoren in der Lage ist, jeden Winkel der Erde zu vermessen und jede Bewegung zu analysiert hat, hat auch die Macht die weitere Entwicklung der Gesamtgesellschaft zu beeinflussen.

Angeklagten und Gefangenen im Elbchausee-Verfahren und an den Anarchisten der in Zürich in U-Haft sitzt, weil er Infrastruktur von Bullen und Militär sabotiert haben soll. Ein „Fuck you“ geht an den Europäischen Polizeikongress. **20.02.:** Das Hamburger Wochenblatt kassiert Farbe und Steine. Dieses hatte wiederholt Werbung der AfD geschaltet. Für mehr Kanthölzer! **24.02.:** In Athen werden die nationale Versicherung und eine Bank eingehauen um die

Bei allen Ohnmachtsgefühlen bleibt klar, dass militante Aktionen weiterhin funktionieren werden, auch wenn die neuen Technologien es schwieriger machen. Es verkleinern sich die Spielräume. Diejenigen, die dies vorantreiben, können sich nicht der Mitverantwortung für Ausbeutung, Unterdrückung sowie totaler Kontrolle und Überwachung

entziehen. Die Farbe an seinem Wohnhaus in Falkensee soll ihn daran erinnern.

Lasst uns dafür Streiten, die Zukunft offen zu halten!“

anonym

Brandstiftung an Polizeirevier

Dokumentation: „Keine Worte der Rechtfertigung sind nötig für das, was einer Bullenwache in Berlin am Morgen des 27.02. widerfahren ist. Alle, die bereits einmal in Handschellen am Boden lagen, von den Bullen erniedrigt, sexuell belästigt, geschlagen, durch die Straßen gejagt, in den Knast oder Jugendarrest gesteckt wurden, verstehen unsere Sprache. Unser Feuer spricht zu denen, die verstanden oder gelernt haben, dass es immer eine Gefahr für Leib und Leben bedeutet, in die Hände des Staates zu fallen. Viele, die in Streifenwagen oder Bullenwachen gezerrt wurden, haben diese nicht mehr lebend verlassen.

Wir hoffen weder auf Gerechtigkeit, noch auf humanistischere Bullen. Stattdessen vertiefen wir unsere Feindbestimmung und ziehen einen Trennungsstrich, der der Qualität der sozialen Konflikte angemessen ist. Es gibt nichts zu diskutieren mit den Mördern und ihren Kollaborateuren. Auch nicht wenn sie sich alljährlich als Freunde und Helfer auf ihrem Polizeikongress präsentieren und gleichzeitig ihr Krieg gegen die Gesellschaft mit weiterer Aufrüstung intensiviert wird.

Nichts ist vergessen und wir sind nicht bereit zu vergeben. Anstatt die eigene Opferrolle zu zelebrieren, gilt es weitere Angriffe auf die Bullen zu organisieren und ihr Gefühl der Unantastbarkeit Schritt für Schritt zu zerlegen.

Einen Teil dazu haben wir mit unserer Tat beigetragen. Die Beiläufigkeit, mit der Bullen und Presse den Anschlag auf das Gebäude in der Invalidenstraße abhandeln, täuscht über ihre erlittenen Verluste hinweg. Da wir die verwendeten 60 Liter Benzin unter dem Vordach des Eingangsbereiches entzündeten, konnte sich das Feuer unter der Decke stauen und über diese bis in das Gebäude vordringen und auch dort erheblichen Schaden anrichten, der sie noch lange daran erinnern soll, dass sie nichts als unseren Hass erwarten brauchen.

Wir grüßen Loic im Hamburger Knast und alle aufrechten Gefangenen des sozialen Krieges und versprechen ihnen, weiter auf die Schweine zu zielen.

Für Ebuka Mama Subek, der vor kurzem in einer Athener Bullenstation ermordet wurde. Für Oury Jalloh, Hans-Jürgen Rose und Mario Bichtemann, die von Dessauer Schweinen umgebracht wurden. Für Halim, Carlo, Dennis und Amed!

Für die revolutionäre Rache!“

anonym , chronik.blackblogs.org



Forderungen des gefangenen Anarchisten Spyros Christodoulos im Hungerstreik zu unterstützen. **25.02.:** Die rechte Nibelungenbuchhandlung in Frankfurt a. M. Bekommt feministischen Besuch mittels Steinen und Farbe.



Klimawandel im Griff !